

Protokoll des

außerordentlichen Bundesparteitages der SPD

9. 12. 2012

Deutsche Messe, Hannover

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung

Geschäftsordnung

Eröffnung

Hannelore Kraft

Konstituierung

Manuela Schwesig

Grußwort des Spitzenkandidaten der Niedersächsischen

SPD für die Landtagswahl in Niedersachsen

Stephan Weil

Rede des Parteivorsitzenden

Sigmar Gabriel

Rede des Kanzlerkandidaten der SPD

Peer Steinbrück

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD

Beratung und Verabschiedung einer Resolution sowie weiterer Anträge

Aussprache

Ergebnis der Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD

Schlusswort

Andrea Nahles

Anhang:

Delegierte

Rednerinnen und Redner

Beschlussübersicht

Tagesordnung

1. Eröffnung Hannelore Kraft
2. Wahl des Parteitagspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
5. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
6. Grußwort des Spitzenkandidaten Stephan Weil
der Niedersächsischen SPD für die
Landtagswahl in Niedersachsen
7. Rede des SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel
8. Rede des Kanzlerkandidaten der SPD Peer Steinbrück
9. Aussprache
10. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
11. Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD
12. Beratung und Verabschiedung einer Resolution
sowie weiterer Anträge
13. Schlusswort Andrea Nahles

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt. Wahlen zum Parteivorstand, der Bundesschiedskommission und der Kontrollkommission werden mit einem elektronischen Wahlsystem durchgeführt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des §18 Abs 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitags der SPD

am 9. 12. 2012 in Hannover

Tagungsort: Deutsche Messe, Hannover

Beginn: 11.25 Uhr

Eröffnung

Hannelore Kraft, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste!

Die Reihen sind noch etwas licht, aber sie werden sich noch weiter füllen. Ich wusste gar nicht, dass Hannover Hochburg des Wintersports ist. Wir freuen uns, heute hier zu sein. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, vor ein paar Tagen hat sich die CDU eine Halle weiter die Welt schön geredet. Deren Parteitag hat gezeigt: Die CDU ist nur noch eine inhaltsleere Hülle, ein „Merkel-Wahlverein“ und eben - anders als wir - keine Programmpartei. Das erkennen auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land jeden Tag besser. Deshalb bin ich überzeugt: 2013 wird unser Jahr, in Niedersachsen und im Bund.

(Beifall)

In nur 42 Tagen wird Stephan Weil hier in Hannover den Auftakt machen. Stephan, wir kämpfen mit dir, damit Niedersachsen endlich wieder anständig regiert wird.

(Beifall)

Ich sage dir ganz ehrlich: Es wird auch Zeit, dass wir im Bundesrat endlich eine anständige Mehrheit hinkriegen. Also drücken wir dir die Daumen und kämpfen mit dir.

Frau Merkel hat doch ernsthaft vor einigen Tagen eine Halle weiter erzählt, ihre Partei habe einen „klaren Kompass“. Mein Eindruck ist: Mit dieser Regierung sind wir auf einem magnetischen Nordpol. Da dreht sich die Kompassnadel nur noch orientierungslos im Kreis. Und das glaubt auch die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem

Land. Nach dem neuesten Deutschland-Trend wollen nur noch 9 Prozent der Deutschen Schwarz-Gelb. 9 Prozent! Wenn das keine Wechselstimmung ist, was dann, liebe Genossinnen und Genossen, was dann?

(Beifall)

Und vor lauter Verzweiflung erklärt Frau Merkel, CDU, CSU und FDP – das wäre die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung. Ich kann nur sagen: Die leiden unter Realitätsverweigerung. Die sind längst in eine andere Welt abgedriftet. Das glaubt ihnen doch kein Mensch mehr in diesem Land.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir das so bewerten, dann ist es das eine. Interessant war für mich aber, was auch der Vorsitzende des CDU-Sozialausschusses analysiert hat, Karl-Josef Laumann. Der ist bei uns in Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der CDU. Der sagt nicht immer was Vernünftiges, aber in einer Analyse kam er zur richtigen Schlussfolgerung: die schwarz-gelben Regierungsjahre seien verlorene Jahre für die Sozialpolitik. Das ist wahr! Das können wir nur unterschreiben. Deshalb wird es auch Zeit, dass es wieder sozial und gerecht zugeht in Deutschland.

(Beifall)

Soziale Politik, soziale Gerechtigkeit, das ist für die Kanzlerin nur Nebensache. Ihre Bilanz ist da eindeutig: Wenige Gewinner, die immer reicher werden, und ganz viele Verlierer. Alleinerziehende, die ohne einen gesetzlichen Mindestlohn in Hartz 4 gedrängt werden, Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die nur noch Dumpinglöhne erhalten und als Bittsteller und Aufstocker zum Amt gehen müssen, junge Frauen und Männer, die trotz hervorragender Ausbildung und einem hervorragenden Abschluss und Studium von einem Zeitvertrag in den nächsten gedrängt werden. Es wird Zeit, dass endlich wieder vernünftige Politik für diese Menschen gemacht wird. Es wird Zeit, dass Sozialdemokratie regiert in Deutschland.

(Beifall)

Dafür werden wir in den kommenden Wochen und Monaten kämpfen, und dafür haben wir auch den richtigen Kanzlerkandidaten, den ich hiermit als Ersten im Besonderen begrüßen möchte. Herzlich willkommen, Peer Steinbrück!

(starker, anhaltender Beifall)

Lieber Peer, das ist heute dein Tag, und wir stehen an deiner Seite, genauso wie deine Familie, die ich ebenfalls recht herzlich begrüße. Schön, dass ihr dabei seid heute. Herzlich willkommen!

Wir alle stehen an deiner Seite, und wir werden mit dir gemeinsam am Zaun vom Kanzleramt rütteln und sagen: „Wir wollen da rein!“ Wir werden die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam von den Themen und Zielen überzeugen, indem wir Klartext sprechen, indem wir nicht mehr versprechen, als wir halten wollen. Das Geheimnis der gewonnenen Wahlen der Vergangenheit war: Versprochen, gehalten, und dafür steht die Sozialdemokratie auch mit Peer Steinbrück gemeinsam in dieser Auseinandersetzung, auf die wir zulaufen.

(Beifall)

Doch nicht nur Peer zieht in den Wahlkampf. Einer aus unseren Reihen ist bereits mittendrin im Herzen von wahlkämpfenden Niedersachsen hier in Hannover. Ich sage: Danke, lieber Stephan, dass wir bei euch zu Gast sein dürfen. Ein herzliches Willkommen dem zukünftigen Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Stephan Weil.

(lebhafter, starker Beifall)

Ja, in Niedersachsen wie im Bund machen wir deutlich: Wer an Inhalten, wer an Engagement, wer an Rückgrat interessiert ist, der ist bei uns richtig. Wir machen keine Politik nach Umfragelage, das unterscheidet uns von der CDU. Wir haben klare Ziele, konkrete Pläne und Vorstellungen. Wir wollen Deutschland aktiv gestalten - mit, aber vor allem zum Wohle der Menschen, die hier leben. Wir stehen für den Zusammenhalt in Deutschland und nicht für das Wohl von Spekulanten, Hoteliers und anderen elitären Gruppen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deshalb ist es gut, dass wir unser Programm nicht im stillen Kämmerlein, sondern im Dialog mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, mit vielen, die in dieser Gesellschaft wichtige Rollen und Funktionen innehaben, aber auch im Gespräch und im Austausch mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aller Generationen erarbeiten. Deshalb freue ich mich jetzt, stellvertretend für viele von ihnen hier und heute begrüßen zu dürfen: Helmut Schmidt und Ruth Loah, Gerhard Schröder,

(Beifall)

Doris Schröder-Köpf, Egon Bahr, Volker Hauff, Franz Müntefering und Erhard Eppler. Seid uns herzlich willkommen!

(Starker, lang anhaltender Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, herzlich willkommen heißen wir auch Gäste aus anderen Parteien, unter ihnen Steffi Lemke, Bundesgeschäftsführerin der Grünen, und die Landesvorsitzende der Grünen, Anja Piel. Herzlich Willkommen hier bei der SPD.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ebenso wie die Vertreter der Gewerkschaften, unter ihnen den Vorsitzenden der IG BCE, Michael Vassiliadis, den ver.di-Vorsitzenden, Frank Bsirske, und auch den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut. Schön, dass ihr heute mit dabei seid.

(Beifall)

Das Gleiche gilt auch für die wirklich vielen Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen und Verbänden – von den Naturfreunden bis zu den Falken. Im Besonderen begrüße ich den Vorsitzenden des Bundespräsidiums der AWO, Wilhelm Schmidt, sowie den Vorstandsvorsitzenden, Wolfgang Stadler.

(Beifall)

Stellvertretend für die Vertreter der Wirtschaft begrüße ich Ewald Woste, den Präsidenten des BDEW. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen hier bei der Sozialdemokratie.

(Beifall)

Ja, es sind viele Gäste hier aus ganz Deutschland, aber es haben sich auch Freundinnen und Freunden aus anderen Ländern für diesen Tag auf die Reise nach Hannover begeben. Deshalb begrüße ich herzlich für uns alle die Vertreterinnen und Vertreter des Diplomatischen Korps. Willkommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Beifall)

Es fällt vielleicht auf: Einer, der in Europa zu Hause ist und an einem solchen Tag normalerweise mit uns in der ersten Reihe sitzt, kann heute leider nicht in Hannover sein. Das ist unser Freund Martin Schulz. Ich soll euch von ihm ganz herzliche Grüße bestellen. Er ist in Oslo. Dort wird er, ein deutscher Sozialdemokrat, als Präsident des Europäischen Parlaments morgen den Friedensnobelpreis für die EU entgegennehmen. Das macht uns

stolz. Diese Verleihung ist ein besonderer Tag für Europa, aber auch für die Sozialdemokratie in Europa.

(Beifall)

Ich möchte am heutigen Sonntag, an dem wir ja nicht nur den zweiten Advent im Kreise unserer Liebsten begehen, auch den Geburtstagskindern danken, dass sie dabei sind. Nachher wird Erhard Eppler noch zu uns stoßen. Er hat heute Geburtstag. Das werden wir gleich noch mal würdigen, wenn er da ist. Ich sage aber auch einen herzlichen Glückwunsch im Namen von uns allen an Helga Pfleger, Katrin Brambrink, Klaus Krützen und Mike Groschek.

(Beifall)

Ja, ich habe jetzt viele begrüßt. Diese Bandbreite der Menschen macht uns seit fast 150 Jahren aus. Uns eint der Einsatz für die Menschen in unserem Land. Wir kämpfen gemeinsam für gute Arbeit, für Frauenrechte, für Mindestlöhne. Das macht uns stark. Wir kämpfen für eine bessere Bildung, für eine bestmögliche Umsetzung der Energiewende, für sichere Renten, aber auch für ein gutes Miteinander in Europa. Das sind die entscheidenden Themen, und dafür lohnt es sich, zu kämpfen.

Auch 2012 haben wir viele Kämpfe gefochten und so manchen gewonnen. Daran darf man an einem solchen Bundesparteitag auch einmal erinnern.

In drei Landtagswahlen waren wir erfolgreich. In Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein stellen wir die Ministerpräsidentin/den Ministerpräsidenten, und auch im Saarland sind wir wieder in der Regierung. Wir konnten daneben wichtige Oberbürgermeisterwahlen für uns gewinnen. Gerade vor einer Woche hat Frank Mentrup nach über 40 Jahren Karlsruhe geholt. Herzlichen Glückwunsch von hier aus.

(Beifall)

All das zeigt: Wir sind die richtige Partei für kleine und für große Städte, für kleine und für große Bundesländer - eben für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Was ist dabei unser Erfolgsgeheimnis? Ich glaube fest, dass es unsere Entschlossenheit und unsere Geschlossenheit sind. Die Menschen nehmen uns – ich sage auch „wieder“ – als Einheit wahr. Eine Partei mit einem klaren Konzept. Inhaltlich gut aufgestellt, mit einer Stimme sprechen. Das kommt an. Das macht erfolgreich.

Unser Kurs stimmt. Wir sind die einzige Partei mit schlüssigen Antworten auf die großen, zentralen politischen Fragen unserer Zeit. Wir sind die einzige Partei mit einem echten

Rentenkonzept. Ja, für uns ist völlig klar, dass wir Altersarmut bekämpfen wollen, aber wir wollen bei dem anfangen, was Grundlage ist, nämlich bei der Erwerbsarmut. Wir wollen Mindestlöhne, wir wollen das Rausdrängen der prekären Beschäftigung. Das ist sozialdemokratische Politik für die Zukunft aller Generationen in Deutschland.

(Beifall)

Wichtig, ist, dass wir diese Unterschiede zu den politischen Mitbewerbern immer deutlich machen. Wir stehen für eine gerechte, für eine solidarische Gesellschaft, für das Miteinander. Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt und eben nicht der Markt. Wir wollen die Finanzmärkte regulieren und in die Schranken verweisen. Wir wollen mehr Chancen und bessere Startbedingungen für unsere Kinder. Wir wollen und werden in ganz Deutschland kein Kind zurücklassen. Das ist unser Ziel.

(Beifall)

Und wir wollen Bildung und Gesundheit anders organisieren. Bildung und Gesundheit dürfen eben nicht vom Einkommen abhängig sein. Wir stehen für die Bürgerversicherung, und wir stehen für eine moderne Familienpolitik. Wir stehen für ein gerechtes Steuersystem, und dafür halten wir auch im Bundesrat die Rübe hin gegen das Steuergesetz mit der Schweiz. Das wollen wir nicht, und das werden wir verhindern, weil das ein Anschlag auf die Gerechtigkeit in Deutschland ist.

(Beifall)

Wir bieten klare inhaltliche Alternativen. Wir wollen dieses schwarz-gelbe Koalitionschaos von CDU, CSU und FDP beenden.

Das ist der Hauptvorwurf, den ich dieser Regierung mache: Sie regiert nicht. Die Bundeskanzlerin regiert nicht; denn sie lässt es zu, dass diese Bundesregierung immer mit mindestens drei verschiedenen inhaltlichen Positionen sozusagen am Markt ist. Das ist keine gute Führung. Wir wollen eine Regierung, die geführt wird, eine Regierung unter Peer Steinbrück. Das ist unser Ziel!

(Beifall)

Dafür haben wir den richtigen Kandidaten: Einen Kandidaten, der keine Angst vor Gegenwind hat. Einen Kandidaten, der weiß, was die Worte „sozial“ und „gerecht“ wirklich bedeuten. Er ist nicht nur Finanzpolitiker. Wir kennen ihn in Nordrhein-Westfalen völlig anders. Wir kennen ihn als jemanden, der früh erkannt hat, dass die Fliehkräfte der Gesellschaft zunehmen und der daran arbeiten wird, dass die Schere wieder zu geht, dass

dieses Land eine gute Zukunft hat – für die sozialen Belange, aber auch für die wirtschaftliche Kraft Deutschlands in der Welt.

(Beifall)

Ja, liebe Freundinnen und Freunde, wir haben einen Kandidaten, der eine klare Vorstellung von der Zukunft des Landes hat und der nicht im seichten Fahrwasser der Macht dahinsiegt, einen Kandidaten, mit dem wir genau deshalb gewinnen werden. Wir haben Peer Steinbrück. Lieber Peer, wir kämpfen an deiner Seite. Wir schaffen es!

(Beifall)

Wir alle kämpfen für die Menschen in diesem Land. Und das haben auch viele Genossinnen und Genossen vor uns schon getan. Im Mai 1946, also vor 66 Jahren, war die SPD schon einmal zu Gast in Hannover. Das war der erste Nachkriegsparteitag; das war im Hanomag-Werk, knapp 12 Kilometer von hier. Die spätere Bundestagspräsidentin Annemarie Renger hat am Ende resümiert: „Männer und Frauen, die lange nicht gewusst hatten, ob ihre Freunde noch am Leben waren, lagen sich in den Armen. Es war ergreifend.“

Diese Männer und Frauen, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gestritten haben, die dafür verfolgt worden sind, die dafür angegriffen wurden und misshandelt wurden - und manche haben auch mit dem Leben bezahlt. Die Arbeit dieser Männer und Frauen setzen wir fort. Es motiviert uns jeden Tag aufs Neue, dieses Werk, das sie geschaffen haben, zu schützen und es weiter voranzutreiben: für gleiche Chancen, für ein besseres Leben, für Frieden. Das ist das Ziel der Sozialdemokratie.

(Beifall)

Und das ist das, was unsere Partei so stark macht: dass sie nicht nur inhaltlich gut aufgestellt ist, dass sie einen hervorragenden Kandidaten hat, sondern dass sie mit Herz, geschlossen für diese Ziel kämpft, für die gleichen Ziele, die wir seit knapp 150 Jahren immer wieder erstreiten, erkämpfen und bewahren müssen. Lasst uns das gemeinsam tun. Ich sage: Dann werden wir erfolgreich sein. Ich wünsche diesem Parteitag einen guten Verlauf. Er ist hiermit eröffnet. Glück auf!

(Anhaltender Beifall)

Konstituierung

Liebe Freundinnen und Freunde, für den heutigen Parteitag steht nun die Wahl des Tagungspräsidiums an. Der Parteivorstand schlägt folgende Personen vor: Katrin Budde,

Thorsten Schäfel-Gümbel, Manuela Schwesig und Stephan Weil. Hierzu liegt die Tischvorlage 1 aus. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Vorschlag. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig. Ich übergebe hiermit das Wort an Manuela Schwesig.

(Beifall)

Manuela Schwesig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, liebe Hannelore. Wenn unser so wichtiger Bundesparteitag durch unsere erfolgreichste Ministerpräsidentin eröffnet wird, dann muss das ein guter Tag werden.

(Beifall)

- Das ist für dich, Hannelore.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, auch hier vom Tagungspräsidium ein herzliches Willkommen! Schön, dass ihr, schön, dass sie es alle geschafft haben durch das Schneegestöber. Es ist draußen ja das perfekte Winterwunderlandwetter zum zweiten Advent. Hier drinnen, wo wir uns treffen, ist es ein Stück weit gemütlich. Wir danken unserer Generalsekretärin und ihrem Team, dass das hier so top organisiert ist. Schön, dass wir hier sein können!

(Beifall)

Wir haben deshalb heute hier die perfekte Stimmung, um unseren Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück zu nominieren, und sagen: Das Schneegestöber draußen ist ein kleiner Vorgeschmack auf den Wahlkampf. CDU, CSU und FDP werden sich warm anziehen müssen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr kennt es: Dazu müssen wir über einige formale Hürden, die wir gemeinsam nehmen. Es geht zunächst um die Beschlussfassung der Tagesordnung. Der Vorschlag für die Tagesordnung liegt auf euren Plätzen. Als Antragsschluss für die Einbringung von Initiativanträgen schlage ich euch in Abstimmung mit der Antragskommission 12.30 Uhr vor. Ich bitte um eure Zustimmung durch Kartenzeichen. – Vielen Dank.

Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung. Den Vorschlag für die Geschäftsordnung findet ihr auf euren Plätzen. Ich bitte um Zustimmung zur Geschäftsordnung durch Kartenzeichen. – Vielen Dank.

Dann kommen wir zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Der Vorschlag für die Besetzung der Kommission liegt auf euren Plätzen. Wenn keine Einwände gegen den Vorschlag bestehen, bitte ich auch um Zustimmung durch Kartenzeichen. Nehmt die Arme ruhig hoch, damit wir über die Kameras gucken können. – Vielen Dank. Herzlichen Glückwunsch den gerade gewählten Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Ich bitte euch direkt zum Ausgang, von euren Plätzen aus gesehen rechts von der Bühne. Dort, so wurde versprochen, werdet ihr von einem großen jungen Mann namens Arnd Reinkensmeier in Empfang genommen. Also, macht euch auf den Weg!

Dann nutze ich gerne die Gelegenheit, einen weiteren Gast zu begrüßen. Wir begrüßen gemeinsam Klaus Dauderstädt, den neu gewählten Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes. Herzlichen Glückwunsch! Schön, dass du da bist!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt auch immer etwas Neues auf unserem Parteitag: Es geht um die Aufforderung zum Bloggen. Von diesem Parteitag soll ein klares Signal ausgehen: Wir für mehr miteinander und wir gemeinsam mit Peer Steinbrück. Dieses Signal soll nicht nur hier in der Halle bleiben und über die Fernseher laufen, sondern wir wollen die Menschen draußen gleich erreichen. Deswegen übertragen wir den Parteitag live auf spd.de. Und wir möchten euch bitten, mitzumachen: Twestert, ladet Fotos hoch und nutzt Facebook – immer mit dem Hashtag #spdbpt12. Die Wahl gewinnen wir nur gemeinsam. Wir müssen alle mitmachen. Es kommt auf viele an, auf jeden von uns. Wir fangen heute damit an, im Netz, auf der Straße, bei Bekannten, Familie und Freunden. Wir haben hier ein kostenloses WLAN, die Anmeldedaten liegen auf euren Tischen, also: Macht mit! Es kommt auf jeden von uns an. Schön, dass ihr dabei seid.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir freuen uns auf Grußworte. Begrüßt jetzt gemeinsam mit mir den Oberbürgermeister der Stadt Hannover, den Spitzenkandidaten der niedersächsischen SPD für die Landtagswahl und unseren zukünftigen Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen. Begrüßt mit mir Stephan Weil. Stephan, du hast das Wort.

(Beifall)

Grußwort des Spitzenkandidaten der Niedersächsischen SPD für die Landtagswahl in Niedersachsen

Stephan Weil, Oberbürgermeister Hannover: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich heiße euch sehr, sehr herzlich im Hannoverschen Wintermärchen willkommen. Schön, dass ihr es hierher geschafft habt. Herzlich willkommen in der niedersächsischen Landeshauptstadt.

(Beifall)

Dass der Bürgermeister einer Gastgeberstadt die Delegierten eines Parteitags herzlich willkommen heißt, das ist nicht ungewöhnlich. Aber – nehmt es mir ab –: Auf euch habe ich mich ganz besonders gefreut, liebe Genossinnen und Genossen. Ich freue mich, dass ihr bei uns seid, dass ihr uns unterstützt.

(Beifall)

Ich habe da durchaus meine Vergleichsmöglichkeiten. Vor einigen Wochen war die Bundesversammlung der Grünen in Hannover. Da durfte ich reden und bin sehr freundlich aufgenommen worden. Es hat Spaß gemacht bei den grünen Freundinnen und Freunden. Schönen Dank!

(Beifall)

Anfang der Woche war der Bundesparteitag der CDU in Hannover. Da durfte ich nicht reden. Ich weiß auch nicht, warum.

(Heiterkeit)

Das heißt, vielleicht weiß ich es ja doch: Denn, Genossinnen und Genossen, hier steht nicht nur ein Oberbürgermeister, der euch herzlich begrüßt, hier steht vor allen Dingen auch ein Landesvorsitzender der niedersächsischen SPD, ein Spitzenkandidat für das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten. Ich will gemeinsam mit Tausenden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass Schwarz-Gelb am 20. Januar abgewählt wird, dass wir eine rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen haben werden.

(Beifall)

Die Aussichten dafür sind übrigens gut, Genossinnen und Genossen. Wir haben derzeit in Niedersachsen eine sehr stabile politische Stimmung. Gerade in dieser Woche noch einmal drei frische Umfragen – eine davon hat übrigens vorsichtshalber die CDU in Auftrag gegeben –, danach zeigt sich: Die Niedersachsen sind durch mit Schwarz-Gelb.

Immer klarer zeichnet sich ein Dreiparteienparlament in Niedersachsen ab. Und die

Niedersachsen wollen eine rot-grüne Mehrheit im nächsten niedersächsischen Landtag. Das ist unser Ziel. Und wir stehen ganz kurz davor, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Es ist eine geschlossene und sehr motivierte Landespartei, die da gerade kämpft. Wenn ihr nachher die aktiven Genossinnen und Genossen, die hier vorne sitzen, seht, klopf ihnen ruhig mal auf die Schultern! Die machen alle gerade einen richtig tollen Job! Herzlichen Dank an euch!

(Beifall)

Wir haben genug Motivation; es treibt uns genug an. Es gibt genug Gründe hier im Land Niedersachsen – keine Frage. Wir sind – ich muss es leider sagen – Dritttletzter bei der Versorgung mit Krippenplätzen. Wir sind Spitzenreiter bei den Schulabsteigern. Niedersachsen ist – ich muss es peinlicherweise bekennen - neben Bayern das letzte Land, das noch Studiengebühren hat. Und nachdem Horst Seehofer offenbar der Blitz getroffen hat und er jetzt auch von den Studiengebühren wegwill, könnte es uns passieren, dass wir das allerletzte Land mit Studiengebühren sind. Aber das werden wir zu verhindern wissen, liebe Genossinnen und Genossen, mit einem Sieg bei den Landtagswahlen am 20. Januar!

(Beifall)

Es gibt vieles, worüber wir in Niedersachsen reden werden, was die Situation in unserem Land angeht. Aber was uns als niedersächsische SPD auch motiviert, was dafür sorgt, dass wirklich viele von uns im Moment stark unterwegs sind, ist noch etwas anderes: Wir wollen nicht nur einen Politikwechsel in Niedersachsen, wir wollen unseren Beitrag für einen Politikwechsel im Bund leisten. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, die schlechteste Bundesregierung abzulösen, die dieses Land jemals hatte, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Was ganz viele von uns antreibt, ist zum Beispiel ein Betreuungsgeld - ein Betreuungsgeld, das kaltherzig und skrupellos zur Wahrung von irgendwelchen Koalitionsfriedensbemühungen die Zukunft von Kindern aufs Spiel setzt. Liebe Freundinnen und Freunde, lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass das Betreuungsgeld in das Guinnessbuch der Rekorde kommt, als die staatliche Leistung mit der kürzesten jemals gemessenen Geltungsdauer. Lasst uns für die Abschaffung des Betreuungsgeldes kämpfen!

(Beifall)

Niedersachsen ist ein tolles Land. Einer seiner großen Vorzüge ist: Bei uns weht der Wind über das Meer, über die Küste bis tief ins Hinterland hinein – einer der großen Vorzüge Norddeutschlands. Wir können zu den Gewinnern der Energiewende gehören. Aber gleichzeitig sehen wir: Die Preise schießen durch die Decke, und bei uns an der Küste gehen Offshoreunternehmen pleite. Wir müssen das schwarz-gelbe Energiechaos beenden. Die Energiepolitik muss endlich in andere Hände, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir sehen bei uns auch sehr klar, was es eigentlich mit der Spaltung der Gesellschaft auf sich hat. Hunderttausende von unseren Bürgerinnen und Bürgern arbeiten Vollzeit, arbeiten hart, aber Sie können ihre Familien davon nicht ernähren. Über eine Milliarde Euro werden alleine bei uns jährlich aus öffentlichen Sozialmitteln dafür aufgewandt, die sogenannten Aufstocker zu finanzieren – was für ein scheußliches Wort. Uns motiviert der Kampf, endlich einen gesetzlich geregelten Mindestlohn zu schaffen. Das wollen wir in Niedersachsen und im Bund schaffen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir freuen uns auf einen heißen Wahlkampf. Wir freuen uns auf einen Wahlkampf mit und für Peer Steinbrück. Wir haben nicht vergessen, dass es Peer Steinbrück gewesen ist, der unser Land durch die Finanzkrise 2008 und 2009 geführt hat. Das haben wir nicht vergessen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir Sozialdemokraten wissen ganz genau, welches Format, welche Kragenweite Bundeskanzler haben müssen. Wir sind stolz auf Helmut Schmidt und Gerhard Schröder. Solche Menschen hat unsere Partei in das Kanzleramt gebracht. Darauf sind wir miteinander stolz.

(Beifall)

Peer Steinbrück hat uns alle vor Kurzem auf unserem Landesparteitag in Wolfsburg mit einer fulminanten Rede von den Sitzen gerissen. Wir alle sind davon überzeugt: Peer kann Kanzler! Das ist das Format eines deutschen Bundeskanzlers. Wir werden uns in Niedersachsen für Peer Steinbrück zerreißen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dann gibt es noch etwas - one more thing, wie es Steve Jobs gesagt hätte -: Im Mai wird unsere Partei 150 Jahre alt. 150 Jahre – das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: 150 Jahre, viele Generationen, Millionen von Menschen, eine wechselvolle Geschichte der großen Entbehungen und Verfolgungen, mit politischen Katastrophen und politischen Triumphen, mit vielen kleinen Erfolgen und mit historischen Persönlichkeiten, die unsere Partei hervorgebracht hat.

Im nächsten Jahr wird viel über die Geschichte der SPD geredet werden. Dabei werden immer wieder Namen fallen: August Bebel und Willy Brandt gehören dazu.

(Beifall)

Aber es gibt einen Namen, der in diesem Zusammenhang auch immer wieder fallen wird, einen Namen, in dessen Zusammenhang auch immer wieder Hannover genannt werden wird: Kurt Schumacher.

(Beifall)

Kurt Schumacher, der, noch gezeichnet durch jahrelange KZ-Haft, 1945 von Hannover aus den Wiederaufbau der SPD in Angriff genommen hat, der am 6. Mai 1945 mit einer ersten Versammlung im hannoverschen Polizeipräsidium von hier aus überall in Deutschland dafür gesorgt hat, dass es nicht nur für unsere Partei, sondern auch für unser Land einen neuen Anfang gibt, der damals von Hannover aus einen Beitrag geleistet hat, der – bis heute - über Jahrzehnte hinweg unsere Demokratie und unsere Partei beeinflusst hat.

Ich finde, das hat eine gewisse Symbolik. Ich freue mich wirklich sehr darüber, dass sich, gewissermaßen am Vorabend unseres Jubiläumsjahres, diese SPD, die 1945 von Hannover aus wieder neu gestartet ist, 2012 im Dezember hier in Hannover bereit macht, erneut für unser Land gute Dienste zu leisten.

Herzlichen Dank, dass ihr da seid! Ich freue mich! Alles Gute und einen schönen Parteitag!

Manuela Schwesig, Parteitagspräsidium: Lieber Stephan, herzlichen Dank für deine Begrüßung. Wir dürfen dir versprechen: Wir fühlen uns heute wohl in Hannover, aber wir kommen wieder. Wir kommen die nächsten Tage wieder: zum Wahlkampf bis zum 20. Januar. Wir werden dich tatkräftig unterstützen, damit hier in Niedersachsen endlich rot-grüner Wind weht und damit wir dich danach dann als Ministerpräsidenten dieses wunderbaren Landes begrüßen können. Wir freuen uns auf den Wahlkampf mit dir.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, begrüßt gemeinsam mit mir Karl-Heinz Lambertz, den Ministerpräsidenten der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, wir haben es gehört: Im nächsten Jahr werden wir 150 Jahre alt, parteimäßig natürlich nur. In diesen 150 Jahren hatten wir immer wieder große Herausforderungen, auch für unsere Parteivorsitzenden. Ich freue mich, dass ich heute neben einem dieser Männer sitzen kann. Begrüßt gemeinsam mit mir Kurt Beck. Herzlich willkommen, lieber Kurt!

(Beifall - Hurra-Rufe)

- Da sitzt wohl Rheinland-Pfalz.

Seit 2009 sind wir nach der schweren Wahlniederlage den gemeinsame Weg gegangen, der uns bis heute getragen hat, gestärkt hat, miteinander für Deutschland, mit unserem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel. Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, begrüßt gemeinsam mit mir unseren Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel.

(Beifall)

Rede des Parteivorsitzenden

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, Wegbegleiter und Wegbegleiterinnen der Sozialdemokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Hannelore Kraft hat es gesagt: Wir sind heute hier in Hannover zusammengekommen, um unseren Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers zu wählen. Wir tun das in der festen Überzeugung, damit zugleich den vierten sozialdemokratischen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu nominieren.

(Beifall)

Und wir wollen den Menschen in unserem Land signalisieren, dass wir Sozialdemokraten geschlossen, entschlossen und bereit sind, alles in unserer Kraft Stehende zu tun, um Deutschland und Europa wieder eine bessere und eine andere Richtung zu geben. Nach vier Jahren Anarchie und Dauerstreit in dieser Regierung, nach vier Jahren wachsender sozialer und kultureller Spaltung in unserem Land, und vor allem nach vier Jahren Lobbyisten- und Klientelpolitik werden wir Sozialdemokraten dafür sorgen, dass endlich wieder das Gemeinwohl zurückkehrt in den Mittelpunkt der Politik in unserem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, die Zeiten sind stürmisch. Die Krise in Europa wird ab dem kommenden Jahr auch Deutschland erreichen. Machen wir uns also nichts vor: Es wird kein leichtes Regieren in den kommenden Jahren. Europa steht mitten in seiner größten Bewährungsprobe, und jetzt rächt sich bitter, dass Angela Merkel und ihre konservativen Freunde nichts, aber auch gar nichts dafür getan haben, dass Wachstum und Arbeit in Europa gefördert werden.

Aber schwierige Zeiten sind für uns Sozialdemokraten nichts Neues: Immer dann, wenn es schwierig wurde für unser Land, waren es Sozialdemokraten, die das Ganze und das Gemeinwohl im Blick behalten haben: Das galt für Willy Brandts Entspannungspolitik ebenso wie für die Politik unserer beiden Bundeskanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder, über deren Teilnahme wir uns heute besonders freuen. Herzlichen willkommen hier auf dem Bundesparteitag!

(Beifall)

Die Namen dieser sozialdemokratischen Kanzler stehen für Kurs halten auch in Umbruchzeiten, egal ob es um den wirtschaftlichen und sozialen Erfolg unseres Landes ging oder um den Frieden.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, in genau dieser Tradition wird auch Peer Steinbrück der nächste Kanzler unserer Republik werden.

(Beifall)

Deutschland braucht einen Richtungswechsel; denn die soziale und kulturelle Kluft in Deutschland wächst: Alle Untersuchungen der letzten Jahre kommen zu dem gleichen Ergebnis: Die Armut wächst, der Reichtum wächst, und die Mittelschicht dazwischen wird zerrieben. Das ist die katastrophale Bilanz Angela Merkels. Und das sagt nicht nur, wie Hannelore Kraft zu Recht betont hat, der Vorsitzende der einstmals stolzen Arbeiterbewegung der CDU, Herr Laumann. Das sagt auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, allerdings bevor ihn Angela Merkel und Philipp Rösler gefälscht haben.

(Beifall)

Lasst uns heute über die Wirklichkeit reden! Liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß: An Wahlversprechen glauben Menschen in der Politik kaum noch. Und Garantien gelten wenig in einer Welt, die sich ständig verändert. Und trotzdem: Wenn wir Sozialdemokraten jetzt zur Bundestagswahl antreten, wenn wir wieder den Kanzler unserer Republik stellen

wollen, dann gibt es eine Sache, die nur wir versprechen können, eine Sache, die wir Sozialdemokraten sogar versprechen müssen, weil es etwas mit dem Kampf zu tun hat, den die SPD seit fast 150 Jahren führt, und das ist der Kampf gegen Armut. Lasst uns heute versprechen: Wir Sozialdemokraten nehmen den Kampf gegen die Armut in unserem Land wieder auf, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Armut bekämpft man nicht zuallererst durch die Erhöhung von Sozialleistungen, sondern dadurch, dass gute Arbeit in Deutschland endlich wieder zu gutem Lohn führt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir werden das Kernversprechen des Sozialstaats in Deutschland wieder erneuern und einlösen, und das lautet: Wer arbeitet, der soll und der muss von seiner Arbeit in unserem Land auch leben können. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen dafür sorgen, dass die, die hart für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes arbeiten, auch endlich wieder teilhaben an diesem Erfolg. Nicht das ist sozial, was Arbeit schafft, sondern sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann, liebe Freundinnen und Freunde. Das muss in Deutschland wieder gelten.

(Beifall)

Die SPD war, ist und bleibt die Partei der fleißigen Leute. Übrigens: Das ist es, was uns von allen anderen Parteien in Deutschland unterscheidet. Frau Merkel und ihre CDU verstehen ja gar nicht, worum es bei einem gesetzlichen Mindestlohn eigentlich geht. Ja klar, geht es ums Geld. Aber es geht noch um etwas anderes, und das wissen wir aus unserer Geschichte der letzten 150 Jahre. Es geht nämlich um den Wert der Arbeit, und es geht um die Würde des arbeitenden Menschen. Es ist würdelos, den ganzen Tag arbeiten zu gehen und trotzdem am Ende des Monats beim Sozialamt betteln gehen zu müssen, weil der Lohn für die Miete nicht reicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht nicht um irgendeine Lohnuntergrenze. Es geht nicht um etwas, was irgendwie verhandelt wird, sondern es geht um Klartext, und der lautet: Wir stehen dafür ein, dass es nach der Bundestagswahl mit dem Kanzler Peer Steinbrück einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro gibt, damit niemand, der Vollzeit arbeitet, anschließend noch beim Staat betteln gehen muss, liebe Genossinnen und Genossen. Das werden wir sicherstellen.

(Beifall)

Aber guter Lohn für gute Arbeit ist weit mehr als nur der Mindestlohn. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die Tarifbindung in unserem Land wieder steigt. Guter Lohn für gute Arbeit ist auch die wichtigste Voraussetzung für eine gute Rente. Das ist der Grund, warum wir in der Rentenpolitik das Ganze wieder vom Kopf auf die Füße gestellt haben. Ich sage euch: Die harte Arbeit der letzten Monate hat sich gelohnt. Alle Umfragen zeigen: Wir haben mit unserem Rentenkonzept ein überzeugendes Ergebnis erarbeitet. Vielen Dank an alle, die daran mitgearbeitet haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Guter Lohn und gute Arbeit bedeuten auch, dass wir uns wieder darum kümmern wollen, dass junge Menschen nach Ausbildung und Studium mehr vorfinden als nur ein Praktikum und einen befristeten Job. Heute ist jeder zweite Arbeitsplatz, der neu entsteht, befristet. Trotz guter Ausbildung, trotz Studium, trotz Fleiß und Anstrengung gibt es für die jungen Leute keine Sicherheit im Beruf. Wir Sozialdemokraten sagen: Wer will, dass es in unserem Land wieder mehr Kinder gibt, der muss den jungen Leuten feste Arbeitsbedingungen geben, ihnen Sicherheit geben. Nur dann wird es in Deutschland auch wieder mehr Familien mit Kindern geben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vor allen Dingen wollen wir eines: Wir wollen, dass in Deutschland endlich wieder gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, egal, ob man Stammbeschäftigter oder Leih- und Zeitarbeiter ist. Deshalb, lieber Michael Vassiliadis, war es richtig, dass die IG BCE in den letzten Tagen gesagt hat: Wir müssen die Mitbestimmung der Betriebsräte, der Gewerkschaften ausbauen, damit Leih- und Zeitarbeit endlich wieder das ist, wozu sie da ist: flexibel Unternehmen Chancen zu geben. Aber es muss Schluss damit sein, dass Leih- und Zeitarbeit benutzt wird, um feste Jobs kaputt zu machen und befristete, schlecht bezahlte einzurichten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt auch noch in einer anderen Hinsicht. Viel ist in den letzten Wochen über die Frauenquote in Aufsichtsräten diskutiert worden, und auch da haben CDU/CSU und FDP kläglich versagt. Wer glaubt, dass die Männer freiwillig aus den bestbezahlten Jobs unseres Landes ausscheiden, na, der glaubt vermutlich auch, dass man mit Gänsen über Weihnachten diskutieren kann. Aber so wichtig ein solches Gesetz für Frauenquoten in den Vorstandsetagen und Aufsichtsräten auch ist: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns nicht

zufriedengeben mit mehr Gleichberechtigung in den obersten Etagen unserer Gesellschaft. Ich sage euch: Wenn wir 2013 die Bundestagswahl gewinnen, muss eines von uns vom ersten Tag an angepackt werden, nämlich dass Männer und Frauen für die gleiche Arbeit in Deutschland endlich den gleichen Lohn bekommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Natürlich gehört dazu, dass wir nicht weiterhin hunderttausende junger gut ausgebildeter Frauen vom Beruf und von der Karriere ausschließen, nur weil es zu wenig Kindertagesstätten und Ganztagschulen gibt. Lieber Stephan Weil, eines können wir dir versprechen: Wir werden das Betreuungsgeld abschaffen und die 2 Milliarden in den Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen in Deutschland investieren. Das versprechen wir dir heute.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir Sozialdemokraten wissen zu alledem aber auch: Damit wir das schaffen, muss Deutschland ein wirtschaftlich erfolgreiches Land bleiben, mit Forschung und Entwicklung, innovativen Unternehmen, starken Mittelständlern und Familienbetrieben, Handwerk und Industrie und Dienstleistungen und gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Sicherheit, das sind für uns Sozialdemokraten zwei Seiten derselben Medaille. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Wir Sozialdemokraten waren immer dann besonders erfolgreich, wenn wir beides zusammengebracht haben: soziale und wirtschaftliche Kompetenz. Dass die SPD das soziale Kompetenzzentrum in Deutschland ist, das wissen die Menschen in Deutschland längst. Das zeigt jede Umfrage. Wir haben in den letzten drei Jahren gerade auf diesem Feld der Politik viel Vertrauen zurückgewonnen.

Deshalb freut es mich sehr, dass wir wieder einen großen Schatz an Gemeinsamkeiten mit den deutschen Gewerkschaften haben. Neben den Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaften, die Hannelore Kraft schon begrüßt hat, freut es mich auch, dass der Kollege und Genosse Detlef Wetzels, zweiter Vorsitzender der IG Metall, inzwischen auch zu uns gekommen ist. Herzlich willkommen für dich, und für die gute Zusammenarbeit vielen Dank.

(Beifall)

Übrigens: Michael Sommer, der DGB-Vorsitzende wäre heute auch gerne bei uns gewesen. Aber er ist leider erkrankt. Seine Frau Ulrike ist hier unter uns, Delegierte aus

Berlin. Lasst uns der Ulrike mitgeben: herzliche Genesungswünsche und gute Besserung an ihren Mann, an Michael Sommer. Grüß ihn und bring ihn wieder auf die Beine.

(Beifall)

Aber soziale Kompetenz alleine reicht eben nicht aus. Auch für uns Sozialdemokraten gilt: Der eigene Tellerrand ist nicht der weiteste Horizont. So wichtig Gewerkschaften für uns sind, um erfolgreich regieren zu können, müssen wir auch andere Verbündete in unserer Gesellschaft erreichen, Verbündete, für die das soziale Gleichgewicht in unserem Land auch wichtig ist, aber die zugleich sichergehen wollen, dass dieses soziale Gleichgewicht gepaart ist mit wirtschaftlicher Kompetenz, mit finanziellem Sachverstand. Niemand, liebe Genossinnen und Genossen, steht nach der Rettung Deutschlands während der Finanzkrise so sehr für wirtschaftliche Kompetenz wie Peer Steinbrück. Deshalb ist er der richtige Kanzlerkandidat für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Lasst es mich mal ganz offen aussprechen: Gerade weil Peer Steinbrück öffentlich nicht zuallererst als Sozialpolitiker wahrgenommen wird, gerade weil ihm die Menschen zutrauen, die richtigen Entscheidungen, wirtschaftlich und finanziell, zu treffen, deshalb ist er der richtige Kandidat. Die soziale Kompetenz traut der SPD in Deutschland ohnehin jeder zu. Mit Peer Steinbrück gewinnen wir sichtbar und unüberhörbar beides: soziale und wirtschaftliche Kompetenz, und das gehört zusammen, mitten in die SPD, und da steht Peer Steinbrück für uns, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und er ist nicht nur die richtige Person für das Kanzleramt, sondern er ist auch der Richtige zur richtigen Zeit. Denn wir wissen doch, dass die wirtschaftliche Lage schwieriger wird. Die Krise der Währungsunion in Europa hat längst die deutsche Grenze überschritten. Es war Wahnsinn, dass Angela Merkel 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zeitgleich ein ausschließliches Sparprogramm verordnet hat. Was sollte anderes dabei herauskommen als eine massive Wirtschaftskrise, die jetzt auch Deutschland erreicht.

Und das Schlimmste: In weiten Teilen Europas liegt die Jugendarbeitslosigkeit inzwischen bei 30, 40, 50 Prozent. Wenn es einen Grund gibt, in Deutschland und vor allen Dingen in Europa einen Richtungswechsel vorzunehmen, dann ist es diese unfassbar große Jugendarbeitslosigkeit. Die müssen wir wieder wegkriegen, wenn wir das Europa der Zukunft bauen wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deutschland ist bis zum heutigen Tag der große wirtschaftliche und sowieso der große politische Gewinner der europäischen Einigung. Lasst euch und lassen wir uns nicht einreden, wir seien das Sozialamt Europas. Wir sind auch nicht die Nettozahler, sondern die Nettogewinner. Denn unsere Arbeitsplätze hängen davon ab, dass es unseren Nachbarn so gut geht, dass sie sich unsere Autos, unsere Elektrotechnik, unsere Chemie, unseren Stahl, unsere Dienstleistungen leisten können, denn wir wollen kein Billiglohnland sein. Und wer will, dass das so bleibt, wer will, dass die Frauen und Männer hier in Niedersachsen bei Volkswagen, bei Hoppe im Sauerland, bei Carl Zeiss Jena und bei Bosch ihre Arbeitsplätze behalten, der muss in Europa investieren, und genau das werden wir tun. Wir werden wieder in die Zukunft Europas investieren, liebe Genossinnen und Genossen, und nicht einfach zusehen, wie der Kontinent vor die Hunde geht.

(Beifall)

Heute lesen wir jeden Tag, dass die Schulden steigen. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Wirtschaft sinkt. In Deutschland gibt es jeden Tag neue Anträge für Kurzarbeit. Jeden Monat wird das deutsche Wirtschaftswachstum nach unten korrigiert. Und was macht diese Bundesregierung? Was macht die Kanzlerin Angela Merkel? Nichts, sondern sie beschließt einen Bundeshaushalt, der keinen einzigen Cent für schwierigere Zeiten beinhaltet. Stattdessen wurden beim letzten Koalitionsgipfel munter Milliarden verteilt, damit die Koalitionspartner schön brav sind und sich nicht gegenseitig an die Gurgel gehen.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, war kein Koalitionsgipfel, sondern da wurden Geschenke verteilt, damit die Kinder am Kabinettstisch sich nicht ständig bis zur Bundestagswahl zanken. Das war kein Koalitionsgipfel, liebe Genossinnen und Genossen - das war Muttis letzter Kindergeburtstag, den wir da erlebt haben, wo Geschenke verteilt worden sind.

(Beifall)

Aber Vati Schäuble war nicht dabei beim Kindergeburtstag, und deswegen hat er am nächsten Tag auch gleich geschrieben: „Tut mir leid, für die Geschenke ist gar kein Geld da.“ Das ist das Gegenteil von vorsorgender Politik. Frank Steinmeier sagt zu Recht, die kennen kein Morgen, und deswegen müssen sie weg aus der Regierung, weil sie unverantwortlich mit unserem Land umgehen.

(Beifall)

So treibt es diese Koalition seit fast vier Jahren. In einer Zeit großen wirtschaftlichen Wachstums, in einer Zeit niedrigster Zinsen, in einer Zeit sinkender Arbeitslosigkeit wurden weder Schulden abgebaut in Deutschland noch Vorsorge für schwierigere Zeiten getroffen, sondern Angela Merkel hat durch unsinnige Steuersenkungen, Lobbypolitik und Koalitionsgeschenke sage und schreibe in vier Jahren 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, und kein einziger Cent oder Euro dabei ist für den Euro oder für Europa vorgesehen. 100 Milliarden Euro neue Schulden in vier Jahren, während die Kanzlerin dem Rest Europas Enthaltensamkeit predigt. Wirtschaftskompetenz, liebe Genossinnen und Genossen, sieht wahrlich anders aus.

Statt das Wirtschaftswachstum in Europa zu ruinieren, sind Impulse für Wachstum und Arbeit nötig. Und natürlich wissen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass man dafür keine neuen Schulden machen kann. Das muss man übrigens auch nicht, wenn man endlich dafür arbeitet, dass die, die Schuld sind an den Schulden, die, die sich verspekuliert haben in Banken und Finanzmärkten, endlich mit zur Verantwortung gezogen werden. Das ist der Grund, warum wir die Besteuerung der Finanzmärkte brauchen, liebe Genossinnen und Genossen. Dort liegt das Geld, um in Wachstum und Arbeit zu investieren.

(Beifall)

Soziale und wirtschaftliche Kompetenz gehören zusammen, und dazu braucht man Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wir brauchen die Selbstständigen, die Handwerksmeister, die verantwortungsbewussten Manager, das liberale Bürgertum, die Techniker, die Ingenieure. Sie alle leisten viel für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes, und die Allermeisten wissen: Am Ende geht es nur miteinander. Und sie sind, liebe Genossinnen und Genossen, wichtige Bündnispartner für uns - auch, wenn es um die Regulierung der Finanzmärkte geht.

Wir werden dafür sorgen, dass Banken wieder für den Mittelstand da sind und nicht umgekehrt. Und auf noch etwas kann sich die deutsche Wirtschaft bei uns verlassen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - das hat Stephan Weil völlig zu Recht gesagt - werden die Regierungsanarchie bei der Energiewende beenden und dafür sorgen, dass die Energiewende zum Erfolg kommt, aber Strom auch bezahlbar bleibt in Deutschland, für die Menschen und für die Wirtschaft.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, am Ende geht es nur gemeinsam voran. Diejenigen, denen es gut ging - das wussten schon unsere Eltern und Großeltern -, haben immer mitgeholfen, dass es auch für die anderen, denen es nicht so ging, die es schwer hatten,

die sich aber anstrengen, Schritt für Schritt besser wurde. Alle wussten: Nur, wenn alle vorankommen und niemand zurückgelassen wird, nur dann wird unsere Gesellschaft auf Dauer Erfolg haben. Dieses Miteinander und dieser Gemeinsinn, das ist das, was in Deutschland dann soziale Marktwirtschaft genannt wurde. Und heute erleben wir das genaue Gegenteil.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kennen aus unserer Arbeit den Lebensalltag und die Wirklichkeit in Deutschland gut. 15.000 Menschen haben uns in den letzten Wochen beim Bürgerdialog geschrieben, und in fast allen dieser Zuschriften ging es um ein Thema, das den Menschen unter den Nägeln brennt - egal, ob sie jung oder alt, Frauen oder Männer, Arbeitnehmer oder Arbeitgeber sind -, und das ist die ungleiche Verteilung von Bildungschancen. Das empfinden die Menschen zu Recht als einen der größten Skandale, und sie haben Recht, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb müssen wir uns darum kümmern, dass es endlich besser wird.

Hier in Niedersachsen, Stephan, fangen wir an; denn hier ist vor ein paar Wochen etwas vorgestellt worden, was nichts anderes zeigt, wie katastrophal CDU und FDP hier Bildungspolitik betrieben haben.

Vor wenigen Wochen hat die Bertelsmann-Stiftung festgestellt: Nirgendwo in Deutschland ist der Aufstieg für Schülerinnen und Schüler so schwer wie in Niedersachsen, und nirgendwo geht der Abstieg so schnell und fallen so viele Schülerinnen und Schüler durch das Bildungssystem. Kein Wunder, dass das Thema das wichtigste ist in Niedersachsen. Und wenn es dann jemand trotz der Bildungspolitik zum Abitur geschafft hat, dann lebt er, Stephan hat es gesagt, in einem der letzten beiden Länder, wo man für das Studium Schulden machen muss.

Wir werden in Niedersachsen am 20. Januar zeigen, dass man es besser machen kann. Weil wir wissen, dass das Geld kostet und dass das kein Land – auch Niedersachsen nicht – alleine kann, wollen wir das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Schulpolitik wieder aufheben.

(Beifall)

Und wir wollen mehr Geld in das deutsche Bildungssystem geben, liebe Genossinnen und Genossen. 20 Milliarden Euro geben wir in Deutschland weniger für Bildung aus als die anderen Industrienationen im Durchschnitt. Wir sind ein wirtschaftlicher Riese und zugleich in der Bildungspolitik nicht einmal Mittelmaß.

Deswegen werden wir niemandem Steuersenkungen versprechen, aber einigen – das sagen wir offen – Steuererhöhungen. Ich sage euch: Die allermeisten von denen, die davon betroffen sind, denen es besser und sehr gut geht, haben nicht einmal etwas dagegen, dass wir mehr Steuern von ihnen fordern, wenn wir sicherstellen, dass das Geld auch wirklich ins Bildungssystem geht. Und das werden wir einhalten, liebe Genossinnen und Genossen. Das werden wir einhalten!

(Beifall)

Unsere Botschaft für das Jahr 2013 und für unsere Regierungszeit ist klar: Wir wollen in unserer Gesellschaft das Bündnis erneuern, das Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich, stark und sozial sicher gemacht hat. Das ist das Bündnis zwischen denjenigen, denen es gut geht, und denjenigen, denen es nicht so gut geht, obwohl sie sich anstrengen. Deshalb hat der Parteitag das Motto „Miteinander. Für unser Land.“

Dass dieser politische Wechsel nötig ist, das haben die letzten dreieinhalb Jahre wirklich eindrucksvoll bewiesen: kein Tag, an dem die amtierende Bundesregierung und die sie tragende Chaos-Koalition nicht irgendeinen Streit vom Zaun gebrochen, irgendeinen Unsinn beschlossen und Fehlentscheidungen getroffen, Lobbyisteninteressen bedient, die Öffentlichkeit getäuscht und sich mit falschen Federn geschmückt haben. Aber eines, liebe Freundinnen und Freunde, hat dieses Land nicht gehabt: eine Regierung, die das Land anständig regiert.

Unser Land hat einen Wirtschaftsminister namens Rösler, der weder etwas von Wirtschaft versteht noch von den Unternehmern ernst genommen wird, eine Frauenministerin namens Schröder, die Politik gegen Frauen und Familien macht und sich jüngst mit einem aberwitzigen Vorschlag für Putzhilfe-Gutscheine hervorgetan hat,

(Vereinzelt Beifall)

und einen Entwicklungsminister mit Namen Niebel, den es gar nicht geben dürfte, weil er vorher beantragt hatte, das Ministerium, dem er jetzt vorsitzt, abzuschaffen. Und nicht zu vergessen: Da ist eine Arbeits- und Sozialministerin namens von der Leyen, die wirklich alles klein kriegt: Mini-Bildungspakete, Mini-Rentenaufschläge, Mini-Löhne. Dafür hat sie Gott sei Dank selbst bei der CDU in der letzten Woche ein Mini-Ergebnis bei den Vorstandswahlen eingefahren.

(Beifall)

Übrigens: An noch etwas darf man in der Bilanz dieser angeblich „erfolgreichsten Regierung“ seit der Wiedervereinigung erinnern: Immerhin zwei Bundespräsidenten haben

CDU/CSU und FDP in nur vier Jahren verschlissen. Das gab es bisher nicht in unserer Republik. Sie gingen aus dem Amt, weil sie entweder mit Angela Merkel nicht klar kamen oder weil sie einfach kein Format für dieses so wichtige Amt hatten.

Alle wurden berufen – ob Minister oder formatloser Präsident – von einer Kanzlerin, der ihre eigene Partei- und Machtpolitik immer wichtiger war als Moral, Ehrlichkeit, Anstand und Ehre. Die politische Verantwortung für diese Geister-Regierung, die unser Land seit nunmehr mehr als drei Jahren in einem unvorstellbaren Maß unter Niveau verwaltet, trägt einen Namen, und der lautet Angela Merkel. Aus dieser Verantwortung werden wir sie bis zur Bundestagswahl nicht entlassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir brauchen nicht nur eine neue Bundesregierung und eine neue Regierungskoalition, Deutschland braucht vor allem einen anderen Regierungschef, einen, der wirklich regieren will, und nicht eine Kanzlerin, die nur an der Macht bleiben möchte, ohne den Menschen zu sagen, warum sie überhaupt regiert und wohin sie das Land steuern will.

Unser Land braucht einen Regierungschef, der bereit und in der Lage ist, zu regieren und zu gestalten, einen, der es will und auch kann, und der hat einen Namen: Er heißt Peer Steinbrück, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Mit ihm gemeinsam wollen wir Deutschland eine andere Richtung geben, eine Richtung für mehr Gleichheit, für mehr Gerechtigkeit, für mehr Gemeinwohl, und wir wollen gemeinsam mit ihm einen neuen Aufbruch wagen. Wir wollen in Deutschland wieder für ein neues soziales Gleichgewicht sorgen, und wir wollen nicht zusehen, dass unser Land mehr und mehr in eine neofeudale Klassengesellschaft abgleitet, in der Herkunft und Beziehungen wichtiger sind als die Leistungen von Menschen.

Die Bundestagswahl im nächsten Jahr entscheidet nicht nur darüber, ob Frau Merkel noch Bundeskanzlerin sein wird oder nicht. Sie entscheidet nicht nur über Machterhalt oder Machtgewinn von Parteien oder Koalitionen. Es geht um viel mehr für Deutschland und für Europa! Die Bundestagswahl im kommenden Jahr ist eine Wahl über den Weg Deutschlands in Europa.

Nichts macht den Richtungsunterschied zwischen CDU/CSU und FDP und uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten so deutlich, wie Angela Merkels Satz mit Blick auf Deutschland und Europa, wir müssten endlich eine „marktkonforme Demokratie“ werden. Eine „marktkonforme Demokratie“! Nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir

wollen das genaue Gegenteil: Wir wollen endlich wieder demokratiekonforme Märkte in unserem Land und in Europa. Dafür streiten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beifall)

Nicht nur die Person und die Regierung sind falsch, sondern vor allen Dingen auch die Richtung. Wir wollen den Kurs ändern. Den Kurs dafür haben wir gemeinsam mit Peer Steinbrück abgesteckt: Arbeit, die sich wieder lohnen muss, Bildung, die wieder der Schlüssel für unsere Zukunft sein muss, soziale Gerechtigkeit als Grundbedingung für unser Gemeinwesen, eine Alterssicherung als Kernversprechen für einen Wohlstand auch in der dritten Lebensphase, und eine Demokratie, die nicht zum Spielball von Finanzmärkten werden darf. Für alle diese Ziele stehen die SPD und Peer Steinbrück.

Lasst mich am Schluss noch ein paar persönliche Worte an Peer richten. Lieber Peer, ich weiß, dass du wie viele andere auch wegen Willy Brandt den Weg zur SPD gefunden hast. Die SPD war für dich immer auch eine breite gesellschaftliche Bewegung für Frieden, für Entspannung, für Freiheit, für soziale Demokratie und für Gleichberechtigung und Fortschritt.

Ich, liebe Genossinnen und Genossen, kenne viele, die ebenso wie Peer Steinbrück nicht aus der klassischen Arbeitnehmerschaft den Weg zu uns gefunden haben und doch aus den gleichen Gründen gekommen sind wie er. Sie haben die SPD politisch bereichert und stärker gemacht.

Es war immer dieses aufgeklärte Bürgertum, das wusste, dass Herkunft kein Privileg ist und dass die Politik die Aufgabe hat, die Bedingungen für ein gelingendes Leben für alle zu schaffen. Aufstieg durch Bildung und Arbeit: Das war und ist das Kernversprechen der Sozialdemokratie. Das ist das Fundament jeder modernen und solidarischen Gesellschaft. Und ich weiß, Peer: Das ist auch dein Kernversprechen. Aufstieg durch Bildung und Arbeit. Und ich weiß: Du wirst das mit all deiner Kraft und all deiner Leidenschaft durchsetzen in Deutschland. Das ist der Grund, warum du, Peer, Kanzler der Republik werden musst. Das ist der Grund, warum wir alle dich brauchen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns deshalb in den nächsten neun Monaten Seit' an Seit' für eine bessere und für eine andere Politik kämpfen. Und lasst uns das miteinander tun: aufgeschlossen gegenüber den Menschen unseres Landes, geschlossen und zusammen mit Peer Steinbrück, für unser Land mit

einem Kanzler Peer Steinbrück an der Spitze und für das Gemeinwohl und das Miteinander, das zurückkehren muss in unser Land und nach Europa.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall)

Manuela Schwesig, Parteitagspräsidium: Lieber Sigmar, herzlichen Dank! Lieber Sigmar, dass wir heute gemeinsam mit Peer selbstbewusst die Kanzlerschaft anstreben und damit einen echten Politikwechsel, das ist auch dein Verdienst, und dafür sagen wir herzlichen Dank.

(Beifall)

Wie sich alle von uns reinknien in den Wahlkampf hier in Niedersachsen, aber dann für ganz Deutschland, zeigen auch unsere 45 Juso-Campaignerinnen und -Campaigner, die hier in Hannover sind. Seid ihr da? – Da hinten, zeigt euch mal! Wir begrüßen euch ganz herzlich.

(Beifall)

Aus allen Bezirken und Landesverbänden sind junge Jusos zusammengekommen, die den Jugendwahlkampf 2013 vor Ort organisieren. Das ganze Wochenende habt ihr euch hier in Hannover vorbereitet auf 2030.

(Heiterkeit)

- 2013! 2030 müsst ihr irgendwann auch noch machen, aber jetzt ist erst 2013 dran, sorry! – Ihr habt euch auf 2013 gut vorbereitet, inhaltlich, organisatorisch und strategisch. Viele von uns haben diesen tollen Flyer am Eingang bekommen: „Verlass dich nicht auf diesen Typen“. Liebe Frauen, diesmal ist der Weihnachtsmann gemeint. Wir verlassen uns nicht darauf, dass der Weihnachtsmann den Politikwechsel bringt, sondern den müssen wir uns gemeinsam erkämpfen. Dafür seid ihr heute da, dafür kämpft ihr mit uns gemeinsam. Vielen Dank an die Juso-Campaigner. Wir freuen uns auf den Wahlkampf mit euch.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich, dass wir weitere Gäste begrüßen dürfen: Begrüßt gemeinsam mit mir Avni Altiner, den Vorsitzenden des Landesverbandes der Muslime hier in Niedersachsen.

(Beifall)

Und begrüßt mit mir auch Alexander Kirchner, den Vorsitzenden der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. Schön, dass du da bist!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, den ersten Part habe ich gemeinsam mit euch gemacht. Ich übergebe jetzt an Thorsten Schäfer-Gümbel, unseren Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten für Hessen. Lieber Thorsten, du hast das Wort.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank, Manuela! Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch nun um einen Moment Aufmerksamkeit. Wir haben einige Menschen gebeten, uns zu sagen, was sie in Deutschland bewegt. Einige Stimmen davon haben wir euch mitgebracht, und ich würde vorschlagen: Film ab!

(Filmbeitrag - Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass dieser Film sehr eindrucksvoll belegt, dass die Bürgerinnen und Bürger gerade in stürmischen Zeiten Antworten auf die Fragen erwarten, die sie jeden Tag beschäftigen. Ich meine damit junge Familien, ich meine damit Rentnerinnen und Rentner, ich meine damit Geringverdiener ebenso wie Menschen, die um ihren Job bangen oder die in ihren Betrieben um gute Arbeit kämpfen – Menschen, die sich Sorgen machen darüber, wie sie Energie bezahlen sollen und ob sie ihre Miete überweisen können, ebenso wie diejenigen, die in der Wirtschaft ehrbare Kaufleute sein wollen. Ich meine Menschen, denen wir Zukunft schulden. Wir brauchen jemanden, liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dem wir unsere Zukunft anvertrauen können, der sie anpackt, der sie nicht aussitzt. Begrüßen Sie und begrüßt ihr mit mir die Alternative zu einer Koalition, die „alternativlos“ mit überflüssig verwechselt. Begrüßt mit mir den Kanzlerkandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, begrüßt mit mir Peer Steinbrück.

(Beifall)

Rede des Kanzlerkandidaten der SPD

Peer Steinbrück: Vielen Dank! Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Lieber Helmut Schmidt! Lieber Gerd Schröder! Lieber Egon Bahr! Lieber Franz Müntefering! Ich begrüße euch herzlich. Es ist mir wichtig, dass ihr heute da seid. Das ist eine große Unterstützung. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Und dann will ich jemanden besonders herzlich begrüßen, nämlich Erhard Eppler, der heute seinen 86. Geburtstag feiert.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt in diesem Film die Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern gehört, die in Deutschland leben, die in Deutschland arbeiten, die Wünsche und Erwartungen haben, die Sorgen und die auch Träume haben. Politik ist dafür da, Lebensentwürfe möglich zu machen. Politik ist dafür da, allen Menschen eine gleiche Chance zu geben, in Freiheit und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten zu können. Dafür treten wir ein, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die im nächsten Jahr voller Stolz ihr 150. Jubiläum feiert.

Wir sind seit 150 Jahren die Partei, auf die sich die Menschen immer verlassen konnten, weil unsere Politik von Werten geleitet ist, von Werten, die unverbrüchlich sind, Werten, die auch nach 150 Jahren nichts von ihrer Aktualität verloren haben.

Es ging und geht nach wie vor um Freiheit und Demokratie, um Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt, um Gerechtigkeit und Respekt, vor allem um Frieden und Verlässlichkeit gegenüber unseren europäischen Nachbarn und Partnern.

Die konkreten politischen Antworten und Lösungen, die wir anzubieten haben, unterliegen in der Tat einem Zeitenwechsel und den jeweiligen Herausforderungen, die sich neu stellen. Aber unsere Werte verändern sich nicht: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - diese Werte werden auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten unverändert unsere Richtschnur sein.

(Beifall)

In der Verpflichtung auf diese Werte bewerbe ich mich als Bundeskanzler für die Bundesrepublik Deutschland.

(Starker Beifall)

Auf der Grundlage dieser Werte wollen wir, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Politik für die Zukunft unseres Landes machen. Immer dann, wenn Sozialdemokraten regiert haben, ging es diesem Land besser. Immer dann, wenn Sozialdemokraten regiert haben, haben wir dieses Land vorangebracht.

(Beifall)

Im kaiserlichen Obrigkeitsstaat haben wir zentrale, soziale Errungenschaften, teilweise aus der Illegalität, durchgesetzt. Wir haben Reichskanzler Bismarck die Krankenversicherung abgerungen. Wir haben 1919 die erste Republik, die erste Demokratie in Deutschland auf den Weg gebracht. Wir haben dabei das Frauenwahlrecht durchgesetzt und mit der Gewerkschaftsbewegung den 8-Stunden-Tag. Es war die Sozialdemokratie, die dies durchgesetzt hat!

(Beifall)

Heute wollen wir das Zwei-Klassen- oder sogar Drei-Klassen-System im deutschen Gesundheitswesen abschaffen. Und wir wollen gleiche Löhne für Frauen und Männer. Wir wollen dafür sorgen, dass Arbeit aufgewertet wird und gerechte Löhne gezahlt werden.

(Beifall)

Und wir wollen dies wiederum mit der Gewerkschaftsbewegung und allen aufgeklärten politischen Kräften in unserer Gesellschaft durchsetzen.

Wir waren es, die 1933 die erste deutsche Demokratie verteidigt haben,

(Beifall)

wo andere sich dem rechten und faschistischen Zeitgeist nicht nur angepasst, sondern sogar hingegeben haben. Am 23. März des nächsten Jahres jährt sich zum 80. Mal die Rede von Otto Wels auf das Ermächtigungsgesetz der Nazis, mit dem Satz, der einem nach wie vor den Atem stocken lässt: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“

(Beifall)

Und es lohnt sich, die nachfolgenden Sätze zu lesen. Was für ein politisches Vermächtnis! Ja, ich bin stolz, ein deutscher Sozialdemokrat zu sein.

(Beifall)

Wir waren es, die deutsche Sozialdemokratie, die die Restaurationspolitik der Adenauer-Zeit mit ihrer Geschichtsvergessenheit gegenüber den Verbrechen der Nazis beendet und mehr Demokratie gewagt hat.

(Beifall)

Heute kämpfen wir gegen die Neonazis, die Straßen und Plätze in Deutschland unsicher machen, im Osten wie im Westen, die sogar vor Mord nicht zurückschrecken. Die

Bundesregierung verharmlost diese rechte Gewalt, indem sie rechte mit linker Gewalt gleichsetzt.

(Beifall)

Durch die Extremismusklausel erschwert sie sogar noch die Arbeit von Initiativen gegen rechte Gewalt, indem sie ein Bekenntnis zum Grundgesetz abverlangt und sie damit unter einen Generalverdacht stellt. Wir werden diese Extremismusklausel abschaffen, wenn wir dran sind!

(Beifall)

Wir erwarten von der Bundesregierung auch, dass sie sich der Initiative der Länder zu einem Verbot der NPD anschließt.

(Beifall)

Wir wissen, dass alleine rechtliche Schritte die braune Soße noch nicht eindämmen, aber verzichten dürfen wir auf solche rechtlichen Schritte auch nicht.

(Beifall)

Es war Willy Brandt, der uns in seiner großen, unvergessenen Abschiedsrede, die ich damals in Bonn mithören durfte, als Parteivorsitzender 1987 eindringlich hinterlassen hat: Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts.

(Beifall)

Er hat mit seiner mutigen Ostpolitik unter Beweis gestellt, was Haltung in praktischer Politik angesichts der Spaltung unseres Landes bedeutet: Das Leben der Menschen konkret zu verbessern, Schritt für Schritt, und dabei gleichzeitig das große Ziel - die Einheit Deutschlands wiederherzustellen - nicht aus den Augen zu verlieren.

Wegen Willy Brandt bin ich vor 43 Jahren in die SPD eingetreten: Weil ich empört war, wie die Konservativen ihn diffamiert haben, und weil ich begeistert war über seinen Mut, seine Weitsicht und seinen Einsatz, um den Frieden in Europa zu sichern und das Leben in beiden Teilen Deutschlands erträglicher zu machen.

(Beifall)

Es war ein harter, langer und bisweilen erbitterter Kampf, auch gegen massive nationalkonservative Widerstände.

Mit Entsetzen habe ich vor wenigen Wochen einen Artikel im Magazin einer Wochenzeitschrift gelesen, der deutlich gemacht hat, dass zur selben Zeit die reaktionären Kräfte in Deutschland eine Art privaten politischen Geheimdienst gegründet haben, um dieser Politik Widerstand entgegenzubringen. Eine Ungeheuerlichkeit, die erst Jahrzehnte später deutlich gemacht worden ist!

(Beifall)

Willy Brandt hat seine Politik durchsetzen können, weil er eine Haltung und Werte besaß, die sein Handeln leiteten.

Und warum, liebe Genossinnen und Genossen, genießt Helmut Schmidt wie kein anderer ein so hohes Vertrauen und eine so große Verehrung in Deutschland? Nicht nur, weil die Menschen spüren, dass hier jemand etwas von dem versteht, von dem er spricht, sondern auch, weil sie spüren, dass er einen Kompass hat, der ihn sein ganzes Leben geleitet hat. Die Bürger spüren, dass da jemand auf der Grundlage sittlicher Überzeugungen - in Krisen genauso wie im politischen Alltag - Politik gemacht hat: für Deutschland und für Europa. - Und deswegen darf er im Fernsehen auch rauchen.

(Heiterkeit und starker Beifall)

Wir waren es, liebe Genossinnen und Genossen, die in den 70er-Jahren das Aufstiegsversprechen einlösten, dass es den Kindern einmal besser gehen sollte als den Eltern.

Wir waren es, die in den 70er-Jahren die Mitbestimmung in Deutschland ausgebaut und insbesondere die Selbstbestimmung von Frauen bei Schwangerschaften durch die Reform des § 218 ermöglicht haben. Es war die deutsche Sozialdemokratie, die dies gemacht hat.

(Beifall)

Wir waren es nach 1998, mit der ersten rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder, der bleiernen Zeit von Kohl entgegengewirkt haben: durch ein moderneres Zuwanderungsrecht, ein Gesetz über die Gleichstellung und Gleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, eine moderne Familienpolitik, die ersten Ansätze für eine ökologische Steuerreform und den Einstieg in ganztags betreute Grundschulen. All dies fand statt unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Gerd Schröder.

(Beifall)

Heute wollen wir gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften auch steuerlich gleichstellen und einen Rechtsanspruch auf flächendeckende Kinderbetreuung nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich. Und wir wollen dafür sorgen, dass in Deutschland geborene Kinder auch die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen.

(Beifall)

Lieber Gerd, wir erinnern uns alle an deine mutige Haltung, Deutschland aus dem Abenteuer des Irak-Krieges herauszuhalten,

(Beifall)

wofür du damals von einer CDU-Oppositionspolitikerin nicht nur im Inland, sondern sogar in Amerika angegriffen worden bist, wie wir nicht vergessen haben.

(Beifall)

Heute sagen wir anders als die Bundesregierung: keine Waffen in Krisenherde! Das ist aktueller denn je.

(Beifall)

Wir lassen uns auch nicht, liebe Genossinnen und Genossen, die Rendite der Reformpolitik der Regierung Schröder stehlen, die vielen ausländischen Beobachtern Deutschland wie ein Märchenland vorkommen lässt. Wir sind es gewesen, die damals gegen Widerstände und trotz Schwierigkeiten dieses Land vorangebracht haben! Auch das gehört zur Bilanz sozialdemokratischer Politik.

(Beifall)

Deutsche Politik muss wieder von Haltung und Werten bestimmt sein, und das kann niemand besser als unsere Partei, die sich in ihrer langen Geschichte nie umbenennen musste. Anders als andere Parteien haben wir uns nie von einer Vergangenheit abnabeln oder Verantwortung für Vergangenes tilgen müssen. Nicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

(Beifall)

Sozial und demokratisch sind wir, und sozial und demokratisch bleiben wir.

Der soziale Wohlfahrtsstaat ist seit jeher das große Projekt der deutschen Sozialdemokratie. Er ist die Grundlage dafür, Marktwirtschaft und Gemeinwohl miteinander

zu versöhnen. Dieser soziale Wohlfahrtsstaat ist keine Zutat, kein Luxus je nach Kassenlage, sondern die materielle Einlösung des Solidaritätsversprechens.

(Beifall)

Er erst macht Freiheit und Demokratie möglich. Gäbe es ihn nicht, würden die Konflikte in unserer Gesellschaft sehr viel unmittelbarer aufeinanderprallen, gäbe es ihn nicht, wäre die Friedfertigkeit unserer Gesellschaft bedroht.

Ich finde deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir es Ferdinand Lassalle, August Bebel, Friedrich Ebert, Marie Juchacz, Hermann Müller, Otto Wels, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Annemarie Renger, Gerhard Schröder und Regine Hildebrandt schuldig sind, in unserem Jubiläumsjahr wieder einen sozialdemokratischen Bundeskanzler zu stellen.

(Beifall)

Mehr noch: Wir sind es den Menschen in diesem Land schuldig, wieder einen sozialdemokratischen Bundeskanzler zu stellen.

(Beifall)

Es war immer unsere Stärke, den Problemen - wie ich zugebe: auch den gelegentlich selbst gemachten Problemen - nicht auszuweichen, sondern nach Lösungen zu suchen, die in die jeweilige Zeit passen. Das erwarten die Menschen von uns, und wir dürfen diese Erwartung der Menschen nicht enttäuschen.

Es ist das zentrale Thema unserer Zeit, liebe Genossinnen und Genossen, dass selbst Bürger, die sich früher sicher wähnten - mit einem guten Job, einer guten Ausbildung und einem bisschen was auf der hohen Kante -, heute verunsichert und orientierungslos sind. Sie sind dies aus zwei Gründen.

Sie sind dies erstens durch eine Finanz- und Bankenkrise, die ihren Glauben an einen gezähmten Kapitalismus und das Vertrauen in eine Soziale Marktwirtschaft erschüttert haben, weil sie zerstörerische Exzesse erlebt haben, die teilweise ganze Gesellschaften in den Abgrund treiben können. Die Bürger registrieren sehr genau, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden und dass sie, die Steuerzahler, die Letzten sind, die für Risikoignoranz und Fehlentscheidungen von Banken haften müssen. Sie registrieren sehr genau, dass ein wichtiges Element dieser Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr stimmt, nämlich dass Haftung und Risiko zusammenfallen.

(Beifall)

Damit muss Schluss sein!

Zweitens spüren die Menschen, wie ihre Arbeit immer weiter entwertet wird. Lange Zeit war der Erwerb eines bescheidenen Eigentums auch für sogenannte Normalverdiener möglich. „Die Kinder werden es einmal besser haben“ Daran glauben inzwischen viele nicht mehr, wie wir gerade von einem Bürger gehört haben. „Die Kinder werden es einmal besser haben, man hat es selbst in der Hand.“ Doch diese Gewissheit gerät inzwischen ins Rutschen. Das Missverhältnis zwischen Einsatz und Gegenleistung stimmt für viele nicht mehr. Die Menschen müssen immer gebildeter sein, immer mobiler, immer flexibler, sie müssen sich immer mehr anstrengen - und zugleich müssen sie mit immer weniger zufrieden sein und kriegen auch immer weniger Lohn und weniger Rechte. Mit dieser Entwicklung muss Schluss sein!

(Beifall)

Dazu kommen in der Tat steigende Kosten, wie wir gehört haben, bei den Mieten, durch steigende Energiepreise, durch Zuzahlungen beim Arzt und durch steigende Kosten bei der Pflege. Hier besteht Handlungsbedarf, und die Bundesregierung guckt nur zu.

Die CDU - eine Partei übrigens, die sich gerne in einem Ritual der Werte ergeht - ist zu einer bloßen Machtmaschine geworden. Aber der bloße Machterhalt ist nicht die zentrale Aufgabe von Politik. Die Aufgabe von Politik ist es vielmehr, zeitgemäße Antworten auf die Fragen nach dem Zusammenleben unserer Gesellschaft und nach dem Zusammenhalt in Europa zu finden. Genau das bleibt diese Regierung uns und den Menschen schuldig.

(Beifall)

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Kauder, hat diesen politischen Minimalismus erst jüngst genau auf den Punkt gebracht: „Auf die Kanzlerin kommt es an.“ - Nicht mehr: „Auf die Kanzlerin kommt es an.“ Das ist die Verkürzung und Entkernung von CDU und CSU zu einem reinen Wahlverein, nicht mehr.

(Beifall)

Das einzige programmatische Angebot ist: die Vorsitzende selber - und sonst gar nichts. Die Kanzlerschaft von Frau Merkel ist zum einzig übriggebliebenen Markenkern der CDU geworden. Ich kann keine Überzeugungen, keine Haltung, keine durchgehaltene Linie finden, die sich um diesen Markenkern herum ranken. Politisch wirkt die Union seltsam orientierungslos.

(Beifall)

Also, wohin soll die Reise gehen? Nicht nur in und mit Europa, sondern auch mit unserer Gesellschaft. Wie sieht der Gesellschaftsvertrag aus in dieser Republik, der diese Gesellschaft zusammenhalten soll, der die Bindekräfte dieser Gesellschaft stärkt?

Nur mit Antworten auf diese Fragen lässt sich eine schlüssige und überzeugende Politik begründen, die Vertrauen schafft, die wichtigste Kategorie in der Politik, aber auch im Bankenbereich, beides ist verlorengegangen.

Stattdessen werden Aufkleber von dieser Regierung erfunden: „das Jahr der Entscheidungen“, „der Herbst des Vertrauens“, „Bildungsrepublik Deutschland“, „Energiewende“, „mehr Europa“. Aber diese Etiketten kleben auf leeren Flaschen.

(Beifall)

Auf leeren Flaschen - das meine ich ausdrücklich nicht persönlich.

(Heiterkeit)

Aber es sind nicht nur Etiketten, die auf leeren Flaschen kleben, sondern wir haben es auch mit dem Zynismus eines Begriffes wie der „Lebensleistungsrente“ zu tun. Oder wir haben es damit zu tun, dass grob irreführende Begrifflichkeiten geprägt werden wie eine „Lohnuntergrenze“, die aber nichts zu tun hat mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall)

Wir hören Popcornsätze, in denen sich viel Luft und kaum Substanz findet. Das lässt Raum. In den kann sich jeder viel hineindenken. Das ist nicht anstößig. Das ist nicht gefährlich. Das ist sehr risikolos - anders als bei manchen meiner Sätze und Bilder.

(Beifall)

Aber bei Frau Merkel bleibt eben zu vieles im Ungefähren, und das ist nicht ungefährlich.

(Beifall)

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns eines gezeigt, liebe Genossinnen und Genossen: Es ist etwas aus dem Lot geraten - in Deutschland und in Europa und in der Gesellschaft insgesamt. Das spüren nicht nur viele Menschen, das wissen und

thematizieren auch viele aus Wirtschaft und Wissenschaft, kluge Zeitgenossen. Und was genau scheint aus dem Lot geraten zu sein?

Der Philosoph Michael Sandel hat dies auf eine - wie ich finde - ganz eingängige Formel gebracht. Er sagt: „Wir sind von einer Marktwirtschaft in eine Marktgesellschaft gerutscht“. Die Marktwirtschaft ist ein bloßes Instrument. Die Marktgesellschaft ist eine Lebensweise, in der viele gesellschaftliche Bereiche einem ökonomischen Kalkül unterworfen werden sollten. Eine Marktgesellschaft ersetzt Moral und Ethik durch Egoismus und Renditemaximierung. Das aber genau zerstört den Zusammenhalt und die innere Friedfertigkeit einer Gesellschaft. Genau das wollen Sozialdemokraten nicht.

(Beifall)

Mir geht es deshalb um den Primat der Politik statt eines Primats des Marktes. Uns gemeinsam geht es darum, den Märkten Grenzen zu setzen. Wir wollen nicht wie andere den Markt an die Stelle des Staates setzen und die Menschen damit allein lassen; denn es gibt Lebensbereiche, deren Qualität nur erhalten und gesichert werden kann, wenn sie eben nicht zu reinen Marktbeziehungen werden.

Dazu gehört Bildung. Dazu gehört die richtige Versorgung von Bürgerinnen und Bürger mit Gütern wie Wasser und Strom. Dazu gehört, dass Menschen sicher durch unsere Straßen gehen können. Dazu gehört auch, dass Mieten erschwinglich sind und dass nicht nur Eliten sich Kultur leisten können. All dies gehört dazu.

(Beifall)

Diese Ausdehnung eines platten und sehr radikalen Marktverständnisses und ihre ideologische Begründung hat Lebensbereiche erfasst, in die sie definitiv nicht gehören. Der Markt hat sich vor demokratischen Lebens- und Arbeitsformen zu rechtfertigen und nicht umgekehrt.

(Beifall)

Ich zitiere Erhard Eppler. Das kommt von dir, aus einem längeren Aufsatz, den du vor zwei oder drei Jahren geschrieben hast. Will sagen: niemand hat das klarer ausgedrückt als Erhard Eppler. Wer das anders sieht, gefährdet, wie ich glaube, nicht nur die Ökonomie, nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und letztlich die demokratische Substanz in unserer Gesellschaft.

Das ist genau die Richtungsfrage, vor der Deutschland steht. Es geht wieder um ein

neues Gleichgewicht. Es geht um eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft. Und es geht darum, die Marktwirtschaft wieder sehr viel stärker auf das Gemeinwohl zu verpflichten.

(Beifall)

„Die Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur so lange gut, als sie dem Menschen zum Nutzen und Segen gereicht.“

Wisst ihr, welcher böse Sozialdemokrat das gesagt hat? - Ludwig Erhard!

(Heiterkeit)

Wenn der heute noch leben würde, auch in Kenntnis seines bemerkenswerten Buches „Wohlstand für alle“, Mitte der 50er-Jahre geschrieben, dann wäre er heute garantiert nicht mehr in der CDU, wobei es Zweifel gibt, ob er da je gewesen ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Deshalb sage ich mit aller Bestimmtheit: Eigentum und wirtschaftlicher Erfolg verpflichten; denn erst eine stabile politische und gesellschaftliche Ordnung legt dafür überhaupt erst den Grundstein.

Nicht nur der kurze Film vor meiner Rede macht sehr deutlich: Es gibt eine Sehnsucht in unserer Gesellschaft. Es gibt eine Sehnsucht, die sich unter dem Eindruck der Exzesse der Finanzmärkte, die angesichts der Entwertung der persönlichen Leistung in der Arbeit, die in der Ablehnung eines rücksichtslosen Egoismus nach mehr Gerechtigkeit, Maß und Mitte orientiert. Deutschland braucht wieder mehr „wir“ und weniger „ich“!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden die Bundestagswahl zu einer Auseinandersetzung über die Gesellschaftspolitik mit der CDU/CSU machen. Will sagen: Statt einer Lohnuntergrenze ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, statt Lohndruck und Flucht aus Tarifverträgen - faire Löhne für gute Arbeit und Stärkung der Tarifbindungen, statt Lebensleistungsrente mit 10 oder 20 Euro über die Grundsicherung hinaus - eine armutsfeste Solidarrente,

(Beifall)

statt 5 Euro Pflege-Bahr - eine bessere Pflege für alle, statt einfach nur Praxisgebühr weg - Zweiklassensystem im Gesundheitswesen weg,

(Beifall)

statt Flexiquote - Frauenquote,

(Beifall)

statt Betreuungsgeld - Ausbau von Ganztagesstätten und Ganztagsgrundschulen,

(Beifall)

statt früh selektierende Schulsysteme - mehr Durchlässigkeit und Förderung, statt reparierendem Sozialstaat mit nachlaufenden Kosten - lieber einen vorsorgenden Sozialstaat, der in die Befähigung der Menschen hinein investiert -

(Beifall)

so, wie das Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen zum Gegenstand ihrer Politik gemacht hat.

(Beifall)

Statt Ehegattensplitting, das die Erwerbstätigkeit von Frauen eher behindert - ein Steuersystem, das den bunten Lebensentwürfen in unserer Gesellschaft entspricht,

(Beifall)

statt Kapitulation vor dem Erpressungspotential von Finanzmärkten - eine rigide Regulierung und Aufsicht von Finanzmärkten,

(Beifall)

und schließlich: Statt Leisetreteri im Umgang mit Steuerbetrug und Steuerhinterziehung - kein Pardon mit Steuersündern!

(Beifall)

Wir können gemeinsam die Frage nach der Unterscheidbarkeit unserer Politik gegenüber den Positionen der CDU/CSU sehr genau und sehr präzise beschreiben, wie ihr gerade gehört habt.

(Beifall)

Ich möchte mit euch, liebe Genossinnen und Genossen, im Wahlkampf für einen solchen Politik-, einen solchen Richtungswechsel kämpfen, damit es anschließend zu einem Regierungswechsel in Deutschland kommt.

(Beifall)

Und die Antwort, wie das funktioniert, ist - finde ich - eindeutig: Rot-Grün.

(lebhafter Beifall)

Wenn ich gelb seh, seh' ich schwarz. Wenn ich schwarz seh', seh' ich rot.

(Heiterkeit und Beifall)

Mit Ausnahme von Borussia Dortmund.

(Beifall - Buhrufe)

Ernsthaft: Worüber ich mir keinen Kopf mache, ist ein anderes Szenario - und, bitte, ihr auch nicht.

(Beifall)

Diese Koalitionsspielchen und diese Stratego-Anwendungen, die es gelegentlich gibt, die können wir gerne anderen überlassen.

Es wird im nächsten Jahr, liebe Genossinnen und Genossen, einen Regierungswechsel geben - es wird ihn geben.

(Beifall)

Zwei Drittel der Deutschen wollen längst nicht mehr diese Koalition aus CDU/CSU und FDP. Es wird also einen Regierungswechsel geben. Der Punkt ist nur, ob es einen halben Regierungswechsel oder einen ganzen Regierungswechsel gibt. Und ich möchte einen ganzen Regierungswechsel.

(starker, anhaltender Beifall)

Wahlen, liebe Genossinnen und Genossen, werden in der Mitte der Gesellschaft gewonnen. Das wissen alle, die in letzter Zeit für die SPD Wahlen gewonnen haben: Kurt Beck, Hannelore Kraft, Olaf Scholz, Matthias Platzeck, Torsten Albig und viele andere wie Klaus Wowereit, Jens Böhrnsen, Erwin Sellering, Peter Feldmann in Frankfurt, Susanne Gaschke in Kiel und Frank Mentrup in Karlsruhe. Alle wissen das.

(lebhafter Beifall)

Und am 20. Januar wird der neue Ministerpräsident hier in Niedersachsen deshalb auch Stephan Weil heißen.

(Beifall)

Worauf ich hinaus will, liebe Genossinnen und Genossen: Mitte heißt nicht Orientierungslosigkeit oder Prinzipienlosigkeit. Mitte heißt, die Interessen der Mehrheit in Deutschland ins Zentrum unserer Politik zu rücken. Sigmar Gabriel hat das, wie ich finde, in einer großen Rede auf dem Dresdner Parteitag 2009 gesagt. Wörtlich:

„Die politische Mitte in Deutschland war nie ein fester Ort,“

- ich finde, eine sehr gute Feststellung -

„nie eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft oder Wählerschaft. Die politische Mitte hat der gewonnen, der in den Augen der Menschen die richtigen Fragen und die richtigen Antworten bereithält.“

Dies unterstreiche ich mit mehreren großen Ausrufezeichen.

(Beifall)

Und deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, wollen wir um die Deutungshoheit in der politischen Mitte, aber auch über die politische Mitte in Deutschland kämpfen. Das ist von einer entscheidenden Bedeutung.

Sigmar Gabriel danke ich, dass er unsere Partei nach dem Niederschlag von 2009 wieder an die Rampe der Regierungsübernahme geführt hat und es jetzt mit seiner Unterstützung noch den Schubs geben muss, dass wir über diese Rampe auch in die Regierung kommen. Sigmar, ich danke dir herzlich für das, was du in den letzten Jahren gemacht hast.

(starker, anhaltender Beifall)

Und dir, lieber Frank, danke ich für eine sehr kluge, eine sehr starke Fraktionsführung und als Bandmitglied der Rolling Stones für die freundschaftliche Beziehung, die wir teilen. Herzlichen Dank.

(starker Beifall)

Eine Troika, liebe Genossinnen und Genossen, ist gut, zumal die anderen keine haben.

(Beifall)

Wir leben in einem guten, in einem starken Land - zweifellos. Das zeigt schon ein Blick auf die derzeitige Situation in vielen Ländern Europas und erst recht auf die Länder in anderen Kontinenten. Lasst uns deshalb nicht den Fehler machen, liebe Genossinnen und Genossen, das schlechtzureden oder gar Cassandra zu spielen. Cassandra ist nicht sehr beliebt. Das entspräche übrigens auch nicht der Lebensleistung vieler Bürgerinnen und Bürger, und das entspräche nicht der Mehrzahl der Wahrnehmungen, nicht dem Lebensgefühl der meisten Menschen in Deutschland.

Doch das ist eben nur ein Teil der Wahrheit. Die Arbeitslosenzahlen suggerieren Stabilität, obwohl sie nichts über die Qualität und schon gar nichts über die Bezahlung der Arbeit sagen.

(Beifall)

Das derzeit vergleichsweise gute Wirtschaftswachstum suggeriert ein „Weiter so!“, obwohl immer weniger davon profitieren und sich die Wolken am Konjunkturm Himmel eher zuziehen. Die sprudelnden Steuerquellen suggerieren dauerhafte Mehreinnahmen, die sich aber, wie viele die Erfahrung mehrfach gemacht haben, sehr schnell verflüchtigen können.

Frau Merkel sagt, sie führe die beste und erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung. Selten so gelacht!

(Beifall)

Spielte sie dies als politisches Kabarett, dann könnte man ihr das noch als schlechten Witz durchgehen lassen. Da es aber ernst gemeint war, lässt dies auf eine Sinnestäuschung schließen, die man durchaus als Risikofaktor bezeichnen kann.

(Beifall)

Man kann nach Abraham Lincoln alle Menschen einige Zeit und einige Menschen alle Zeit, aber nicht alle Menschen alle Zeit zum Narrenhalten. Das ist der Versuch von Frau Merkel.

(Beifall)

Tatsächlich blendet die Bundesregierung die Realität aus. Das ist ungefähr so, als ob jemand im Winter vor seiner Strandmotiv-Tapete steht und sich mit Sonnenmilch einreibt.

(Beifall)

Es gibt eben eine wachsende, eine steigende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich trotz stabiler Arbeitslosenzahlen und steigendem Wachstum ausgeschlossen und abgehängt fühlen. Das sind inzwischen Millionen in Deutschland. Es sind Menschen, mit denen wir Tag für Tag in Berührung kommen: zum Beispiel in Pflegeheimen, wo Pflegekräfte, die unsere Mütter und Väter teilnehmend und unter großer körperlicher Anstrengung betreuen, eben nicht angemessen bezahlt werden,

(Beifall)

und zum Beispiel in Produktionshallen von weltweit erfolgreichen Unternehmen, die Kolleginnen und Kollegen in der Montage beschäftigen, die das Gleiche tun, aber dennoch unterschiedlich - bis zu 30, 40 Prozent weniger - bezahlt werden.

(Beifall)

Wir erleben das auch in unserem unmittelbaren, privaten Bereich, wo unsere Kinder nach einer teilweise sehr guten Ausbildung trotzdem von einem Praktikum – teilweise unbezahlt – zum anderen hoppen müssen, keine berufliche Perspektive haben und nicht auf eigenen Füßen stehen. Das erleben wir am laufenden Band!

(Beifall)

Und dann sind da noch diejenigen, die schon aufgegeben haben, nach einer Arbeit zu suchen. Die meisten davon sind beileibe nicht selber daran schuld, sondern ich stelle fest: Die Möglichkeit, Arbeit zu finden, hängt auch vom Bildungsstand, vom Alter und von der Gesundheit ab. Die Aussage, alle haben die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, gilt nicht für sie. Auch dies ist eine Millionenzahl!

„Die Fliehkräfte in dieser Gesellschaft“: Diesen Begriff habe ich in der Tat bei einer anderen Nominierungsrede das erste Mal gebraucht, nämlich im November 2002 auf einem Parteitag, bei dem es um die Nominierung für die Wahl zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten ging. Ich bleibe bei diesem Begriff: Die Fliehkräfte in dieser Gesellschaft nehmen zu: durch eine wachsende Kluft in der Vermögens- und Einkommensverteilung, durch unterschiedliche Startchancen von Kindern aus materiell besser gestellten Etagen unserer Gesellschaft und Kindern aus bildungsferneren Schichten, durch die Spaltung des Arbeitsmarktes, weil die Zahl der unsicheren und unterbezahlten Jobs zunimmt, und auch durch finanziell marode Kommunen, die ihre sozialen Brennpunkte nicht mehr in den Griff kriegen, weil ihnen das Geld dafür fehlt.

(Beifall)

Das mag einigen – ich hoffe, sehr wenigen - in den oberen Etagen unseres gesellschaftlichen Gebäudes verhältnismäßig gleichgültig sein. Mir und uns macht das Sorgen. Ich sage denjenigen, die eher in den Penthousewohnungen leben: Auf Dauer könnte ihr nur so weit in Ruhe leben, wie der Hausfrieden auch in den mittleren Etagen gilt und es vom Untergeschoss einen Fahrstuhl zum Aufstieg gibt. Erst dann ist dieses Gebäude intakt;

(Beifall)

denn sonst kracht die ganze Bude in sich zusammen.

Diese Gefahr ist da und zeigt sich zum Beispiel, daran, dass bei der Bundestagswahl 2009 die Wahlbeteiligung in den sozialschwächeren, ärmeren Stadtvierteln um bis zu 45 Prozent niedriger war als in den reicheren, besserbetuchten Stadtvierteln. Was heißt das auf Dauer für die Demokratie? Es zeigt, dass unser Land nicht nur materiell auseinanderdriftet, sondern dass auch ein – noch stiller – Rückzug aus dem Öffentlichen stattfindet. Wer aber nicht wählt, der verzichtet auf Einfluss und überlässt damit anderen das Sagen, die möglicherweise anderes im Sinn haben, und das wiederum verschärft die Drift in der Gesellschaft.

Wie wenig die Bundesregierung daran interessiert ist, zeigt der Umgang mit dem Armuts- und Reichtumsbericht, den Sigmar schon erwähnte.

(Beifall)

Da werden Sätze wie „Die Privatvermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt“ herausgestrichen, obwohl man im Statistischen Bundesamt niemanden finden wird, der diese Aussage widerlegen würde. Andere Sätze werden ebenfalls gestrichen.

Tatsächlich – und das ist meine Befürchtung – kommt es zunehmend zu einer Entwicklung von Parallelgesellschaften in Deutschland, und zwar oben und unten. Unten fühlen sich viele ausgegrenzt, ausgeschlossen von der Wohlstandsentwicklung und auch von der öffentlichen Teilhabe und dem öffentlichen Leben, und oben lebt eine durchaus prosperierende Schicht, die es sich in ihrer eigenen Wirklichkeit bequem gemacht hat. Sie teilt übrigens paradoxerweise das Gefühl derjenigen unten, eigentlich nicht dazuzugehören – nur natürlich aus anderen Gründen.

Sie kann sich viele Leistungen – Bildung für die Kinder, Sicherheit, Mobilität, Kultur – privat kaufen und ist deshalb nicht auf eine auskömmliche finanzielle Ausstattung von Kommunen, Ländern und Bund angewiesen, die dieses Geld brauchen, um die Leistungen

denjenigen zur Verfügung zu stellen, die sich diese nicht leisten können. Deshalb brauchen wir einen starken Staat, der über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügt.

(Beifall)

Wir wollen, dass gleiche Rechte und gleiche Chancen nicht nur in der Verfassung stehen, sondern dass sie Realität werden. Dazu brauchen wir einen starken Staat, der über entsprechende Steuereinnahmen verfügen kann.

(Beifall)

Die SPD in einer Bundesregierung unter meiner Führung wird deshalb aus guten Gründen nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für einige erhöhen, und wir werden dies nicht verzagt, nicht verschämt, sondern gut begründet machen:

(Beifall)

erstens für mehr Bildung als dem Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft dieses Landes. Ich will mit euch nicht länger hinnehmen, dass man Schulen daran erkennt, dass sie die verkommensten Gebäude der Stadt sind.

(Beifall)

Ich will mit euch und all denjenigen, die in den Ländern dafür Verantwortung tragen, nicht mehr hinnehmen, dass jedes Jahr rund 10 Prozent der Jugendlichen keinen Schulabschluss machen.

(Beifall)

Das muss anders werden, Genossinnen und Genossen. Bildung ist in Deutschland sträflicherweise mit 1 Prozent unserer jährlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unterfinanziert.

Mit dieser Größenordnung von 1 Prozent können vielleicht viele nichts anfangen. Aber es bedeutet, dass 25 Milliarden in Deutschland jährlich fehlen, um in Bildung zu investieren – über die gesamte Bandbreite von der U-3-Betreuung über Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen, berufliche Schulen, berufliche Ausbildung, akademische Ausbildung und die Qualifizierung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dafür brauchen wir dieses Geld.

(Beifall)

Zweitens brauchen wir dieses Geld für die Kommunen; denn die Kommunen sind der unmittelbare Lebensbereich der Menschen. Wir brauchen das Geld für die Kommunen, damit sie Kindertagesstätten, Jugendzentren, Volkshochschulen, Schwimmbäder, Theater, Bibliotheken bauen und unterhalten können und all die öffentlichen Leistungen anbieten, die eben viele Menschen sich privat nicht leisten können.

(Beifall)

Drittens brauchen wir dieses Geld für Infrastruktur, auch und gerade für wirtschaftsnahe Infrastruktur: Verkehr, Logistik, Kommunikation und Energie. Hannelore Kraft hat mir in einem Gespräch Anfang dieser Woche von der gesperrten Autobahnbrücke am Leverkusener Kreuz erzählt und gesagt, dass es allein bei den Bundesfernstraßen wahrscheinlich zwischen 250 und 400 marode Brücken gibt, sodass sich allein für Nordrhein-Westfalen ein Investitionsbedarf von 3,5 Milliarden Euro ergibt. Das könnte man hochrechnen auf alle anderen Länder, auch auf Niedersachsen.

(Vereinzelt Beifall)

Worauf ich hinaus will: Wir werden dieses Geld brauchen, um alleine die Qualität unserer derzeitigen Infrastruktur zu erhalten, geschweige denn, sie für Kommunikation auszubauen oder das zu realisieren, was bisher ebenfalls nur eine Hülse ist, nämlich – darauf werde ich zurückkommen – die Energiewende.

Viertens. Wir brauchen dieses Geld auch – das sage ich sehr bewusst –, um die Schuldenbremse des Grundgesetzes einzuhalten. Ich möchte weiterhin in meiner eigenen Partei dafür werben, das Thema der öffentlichen Verschuldung sehr ernst zu nehmen. Es ist Bestandteil unseres Gerechtigkeitsbegriffes, nämlich des Teils, bei dem wir über Generationengerechtigkeit zu reden haben: mit Blick auf den Kapitaldienst, die Zinsen, die unsere Kinder und Kindeskinde eines Tages für die Schulden ausgeben müssen, die wir heute machen. Nehmt das Thema ernst mit Blick auf diese Schuldenbremse. Es ist in der Wahrnehmung von vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht nebensächlich, dass wir mit öffentlichem Geld, dass wir mit ihrem Steuergeld verantwortungsbewusst umgehen.

(Beifall)

Allein aus diesen vier genannten Gründen wird die SPD die Steuern erhöhen:

Sie wird den Spitzensteuersatz so erhöhen, dass er mittlere Einkommen auch und gerade von Facharbeitern nicht in Mitleidenschaft zieht. Wir werden die Besteuerung von Kapitaleinkünften erhöhen. Wir werden das Ehegattensplitting für zukünftige Ehen so

reformieren, dass frei werdende Mittel in die Kinderbetreuung und in die Bildung fließen können.

(Beifall)

Wir werden das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer erhöhen , unter Beachtung von Freigrenzen der nächsten Familienangehörigen und auch der Verschonung des betrieblichen Vermögens. Und, Genossinnen und Genossen, wir werden die Vermögensteuer so reaktivieren, dass eine Substanzbesteuerung für den deutschen Mittelstand und insbesondere Familienunternehmen vermieden werden kann.

(Beifall)

Wir werden die Finanzmarkttransaktionssteuer durchsetzen, die mir in Brüssel nach wie vor auf Eis zu liegen scheint.

(Beifall)

Wer aus all diesen Maßnahmen nun propagandistisch den Untergang des Abendlandes malt, den werden wir sowieso nicht erreichen. Also bleiben wir bei dieser Position und vertreten sie offensiv und nicht verschämt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Mutter war eine sehr selbstbewusste Frau. Sie ist vor dem Zweiten Weltkrieg – da war sie 17 Jahre alt – zwei Jahre lang in Dänemark und Schweden aufgewachsen und tätig gewesen. Nie werde ich ihren Eintrag in einem kleinen Notizbuch vergessen, den sie nach ihrer Rückkehr 1939 kurz vor Kriegsausbruch gemacht hat und in das sie hineingeschrieben hat, dass sie nach all den wunderbaren Erfahrungen der Freizügigkeit und der Unbeschwertheit nun in Deutschland in einem Land von Blockwarten und der Dumpfbackigkeit landen würde. Diese Haltung meiner Mutter hat übrigens in den Diskussionen schon der 50er-Jahre maßgeblich die Erziehung meines Bruders und mir nachhaltig beeinflusst.

Meine Mutter wäre nach dem Krieg gerne Hutmacherin geworden. Aber wie viele Millionen anderer Familien in Westdeutschland haben meine Eltern nach dem Krieg im üblichen Rollenmodell der Alleinverdienerehe gelebt. Seitdem hat sich aber unsere Gesellschaft verändert. Sie ist vielfältiger, heterogener und sehr viel freier geworden. Und sie ist größer geworden. 17 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern haben nie vorrangig in diesem Modell der Alleinverdienerehe gelebt. Und trotzdem fördert unser Steuersystem heute immer noch sehr einseitig den Lebensentwurf der Alleinverdienerehe,

jenseits dessen, was sich gesellschaftlich längst verändert hat. Unser Steuerrecht folgt einem völlig überholten Rollenverständnis von Frauen, Männern und Familie.

(Beifall)

Alleinerziehende, geschiedene Väter und Mütter, DoppelverdienerInnen mit gleich hohem Einkommen – alle werden in der Biedermeieridylle dieser Merkel'schen Koalition steuerlich eher bestraft. Alle merken das: die alleinerziehende Mutter in Steuerklasse 2, die geschiedenen Väter und Mütter, die sich aber gleichermaßen um ihre Kinder kümmern, in Steuerklasse 1. Eingetragenen Lebenspartnerschaften von lesbischen und schwulen Paaren wird eine gleiche steuerliche Behandlung wie in der heterosexuellen Ehe verweigert, bis hin zum jüngsten Bundesparteitag der CDU, ausgerechnet in Hannover.

(Beifall)

Nur diese Bundesregierung fühlt sich damit wohl und will auch nichts ändern. Weil sie gesellschaftspolitisch rückwärtsgewandt ist und weil sie keine Antwort auf den Wandel unterschiedlicher Lebensentwürfe und Lebensverläufe in unserer Gesellschaft hat. Also müssen wir die tragende politische Kraft sein, die diesen geänderten Lebensverläufen und Biografien Rechnung trägt.

(Beifall)

Diese Koalition bestraft Frauen. Sie bestraft alternative Lebensentwürfe. Sie verschärft den Fachkräftemangel und erschwert damit auch die Bewältigung des demografischen Wandels. Deshalb werden wir das Ehegattensplitting reformieren.

(Beifall)

Für neu geschlossene Ehen brauchen wir eine Individualbesteuerung unter Berücksichtigung von Unterhaltspflichten. Die können bei Männern genauso entstehen wie bei Frauen. Wir brauchen angesichts des Rückgangs von ungefähr 6 Millionen Fachkräften in der Perspektive der nächsten 10 bis 15 Jahre alle gut ausgebildeten Männer und Frauen – übrigens auch, damit das Rentenniveau nicht weiter absinkt und das Problem der Altersarmut konkret wird. Auch deshalb!

(Beifall)

Das ist keine Steuerpolitik mehr, das ist Gesellschaftspolitik. Wir reden an dieser Stelle über Gesellschaftspolitik. Dass die oberen Einkommensklassen übrigens über Kinderfreibeträge stärker entlastet werden als Familien mit mittleren und geringen Einkommen über das Kindergeld, auch das sollten wir ändern.

(Beifall)

Dem Staat muss jedes Kind gleich viel wert sein. Das ist im Augenblick nicht der Fall bei einer Lösung mit Kinderfreibeträgen für die oberen und Kindergeld für die mittleren und unteren Einkommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden die Wahlen gewinnen, weil wir nah bei den konkreten Problemen der Menschen sind. Wir versprechen keine Wunder. Wir locken nicht mit unhaltbaren Versprechen. Wir fordern die Menschen auf, für sich selber Verantwortung zu übernehmen und ihre Erwartungen an den Staat und an die Politik nicht zu überfrachten. Aber wir werden all jene unterstützen, die sich einmischen, die ziviles und unternehmerisches Engagement entwickeln und die sich ehrenamtlich für andere Menschen einsetzen und sich um diese Menschen kümmern. Für die Menschen wollen wir da sein.

(Beifall)

Sagen, was man denkt. Tun, was man sagt. Sein, was man tut.

Placebos und falsche Versprechen sind in der Politik sehr gefährlich und kosten die von mir schon angesprochene wichtigste Kategorie in der Politik: Vertrauen.

Placebos wirken nicht. Man gaukelt den Menschen Verbesserungen vor, wo keine sind, bis die Menschen merken, dass sich rein gar nichts geändert hat, dass es schleichend vielleicht sogar schlechter geworden ist oder dass sie vier Jahre lang einer Bundesregierung ihre Stimme gegeben haben, die nur so tut als ob. Das könnte unsere Chance sein nach den letzten vier Jahren.

(Beifall)

Schauen wir uns die Wirklichkeit noch einmal an: Fast 7 Millionen Menschen arbeiten für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro. 1,3 Millionen arbeiten sogar für weniger als 5 Euro die Stunde. 900.000 Leiharbeiter arbeiten für weniger als 40 Prozent Lohn im Vergleich zu ihren gleich qualifizierten Kolleginnen und Kollegen. Fast jeder zweite neue Arbeitsvertrag ist inzwischen befristet.

Was tut die Bundesregierung? Nichts. Sie lässt Ausgrenzung und Diskriminierung tatenlos geschehen. Wir dagegen setzen auf einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, auf das gleiche Geld für gleiche Leistungen für Frauen und Männer, auf eine Reform der Minijobs, damit sie reguläre Arbeit nicht verdrängen und kaputt machen, und auch das Ende des Missbrauchs von Berufseinsteigern durch Praktika steht auf unseren Fahnen.

(Beifall)

Schauen wir uns das Thema Pflege an, dieses große Zukunftsthema, das nach Lage der Dinge uns alle betrifft bzw. längst betroffen hat, wenn wir an unsere Väter und Mütter denken. Die Realität ist in der Tat herzerreißend: Viel zu viele Pflegebedürftige fühlen sich abgeschoben, würden gern in ihren vertrauten häuslichen Verhältnissen, solange es irgend geht, selbstbestimmt leben wollen - ich kenne das bezogen auf meine eigene Mutter. Viele Familien wissen teilweise nicht, wie sie die Pflege ihrer Eltern finanzieren sollen.

Auch auf die wachsende Zahl der Demenzkranken haben wir bisher keine richtige Antwort. Wir haben zu wenige Pflegekräfte, und diejenigen, die sich unserer Eltern annehmen, arbeiten unterbezahlt am Rande ihrer Kräfte. Mit dieser Lage haben wir es zu tun.

(Beifall)

Natürlich gibt es keine einfachen Lösungen. Es gibt auch deshalb keine einfachen Lösungen, weil es riesige Anstrengungen erfordert, mit dieser Lage fertig zu werden, und weil es zugegebenermaßen viel Geld kostet. Aber dann dürfen wir Sozialdemokraten uns nicht zuerst fragen: Können wir uns das leisten? -Wir müssen zuerst fragen: Muss das denn sein in einer lebenswerten Gesellschaft? - Und wenn wir Nein sagen, dann müssen wir daraus die Konsequenzen ziehen.

(Beifall)

Das bedeutet dann gegebenenfalls auch, etwas Unpopuläres zu vertreten. Deshalb sagen wir: Ja, wir erhöhen den Pflegebeitrag. Und zwar nicht nur um 0,1 Prozent wie die Bundesregierung in ihrer Realitätsverweigerung, sondern wir sagen: Wir müssen den Pflegebeitrag wohl um 0,5 Prozent erhöhen. Denn jeder Cent, der in die Pflege gesteckt wird, kommt unmittelbar den Menschen zugute – und vielleicht eines Tages im Alter sogar uns selber.

(Beifall)

Schauen wir uns das Thema Gesundheit an. Die Realität ist in der Tat: Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt. Und doch ist das kein Grund, sich darauf auszuruhen. Denn zur Realität gehört auch ein anachronistisches Zwei-Klassen-System. Einige sagen mir, inzwischen gibt es sogar ein Drei-Klassen-System durch die sogenannten IGEL-Leistungen. Lasst euch das mit den IGEL-Leistungen mal erklären! Das läuft darauf hinaus, dass Kassenpatienten Cash auf den Tisch legen müssen, wenn sie eine zusätzliche Untersuchung oder Leistung in Anspruch nehmen. Wir

Sozialdemokraten wollen aber keine Zwei-Klassen-Behandlung mehr zulassen.

(Beifall)

Lutz Raebel aus Erkerode ließ uns im Bürgerdialog Folgendes wissen:

„Bürgerversicherung für alle unter Beteiligung aller. Dies muss viel lauter und deutlicher gefordert werden“, schreibt er. „Oder hat man da oben“, damit meint er uns hier, „Schiss davor, dies am Ende tatsächlich umsetzen zu lassen?“

Sei versichert, lieber Lutz Raebel aus Erkerode: Schiss haben wir nicht.

(Beifall)

Ich will aus Zeitgründen nicht so stark auf das Thema Rente eingehen, sondern schlicht und einfach bestätigen, dass die SPD die einzige politische Kraft in Deutschland ist, die ein schlüssiges Rentenkonzept vorgelegt hat.

(Beifall)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Sigmar Gabriel dafür, dass er diesen schwierigen Prozess zu einem überzeugenden Abschluss gebracht hat.

Wir sagen: Je erfolgreicher wir in der Bekämpfung der Erwerbsarmut sind durch flächendeckende Mindestlöhne, durch die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, durch eine Begrenzung der Mini-Jobs, umso eher und umso besser tragen wir dazu bei, dass Altersarmut gar nicht erst entsteht, weil wir es vorher nicht mit Erwerbsarmut zu tun haben. Das ist unsere Logik, die sich vollständig von der von Frau von der Leyen unterscheidet.

(Beifall)

Der Fortschritt einer Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen, bemisst sich maßgeblich daran, wie Frauen und Männer in der Gesellschaft miteinander leben und arbeiten. Die Gerechtigkeitsfrage ist vor allem auch eine Frage der Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern.

Erst wenn Frauen ein größeres Selbstbestimmungsrecht darüber gewinnen, eine eigene Berufsbiographie zu schreiben, mit den gleichen Aufstiegsmöglichkeiten wie Männer, sind wir eine moderne und gleichberechtigte Gesellschaft.

(Beifall)

Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, bedeutet für die meisten Frauen aber nach

wie vor – das ist die Realität -, dass sie eine Teilzeitstelle annehmen müssen, obwohl viele beruflich durchstarten und eine eigene Karriere schreiben wollen. Nur wenige Frauen machen in Deutschland Karriere ohne einen Vollzeitjob.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinderbetreuung ist ein wichtiger, aber nur ein halber Schritt. Der ganze Schritt in eine moderne, gleichberechtigte Gesellschaft wird nur gelingen, wenn wir für beide Geschlechter buchstabieren, was Kind und Karriere bedeuten.

(Beifall)

Nicht nur deshalb ist das Betreuungsgeld, über das schon viel gesagt worden ist, Gift. Es ist insbesondere auch deshalb Gift, weil es Deutschland ungerechter machen wird und in einem völlig überholten Gesellschaftsbild einsperren wird. Deshalb ist dieses Betreuungsgeld so falsch!

(Beifall)

Das Frauen- und Familienbild, das CDU/CSU haben, das stammt eben aus dem Maggi-Kochstudio der 50er-Jahre. Aber da sind wir alle nicht mehr.

(Beifall)

Es gibt zwei große Lebensfragen, vor die wir alle schon gestellt worden sind bzw. eines Tages gestellt werden. Die erste große Lebensfrage ist: Was willst Du beruflich machen? Die zweite Frage ist: Mit wem willst Du leben und willst Du Kinder? Das sind die beiden großen entscheidenden Lebensfragen. Wir müssen zur Beantwortung dieser beiden großen Lebensfragen als Sozialdemokraten Antworten entwickeln, die weder Frauen noch Männer in einem „Entweder-Oder“ einsperren, sondern ihnen Optionen, Wahlmöglichkeiten eröffnen.

Wir haben eben nur dieses eine Leben, und in dem muss es möglich sein, beide große Lebensfragen übereinander zu bringen. Junge Berufstätige wünschen sich zunehmend ein ausbalancierteres Verhältnis von Beruf und Familie in den Turbojahren 25 bis 40. Aber anschließend, nach diesen Turbojahren, wenn sich die Lebensverhältnisse etwas geändert haben, sind viele weiter motiviert und sagen: Ich will beruflich noch mal anpacken! Vollzeit! Karriere machen, noch mal nach vorne kommen! Darauf müssen wir flexiblere Antworten finden.

(Beifall)

Eine Antwort, auf die Andrea Nahles mich gebracht hat, ist, ob wir als Sozialdemokraten nicht auch politisch und öffentlich fordern sollten, dass es in diesen Turbojahren zwischen 25 und 40 für Frauen und Männer sehr viel stärker die Möglichkeit einer 30-Stunden-Woche gebe sollte, die ihnen ein ausbalancierteres Verhältnis zwischen Beruf und Familie ermöglicht.

(Beifall)

Um nicht nur Beruf und Familie, sondern auch Kind und Karriere in Übereinstimmung zu bringen, brauchen wir eine Frauenquote. Darüber habe ich vor sechs oder sieben Jahren noch anders gedacht, aber inzwischen wird es notwendig sein.

(Beifall)

Nun weiß ich allerdings mit euch, dass man einen so weitreichenden gesellschaftlichen Wandel nicht einfach per Gesetz beschließen und gesellschaftliche Mentalitäten nicht durch einen Knopfdruck verändern kann. Aber man kann einen solchen Prozess politisch gestalten und durch die Gestaltung der öffentlichen Debatte beeinflussen.

Und man kann Rahmen setzen. Deshalb wird in meinem Kanzleramt eine Staatsministerin für die Gleichstellung von Frauen und Männern zuständig sein.

(Beifall)

Als Student, liebe Genossinnen und Genossen - also im letzten Jahrtausend -, habe ich in Kiel zuerst in einem Studentenwohnheim gewohnt. Aber dann habe ich mit sieben anderen Kommilitoninnen und Kommilitonen eine Wohngemeinschaft gegründet. Wir haben eine Altbauwohnung gemietet: 250 m², herrlich nah bei der Uni gelegen. Wir hatten zwar wenig Geld, aber weil wir die Miete durch acht teilen konnten, war sie einigermaßen erschwinglich, und das Geld hat auch gut gereicht für das Studium und, wie ich fand, für ein keineswegs langweiliges Studentenleben. Das gelang.

Im Vergleich zur heutigen Studentengeneration habe ich den Eindruck, dass ich in einem Eldorado gelebt habe.

(Beifall)

Denn heute gehen Menschen wieder auf die Straße, weil es an bezahlbarem Wohnraum fehlt. Wir erleben gerade, wie in manchen Städten, in manchen Stadtvierteln - z. B. in Berlin - eine Art Immobilienblase entsteht: mit Verdrängungseffekten, die durchaus sozialen Sprengstoff bergen, in deren Folge die Mieten in vielen weiteren benachbarten Stadtvierteln hochgehen und für viele Menschen unerschwinglich werden. Diejenigen mit

einem geringen, allenfalls mittleren Einkommen, diejenigen, die in Ausbildungen sind, die studieren, die Familien gründen wollen, müssen inzwischen teilweise 30, 35 oder 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Mieten ausgeben. Das ist die Lage.

Mir ist dieses Problem schlagartig bewusst geworden, als ich vor zwei Jahren in Hamburg in eine Demonstration geraten bin. Weil ich mit dem Taxi nicht weiterkam, bin ich ausgestiegen und auf die Demonstranten, die alle aus der Generation meiner Kinder kamen, zugegangen und habe sie gefragt: Wofür oder wogegen demonstriert ihr denn? - Daraufhin sagten die: für bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende, für Studenten, für Familiengründer, weil es so viele freistehende Gewerbeflächen gibt, und weil wir zu häufig die Erfahrung gemacht haben, in einer Schlange von 100 Menschen vor einer zu vermietenden Wohnung frustriert zu stehen, weil wir doch nicht drangekommen sind.

Olaf hat inzwischen in Hamburg darauf Antworten entwickelt und auf dieses Problem reagiert.

Mir haben andererseits einige aus meinem Bekanntenkreis erzählt, dass Mietern von Wohnungsbaugesellschaften bei dringenden Reparaturen inzwischen vor den Latz geknallt wird, sie sollten diese Reparaturen doch gefälligst selbst bezahlen, und wenn sie es nicht täten, könnten sie ja ausziehen.

Und eine andere Nachricht, von der ich vorher keine Ahnung hatte, lautete, dass es inzwischen tausende von Rentnern gibt, die auf Dauer in Schrebergartenkolonien und auf Campingplätzen wohnen - weil sie sich bezahlbaren Wohnraum nicht mehr leisten können.

Als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland möchte ich einen „Nationalen Aktionsplan Wohnen und Stadtentwicklung“ in Gang bringen.

(Beifall)

Das Programm „Soziale Stadt“ muss im Rahmen eines solchen Aktionsplans zu einem Leitprogramm werden.

(Beifall)

Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist zwar nach der Föderalismusreform in die Zuständigkeit der Länder geraten, aber das schließt ja nicht aus, dass sich Bund, Länder und Kommunen zusammensetzen und wieder neue Förderungsprogramme entwickelt werden können,

(Beifall)

übrigens auch unter Einbeziehung des Genossenschaftswesens, das uns dabei behilflich sein könnte.

(Beifall)

Statt der KfW, der Förderanstalt, eine Milliarde wegzunehmen, sollten wir ihr die Möglichkeit geben, auch weiter in Förderprogramme zu investieren, bis hin zum altersgerechten Bauen. Statt ihr den Zaster unterm Hintern wegzuziehen!

(Beifall)

Und wir werden uns darüber Gedanken machen müssen, wie wir Mieter besser schützen. Sie dürfen nicht aus sanierten Wohnungen vertrieben werden. Die Preisspirale bei Neuvermietungen führt dazu, dass bis zu 30 Prozent mehr Mieten gezahlt werden müssen, als die langjähriger Bewohner zu zahlen haben. Und auf Dauer ist wohl auch nicht einzusehen, warum Makler nicht von denjenigen bezahlt werden sollen, die sie bestellen. Das sind auch solche Maßnahmen.

(Beifall)

Das erinnert mich daran, lieber Stephan Weil, dass es hier 1973 einmal einen Parteitag in Hannover gegeben hat, der den gesamten Berufsstand der Makler abschaffen wollte.

(Beifall)

Peter Schulz weiß, wovon ich rede. - Deshalb sage ich als Signal von Hannover im Jahre 2012: So weit wollen wir gar nicht gehen. Aber dass wir hier etwas ändern müssen, steht ja wohl auf der Tagesordnung.

Zu steigenden Mieten kommen steigende Heiz- und Stromkosten, womit ich bei der Energiewende bin. Als diese Koalition im Juni 2011 in einer unnachahmlichen Volte - bella figura - den Ausstieg aus dem Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernenergie erklärte, habe ich mich daran erinnert, dass ich im Jahre 1985 Mitarbeiter von Volker Hauff gewesen bin, der den Atomausstiegsbeschluss auf dem Nürnberger Parteitag 1986 formulierte. Das ist so lange her, und die Lernkurve der CDU ist so flach gewesen.

(Beifall)

Die Energiewende ist eine Jahrhundertaufgabe, sowohl bezogen auf die Herausforderungen, aber, wie ich finde, auch bezogen auf die Chancen. Man wird allerdings den Verdacht nicht los, dass die Bundesregierung diesen Beschluss nur gefasst

hat, um das Thema der SPD und den Grünen wegzunehmen und den Eindruck zu vermitteln, als ob das immer schon ihre Position gewesen ist. - War es aber nicht!

(Beifall)

Und das merkt man ihnen auch an. Man merkt ihnen an, dass das eher eine Art parteipolitisch gefärbter Bocksprung gewesen ist als eine Art „Man-to-the-Moon“-Vision à la Kennedy. Eine solche ist es aber: eine Jahrhundertaufgabe, die der Vision gleichkommt, die der amerikanische Präsident damals entwickelt hat.

Denn was ist seit 2011 passiert? - Statt eines effizienten Managements dieser Jahrhundertaufgabe, statt Reformfreude und einer sehr offensiven Gestaltung dieses Projekts erleben wir Frustration, Desorganisation, mangelnde Koordination, insbesondere mit den Ländern, inzwischen fast Angst vor Stromausfällen und gestiegene Energiepreise. Das ist das Ergebnis dessen, wie die Energiewende bisher gemanagt worden ist.

Ich werde als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland die Energiewende zu einer persönlichen Angelegenheit machen.

(Beifall)

Dazu gehört:

Erstens: Die Energiezuständigkeiten des Bundes müssen in einem Ministerium gebündelt werden, sodass das Von-Tür-zu-Tür-Laufen endlich aufhört.

(Beifall)

Zweitens braucht die Energiewende einen sehr starken institutionellen Rahmen unter Einbeziehung der Länder, des Bundes und derjenigen, die zu beteiligen sind.

Drittens muss das Thema Energieeffizienz, das in der Vergangenheit in meinen Augen eher sträflich vernachlässigt worden ist, sehr viel stärker wieder auf die Tagesordnung gehoben werden.

(Beifall)

Viertens gibt es in unseren Kommunen faszinierende Beispiele für eine erfolgreiche Energiewende. Wir sollten die Kommunen zusammenbringen, damit die einen von den anderen lernen können.

(Beifall)

Die Welt schaut sehr genau und sehr neugierig darauf, ob Deutschland ein so riesiges Projekt wie eine Energiewende schaffen kann. Andere europäische Länder gucken auf Deutschland. Aber viele andere Länder gucken auch auf Europa insgesamt. Darüber will ich noch einige Worte verlieren.

Wir müssen Flagge zeigen und mit einer klaren proeuropäischen Haltung in diesen Bundestagswahlkampf gehen.

(Beifall)

Nicht verzagt, nicht fürchtend die Ressentiments, nicht fürchtend auch die Haltung von einigen: Wir wollen nicht für andere Länder zahlen. Deutschland ist nicht der Zahlmeister Europas. - Uns, die SPD bewegt die Idee eines geeinten und friedlichen Europas seit unserem Heidelberger Parteitag 1925.

(Beifall)

Es wäre deshalb beschämend, mit Europa im bevorstehenden Wahlkampf taktisch und kleinmütig umzugehen, sondern das Gegenteil muss der Fall sein.

(Beifall)

Dieser Wahlkampf ist eine sehr gute Gelegenheit, den Bürgern unseres Landes dieses wunderbare Gebilde Europa zu erklären und unsere Verantwortung zu unterstreichen, dieses Europa zusammenzuhalten. Dieses Europa ist mehr als ein Binnenmarkt. Es ist mehr als eine Währungsunion. Es ist mehr als ein gemeinsamer Markt. Es ist mehr als eine Clubveranstaltung von 27 Staats- und Regierungschefs. Dieses Europa ist eine Zivilisation. Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, kulturelle Vielfalt, die Achtung der Menschenwürde, die Möglichkeiten, die wir alle zu Begegnungen haben - ein fantastisches Zivilisationsprojekt, ein Traum früher, langsam gewachsen, angestrebt endlich. „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“, hat Jacques Delors gesagt. Dann dürfen wir doch auch Europa nicht auf ein solches Gebilde reduzieren, weil keiner sich darin verliebt.

(Beifall)

Dieses Europa ist in den Katastrophen des 20. Jahrhunderts für viele ein Traum gewesen, ein Traum übrigens, für den viele sich geopfert haben. Und es war ein Wunder, dass Deutschland trotz seiner Schuld aus der nationalsozialistischen Zeit - anders als 1918 - nach dem Zweiten Weltkrieg eingeladen worden ist, an der europäischen Integration teilzunehmen, weil kluge andere Staatsmänner dieses

Deutschland, den westlichen Teil eingeladen haben. Haben wir das vergessen?

(Beifall)

Diesem europäischen Einigungsprozess verdanken wir eine historisch beispielhafte Phase von Wohlstand und von Frieden, der gut-nachbarschaftlichen Beziehungen. Meine Generation ist seit langer Zeit die erste, die nicht auf den Schlachtfeldern Europas verreckt ist. Das müssen wir unseren Kindern und unseren Kindeskindern eines Tages einmal deutlich erzählen.

(Beifall)

Dieser fantastische Wiederaufstieg Deutschlands aus den Trümmern von 1945 ist doch nur möglich gewesen in und mit Europa, wo andere übrigens Solidarität uns gegenüber geleistet haben, was oftmals im Kurzzeitgedächtnis verlorengegangen ist.

(Beifall)

Dieser Einbettung in den europäischen Einigungsprozess, in eine europäische Völkergemeinschaft verdanken wir doch letztlich auch die Wiedervereinigung, oder nicht?

(Beifall)

Daraus ergibt sich eine Verantwortung. Wir handeln nicht nur in einem nationalen Interesse, sondern wir haben aus dieser Entwicklung, aus dieser geschichtlichen Perspektive eine europäische Gesamtverantwortung als Deutschland und insbesondere als deutsche Sozialdemokratie.

(Beifall)

„Wir wollen ein Volk guter Nachbarn sein“, ein ganz entscheidender Satz von Willy Brandt. Das ist unsere Verpflichtung. Wir wollen ein Volk guter Nachbarn sein.

(Beifall)

Zurzeit sind wir das nicht. Zurzeit treten wir in den Augen vieler unserer Nachbarn ziemlich lehrmeisterhaft auf. Das tut kein guter Nachbar. Kein europäisches Nachbarland hat irgendeinen Vorbehalt gegen ein starkes Deutschland. Das ist nicht meine Erfahrung. Im Gegenteil: Viele haben sehr viel übrig für ein starkes Deutschland, das eine Lokomotivfunktion übernimmt. Aber viele haben etwas gegen ein starkes Deutschland, das mit seiner wirtschaftlichen Macht und mit seinem politischen Gewicht Beschlüsse herbeiführt, mit denen andere, schwächere Länder

nicht leben können, und das ist im Augenblick der Zustand.

(Beifall)

Das schadet Europa. Das spaltet Europa.

Frau Merkel - das ist mein Hauptvorwurf - hat Deutschland in Europa in eine Isolierung „moderiert“, und das merkt man. Ich hatte die Gelegenheit, in den letzten vier Wochen mit Regierungschefs, Regierungsmitgliedern, Oppositionspolitikern zu sprechen aus Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Irland, aus den Niederlanden, aus Kroatien und auch aus Serbien. Alle bestätigen mir, dass Deutschland der Maxime, ein Land der guten Nachbarn zu sein und sein Gewicht so dosiert einzusetzen, wie Helmut Schmidt und Gerhard Schröder das gemacht haben, im Augenblick nicht gerecht wird. Das sind doch Alarmsignale.

(Beifall)

Europa braucht Vertrauen und Einigkeit. Vertrauen erwächst aus Überzeugung und aus Begründung, aus Konsistenz, Erkennbarkeit und Verlässlichkeit. Exakt das fehlt im Augenblick in der innenpolitischen Debatte und auf dem Brüsseler Parkett.

(Beifall)

Die Integration Europas ist gar nicht nur die Antwort auf das 20. Jahrhundert, sondern - wie ihr alle wisst - auch auf die Verschiebungen in der Welt im 21. Jahrhundert. Die globalen Koordinaten verschieben sich. Machen wir uns nichts vor: Die zukünftige Rolle und das zukünftige Gewicht von Europa vor dem Hintergrund dieser veränderten Koordinaten in der Welt sind noch nicht geklärt. Aber wir als Europäer hätten für andere Länder etwas zu bieten. Europa hat der Welt gezeigt, wie Feindschaft und Missgunst überwunden werden können. Wir Europäer haben gelernt, wie anstelle von Kriegen und Bürgerkriegen geordnete Konfliktlösungen und ein fairer Interessenausgleich stattfinden können. Das könnten wir der Welt bieten.

(Beifall)

Schon in der Schule, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir gelernt, dass ein guter Aufsatz und eine ordentliche Rede in drei Teile gegliedert werden muss: in eine kurze Einleitung, einen tragenden Hauptteil und einen fulminanten Schluss. - Ich komme nunmehr zum Hauptteil.

(Heiterkeit und Beifall)

Herbert Schmalstieg, der Rekordhalter eines Oberbürgermeisters in Deutschland mit fast 35 Jahren Amtszeit, hat gestern Abend ernsthaft versucht, mir zu erzählen, dass August Bebel 1899 eine - haltet euch fest - achtstündige Rede gehalten hat. Ich meine: Wo liegt dann heute das Problem?

(Heiterkeit und Beifall)

Also, ich lasse jetzt weg, was ihr ohnehin schon von mir wisst. Über weitere Energiepolitik, über Wirtschaftspolitik, über Finanzpolitik, über Industriepolitik ließe sich viel sagen. Dass ich gerne die Banken regulieren möchte und ein Befürworter des Trennbankensystems bin, das wisst ihr ja auch schon.

(Beifall)

Es gibt weitere Themen, die der Rede wert sind, aber es wird viele Gelegenheiten geben, mehr und weiter zu reden, insbesondere über Integrationspolitik. Ich überspringe den Hauptteil.

(Beifall)

Es gibt zwei Briefe - um zum Schluss ein bisschen was über mich selber zu erzählen, Genossinnen und Genossen -, die mir bis heute Richtschnur sind und die mich sehr gefangen genommen haben. Der eine wurde im März 1945 geschrieben und der andere im Sommer 1948. Beide Briefe stammen von meinen beiden Großvätern.

Der erste Brief stammt von meinem Großvater väterlicherseits, kurz bevor er von Nazi-Schergen in der Nähe von Stettin umgebracht wurde, weil er sich Befehlen widersetzte, eine Volkssturm-Einheit gegen russische Panzer zu führen. Wir haben nie herausgekriegt, wo er begraben ist. Es war ein Abschiedsbrief.

Der zweite Brief wurde von meinem Großvater mütterlicherseits geschrieben, der sich drei Jahre nach dem Krieg mit der Hitlerzeit auseinandersetzte und sich sehr hellichtig mit der Zukunft Deutschlands nach zwei Weltkriegen, an denen er teilgenommen hatte, auseinandergesetzt hat.

Aus beiden Briefen sprach eine Haltung, die deutlich machte, dass wir für unser Tun, aber eben auch für unsere Unterlassungen Verantwortung tragen, die niemals nur uns selber, sondern immer auch andere betreffen. Sie drückten es in diesen beiden Briefen ganz anders aus, aber im Kern ging es darum, dass wir gesellschaftliche Wesen sind, verankert in einer Gemeinschaft und verantwortlich dafür, was in unserer Gesellschaft passiert oder eben auch nicht passiert und daher schiefzulaufen droht oder möglicherweise in Katastrophen endet.

Wenn man so will, haben mich diese beiden Briefe das erste Mal der Politik nahe gebracht.

Als ich nach einer katastrophalen Schulkarriere, die mich erst mit einiger Verzögerung in die Oberstufe brachte, eine Lehrerin traf, war dies ebenfalls beeindruckend. Das war eine Geschichts- und Englischlehrerin, und es war Mitte der 60er-Jahre. Sie war nicht nur klug, sondern sie konnte auch vermitteln. Sie setzte sich für Bildung und selbstbewusste Staatsbürger ein, und zwar völlig egal, aus welchem Elternhaus sie kamen. Sie sagte, ohne Bildung keine Ideen und ohne Ideen kein Fortschritt. Das war ihr Credo. Und sie war eine sehr selbstbewusste Frau in einer gemischten Klasse von Schülerinnen und Schülern - wie ich sagte, Mitte der 60er-Jahre - und die dieses Selbstbewusstsein als Frau auch übertrug - insbesondere auf meine Mitschülerinnen. Das war nicht immer ganz einfach für mich.

(Heiterkeit)

In der Zeit leitete ich eine Schülerzeitung, die sich politisch verstand. Das war die Entwicklung vor 1968. Das traf bei einigen Lehrern auf einen deutlichen Unmut. Sie war es, diese Lehrerin, zusammen mit einem Kollegen, die mein politisches Interesse förderten und gegen den Widerstand des gesamten restlichen Kollegiums auf einer Abiturfeier, auf der ich übrigens meine erste öffentliche Rede gehalten habe zusammen mit einem Kollegen gegen den Willen des Kollegiums einen Buchpreis überreicht, der mich darin bestärken sollte, mich weiterhin einzumischen - was mich in der Tat bestärkt hat.

Monate später war ich auf der Stube einer Bundeswehr-Einheit in Oldenburg der einzige Abiturient und traf das erste Mal mit der gesamten Bandbreite sozialer Herkunft zusammen. Das war nicht so dumm für jemanden wie mich, der vorher nicht in der Bandbreite mit sozialen Herkunft zusammenkam. Auch deshalb bin ich ein Anhänger eines Freiwilligendienstes.

Der verlässlichste Kumpel in der Zeit übrigens - daran werde ich mich immer erinnern - ist ein Hamburger Maurergeselle gewesen, den ich seit 1996 nie wieder gesehen habe, aber nicht nur dessen Name, sondern dessen Charakterstärke mir bis heute sehr präsent ist.

Das war auch der Zeitpunkt - 1969 -, als ich in die SPD eintrat, übrigens in Oldenburg

(Beifall)

nicht so weit von Osnabrück weg. Dazwischen ist noch Quakenbrück, wie ich weiß. Ich kenne das da alles.

Die Gründe waren, dass die SPD nie auf der falschen historischen Seite gestanden hat, sondern immer für die Rechte und die Würde des Einzelnen eingetreten ist. Mir ging die konservativ-bürgerliche Selbstgewissheit auf den Senkel, wer in dieser Gesellschaft etwas gilt und in der Selbstgerechtigkeit dieser Konservativ-Bürgerlichen darüber immer bestimmte, wer denn in ihrem Urteil nach Herkunft und Können Bestand hat und wer nicht. Die bildeten sich immer ein, dies beurteilen zu können. Diese Art des Umgangs in einer Gesellschaft geht mir maßgeblich gegen den Zeiger. Dazu gehört es dann auch, dass die Diffamierung von Willy Brandt als Exilant und als unehelich Geborenem in diese Rille dieses bürgerlichen Bewusstseins hineinfiel.

Natürlich spielte das Charisma von Willy Brandt eine erhebliche Rolle, wie nicht weniger die überzeugende Position der SPD mit Blick auf die Teilung Deutschlands und Europas. Egon Bahr wurde mir das erste Mal ein Begriff in dieser Zeit. Und die Lebenslügen der sehr chauvinistischen Kräfte in der CDU/CSU waren mir ein absolutes Gräuel.

1971 habe ich unter keiner Wahlniederlage - oder ich will vorsichtiger sagen: unter fast keiner Wahlniederlage - mehr wieder so gelitten wie derjenigen von Jochen Steffen gegen Stoltenberg. Das könnt ihr euch nicht vorstellen! Ich weiß nicht, ob Eckart Kuhlwein im Saal ist. Das hätte er mir nie zugetraut, dass diese Wahlniederlage von Jochen Steffen mich in eine tiefe Depression in Kiel gejagt hat.

1972 war dann der Triumphpunkt - nie zu vergessen -, aber irgendwann merkte ich auch, dass es in der Politik nicht auf das Gutgemeinte ankommt, sondern auf das Gutgemachte, auf das Gutgemachte in einer sittlichen Überzeugung. Das ist der Grund, warum Helmut Schmidt eines meiner großen Vorbilder wurde, der in der schwierigen Zeit nach der Ölpreiskrise und im Herbst des deutschen Terrorismus diese Politik aus einer sittlichen Überzeugung in Deutschland betrieben hat.

(Beifall)

1977 wurde ich Persönlicher Referent von Hans Matthöfer im Bundesministerium für Forschung und Technologie und lernte in ihm einen Mann von einer außergewöhnlichen Integrität kennen, mit einer sehr starken sozialdemokratischen Kompassweisung, sehr stark verankert in der Gewerkschaftsbewegung. Ein fantastischer Mann, dem ich bis zu seinem Tod im September 2009 sehr viel zu verdanken habe.

Ich bin zutiefst überzeugt - aus dieser Entwicklung, liebe Genossinnen und Genossen -, dass das Schicksal des Einzelnen und unserer Gesellschaft nicht fremdbestimmt ist. Du kannst es selbst in die Hand nehmen. Sozialdemokraten helfen dir, deine Chance zu ergreifen. Das ist gelebte Solidarität: In der Gesellschaft, im Erwerbsleben und in Bildung und Ausbildung. Dieses Versprechen persönlicher Freiheit einzulösen und den Menschen

die Chance zu geben, nach ihrem Glück zu streben, das ist mein Ziel, das ist unser gemeinsames Ziel.

(Beifall)

Freiheit ist aber nicht grenzenlos. Sie endet dort, wo sie die Freiheit anderer einschränkt. Sie erfordert deshalb zwischenmenschliche Loyalität. Sie verlangt Respekt, übrigens im wirklichen Leben genauso wie im World Wide Web.

Freiheit ist eine soziale Aufgabe. Sie entsteht nur dort, wo nicht Egomane und Rücksichtslosigkeit herrschen, sondern Gemeinsinn und Gemeinwohl. Helmut Schmidt spricht von der Salus publica. Und das gilt auch für die Freiheit der Märkte.

Wir sind Verfechter der sozialen Marktwirtschaft. Wir sind Verfechter eines gebändigten Kapitalismus, der sich aber von dem Raubtierkapitalismus unterscheidet, wie ihn Helmut Schmidt bereits Ende der 90er-Jahre beschrieben hat. In dieser Überzeugung stehe ich heute vor euch, um der Kandidat unserer stolzen Partei für die nächste Bundestagswahl zu werden.

Ich kann und ich will euch versprechen: Ich will mit eurer Hilfe und den Stimmen der Wählerinnen und Wähler Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden.

(starker, anhaltender Beifall)

Ich will eine rot-grüne Mehrheit für dieses Land.

(Beifall)

Ich stehe für eine Große Koalition nicht zur Verfügung.

(Anhaltender Beifall)

Ich will, dass Deutschland wieder ein neues soziales Gleichgewicht findet.

(Beifall)

Ich will Veränderung statt Stillstand und Entpolitisierung.

(Beifall)

Dafür werde ich mich einsetzen; dafür trete ich an.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, unser Weg nach Hannover war kein Spaziergang. Er war steinig, mühsam und auch mit Zumutungen gepflastert.

Meine Vertragshonorare waren Wackersteine, die ich in meinem Gepäck und leider auch euch auf die Schultern gelegt habe. Ich danke euch, dass ihr mit mir diese Last getragen und ertragen habt.

(Beifall)

Ich habe nicht nur Kritik – das auch –, sondern auch viel Solidarität erfahren - nicht nur aus euren Reihen, aber vor allen Dingen aus euren Reihen, und zwar mehr, als ich glaubte, erwarten zu dürfen. Das hat mich berührt; das werde ich nicht vergessen.

(Beifall)

Ich werde auch nicht vergessen, wie du, liebe Andrea, mich im Willy-Brandt-Haus aufgenommen hast. Deine Unterstützung ist mir sehr wichtig. Es gibt sogar in der Politik das beglückende Gefühl, dass manchmal Menschen zueinander finden, denen andere das nie zugetraut hätten.

(Beifall)

Die SPD war und ist eine „Wir“-Partei. Uns geht es um das Miteinander; denn wir wollen, dass diese Gesellschaft wieder Maß, Mitte und eine gemeinsame Richtung findet.

Wir machen unsere Politik mit Maß und Ziel und in eine Richtung. Unser Maß ist die Balance zwischen ökonomischer Kraft und der Würde des Menschen. Unser Ziel ist eine gerechtere, von Gemeinsinn und Gemeinwohl geprägte Gesellschaft. Unsere Richtung weist in eine moderne, aufgeklärte Gesellschaft.

Stehen wir zu unseren Traditionen, aber bewegen wir uns auf der Höhe der Zeit!

(Beifall)

Vertrauen wir uns selbst, dann werden andere uns auch vertrauen. Es ist Zeit für einen Wechsel!

(Beifall)

Es ist Zeit für einen Wechsel, zuerst hier in Niedersachsen. Glück auf, Stephan Weil! Du wirst es packen und eine grandiose Vorlage liefern.

(Beifall)

Nach der dritten Hochrechnung am 20. Januar sieht die politische Landschaft in Deutschland anders aus.

(Vereinzelt Beifall)

In Bayern kämpft Christian Ude darum, das große deutsche Irrlicht der Politik, nämlich Herrn Seehofer, aus dem Sattel zu werfen.

(Beifall)

Dann liegt es an uns allen gemeinsam, die derzeitige Bundesregierung abzulösen und in die Rehabilitation zu schicken.

(Beifall)

Das bringt dann nicht nur Hessen, sondern das bringt auch Hessen mit Thorsten Schäfer-Gümbel nach vorn.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, es ist ein weiter Weg, und wir werden über Steine gehen müssen. Aber auch die längste Reise, so sagt Laotse, beginnt mit dem ersten Schritt. Den wollen wir heute gemeinsam tun. Das Signal von Hannover lautet: „Wann wir schreiten Seit‘ an Seit‘“. Dann werden wir es packen!

Ich danke euch.

(Sehr lang anhaltender Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die deutsche Sozialdemokratie war immer dann stark und erfolgreich, wenn sie Standpunkte und Haltungen formuliert hat. Peer Steinbrück, unser Kanzlerkandidat, hat Standpunkte und Haltungen formuliert, und dafür danke ich ihm ganz herzlich.

(Beifall)

Ich danke ihm auch sehr herzlich dafür, dass er sehr deutlich gemacht hat, dass wir bei der anstehenden Bundestagswahl nicht auf Platz, sondern auf Sieg spielen. Wir wollen ins Kanzleramt; wir wollen die politische Führung in diesem Land übernehmen. Das ist die klare Ansage auch an Schwarz-Gelb.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, wie sehr dieser Parteitag die Kanzlerschaft unter Peer Steinbrück anstrebt, wird sicherlich auch in einem fulminanten Wahlergebnis deutlich, das im Übrigen, lieber Peer, deine einzige schwarz-gelbe Schwäche am heutigen Tag ignoriert. Anders kann man deine Sympathie für den BVB nicht beschreiben, die ja sicherlich nicht mehrheitsfähig, sondern bestenfalls der Ausdruck einer qualifizierten Minderheit ist.

(Vereinzelte Zurufe)

Wir lieben aber den Erfolg, und deswegen werden wir an deiner Seite streiten.

Meine lieben Genossinnen und Genossen, ich frage: Gibt es Wortmeldungen? Bisher liegen uns keine vor. – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich jetzt den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Oliver Habekost, Bezirk Hessen-Süd, zu seinem Bericht bitten. Bitte schön.

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Oliver Habekost, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, der Weg nach Hannover war in der Tat für den einen oder anderen heute kein einfacher. Dennoch haben sich entsprechend viele Delegierte hier eingefunden.

Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 35 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 567 Delegierte und 31 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigung wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 237 Frauen. Damit ist die Quote erfüllt. Der Parteitag ist damit beschlussfähig.

Der älteste Delegierte ist mit 76 Jahren Horst Döring; er kommt aus dem Bezirk Hessen Nord. Der jüngste Delegierte ist mit 19 Jahren Abuzar Erdogan. Er kommt aus dem Landesverband Bayern.

(Vereinzelt Beifall)

Die Mandatsprüfungskommission wünscht Peer Steinbrück ein herzliches Glückauf und dem Parteitag weiterhin einen guten Verlauf. Herzlichen Dank!

Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD

Stephan Weil, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt 11. Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD.

Wir wollen jetzt unseren Kanzlerkandidaten nominieren. Das machen wir in einer geheimen Wahl. Uns liegt nur die Kandidatur von Peer Steinbrück vor. Es handelt sich um eine Einzelwahl nach § 7 der Wahlordnung. Wie immer darf ich die Kolleginnen und Kollegen von den Medien bitten, die geheime Wahl zu respektieren und ihre Objektivität während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten.

Liebe Genossinnen und Genossen, überflüssig zu sagen: Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn ihr Ja oder Nein oder Enthaltung ankreuzt. Nur ein Kreuz, versteht sich! Wir haben im Präsidium darüber gesprochen, welches denn die richtige Kontrollmarke für diesen Wahlgang ist. Wir meinen, wir wählen jetzt die Nummer 1 der SPD, und deswegen nehmen wir die Kontrollmarke Nummer 1.

Nach § 7 der Wahlordnung ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint. Darf ich fragen, ob zum Wahlverfahren noch irgendjemand eine Frage hat? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich darum bitten, dass die Stimmzettel verteilt werden.

Bitte nicht vergessen: Kontrollmarke Nummer 1. Diese befindet sich in der Innenseite der Delegiertenkarte. Außerdem die Bitte, dass die Wege freigehalten werden, damit die Mitglieder der Wahl- und Zählkommission schneller durchkommen.

Sind alle Stimmzettel ausgeteilt?

(Zurufe: Nein!)

- Alles klar. Vorher passiert nichts, macht euch keine Sorgen.

Können sich diejenigen, die noch keinen Stimmzettel haben, bemerkbar machen? – Bedarf ist insbesondere hier rechts vom Präsidium und im Zentrum. Der linke Flügel scheint relativ gut bedient zu sein. Nächster Versuch: Haben jetzt alle einen Stimmzettel?

(Zurufe: Nein!)

- Immer noch nicht. Aber der Widerspruch wird leiser.

Sind alle Stimmzettel verteilt?– Dann bitte ich, die Stimmen abzugeben und die Stimmzettel einzusammeln. Noch einmal der Hinweis: Auf dem Stimmzettel muss die Kontrollmarke 1 sein, und diese Kontrollmarke findet ihr auf der Innenseite der Delegiertenkarte. Sind alle Stimmzettel abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

- Noch einmal die Bitte an die Vertreter der Medien, bitte nicht ihre Objektive auf die Delegierten zu richten, wenn diese ihren Stimmzettel ausfüllen.

Könnt ihr noch einmal durch Handzeichen deutlich machen, wo noch Stimmzettel abzugeben sind? – Darf ich die Delegierten bitten, sich noch eine Sekunde zu gedulden und sich zu setzen, damit die Kommission nicht verwirrt wird? Sind noch Stimmzettel abzugeben?

(Zurufe: Ja!)

- Könnt ihr bitte einmal winken?

Noch einmal die Frage: Ist noch ein Stimmzettel nicht abgegeben? – Ich bekomme das Zeichen, dass jetzt alle Stimmzettel abgegeben sind. Damit ist der Wahlgang geschlossen.
– Katrin Budde.

Beratung und Verabschiedung einer Resolution sowie weiterer Anträge

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt sind zwar nicht mehr ganz so viele Delegierte im Saal, aber das Antragsbuch ist diesmal auch nicht ganz so dick.

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 12. Beratung und Verabschiedung einer Resolution sowie weiterer Anträge.

Bevor Olaf Scholz für die Antragskommission vorträgt, noch der Hinweis: Der erste Redner ist Frank-Walter Steinmeier, aber danach kommen noch andere Redner. Bitte in den Saal reinkommen, weil sich sofort die Aussprache anschließt und das Antragsbuch vom Umfang her doch sehr bescheiden ist.

Olaf, du hast das Wort.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, „Miteinander für Deutschland“, das ist das Motto, unter dem wir Deutschland regieren wollen. Wir haben dazu im Parteivorstand über eine Resolution beraten, diese beschlossen und heute hier eingebracht.

Wenn man sich die Begründung für diesen Antrag ausführlich zu Gemüte führen will, dann braucht man nur heute zugehört zu haben. Das, was gesagt worden ist von Hannelore

Kraft, von Stephan Weil, von Sigmar Gabriel, von Peer Steinbrück – das sind die Gründe, warum wir einen Regierungswechsel in Deutschland erreichen wollen und warum „Miteinander für Deutschland“ das Motto ist, mit dem wir in den Wahlkampf ziehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einen Unterschied zwischen uns und der jetzt regierenden Union: Wir wollen, dass das Land zusammenhält. Klar, Deutschland insgesamt geht es gut – wobei jeder weiß: Das ist auch das Ergebnis politischer Anstrengungen, die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung übernommen haben, in der Zeit der Regierung Schröder, aber auch in der Großen Koalition. Darüber gibt es übrigens kaum einen Zweifel. Auch international wird das berichtet. Aber eines ist für uns auch klar: Es reicht nicht, dass es Deutschland gut geht, es muss auch allen in unserem Land gut gehen. Und das ist das, was wir Sozialdemokraten erreichen wollen. Darum geht es in dieser Resolution.

(Beifall)

Weil das nun so schon ausführlich begründet worden ist, erspare ich es mir, im Einzelnen die Gründe für diesen Antrag vorzutragen. Es hat neben diesem Antrag keine weiteren Initiativanträge gegeben. Wir haben im Übrigen noch zwei Anträge zum Thema Rente, die mit dem letzten Parteitag erledigt sind. Alles, was ansonsten für die Zukunft wichtig ist, werden wir im Zusammenhang mit unserem Wahlprogramm zu beraten haben. Deshalb muss es nicht Gegenstand dieser kurzen Resolution werden. Ich bitte euch also, zusammen mit der gesamten Antragskommission, der Resolution „Miteinander für Deutschland“ zuzustimmen und dazu beizutragen, dass in Deutschland ein Regierungswechsel möglich wird. Wir werden dafür kämpfen.

(Beifall)

Aussprache

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Das war kurz und schmerzlos. Das war keine Acht-Stunden-Rede zur Einbringung der Resolution. Wir kommen jetzt zur Aussprache. Als Erster spricht Frank-Walter Steinmeier. Es bereitet sich vor: Doro Kliche-Behnke aus Baden-Württemberg.

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst mal im Namen des ganzen Saales einen herzlichen Dank an Peer Steinbrück für diese wunderbare Rede!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, heute Morgen auf dem Weg hierher habe ich gelesen: Dieser Parteitag muss ein Weckruf sein. - Das ist wahr. Aber wenn es nur ein Weckruf wäre, dann wäre das eindeutig zu wenig. Es muss mehr als ein Weckruf sein. Es muss eine Kampfansage an den politischen Gegner sein. Das erwartet man von diesem Parteitag!

(Beifall)

Ein Weckruf ist das allenfalls an uns selbst, liebe Genossinnen und Genossen. Denn von unserer Bereitschaft, zu kämpfen hängt alles ab. Aber eben nicht nur davon, liebe Genossinnen und Genossen. Wer Wahlen gewinnen will, der muss vor allem regieren wollen. Es reicht auch nicht, wenn man das nur so sagt, dass man regieren will, sondern das muss aus jedem Knopfloch eines jeden Parteimitglieds springen. Mit jeder Faser unserer Haltung muss erkennbar sein: Wir wollen Regierungsverantwortung.

(Beifall)

Aber wir wollen nicht nur einfach so Regierungsverantwortung, sondern wir haben diesem Land auch etwas zu geben. Wir haben eine Vorstellung von der Zukunft dieser Gesellschaft. Und wenn wir das sagen, dann sollten wir das aufrecht und selbstbewusst sagen, und zwar nicht nur, weil wir in den letzten 150 Jahren dieses Land oft genug aus dem Schlamassel geholt haben, nicht nur weil wir, wenn die Demokratie gefährdet war, immer an der Seite von Demokratie und von den Menschen gestanden haben.

Nein, auch mit Blick auf die letzten elf Regierungsjahre unter Gerhard Schröder und die vier Jahre der Großen Koalition haben wir diesem Land viel gegeben, und zwar so viel, dass Merkel noch im dritten Jahr ihrer Regierungszeit davon lebt, ohne einen einzigen Handschlag zu tun. In Wahrheit ernten die immer noch die Felder ab, auf denen wir gemeinsam mit den Grünen gesät und gepflanzt haben. Dass das nicht gut gehen kann, liebe Genossinnen und Genossen, dass diese Regierung die Vorräte verfrühstückt, statt neue anzulegen, das merken – davon bin ich überzeugt – die Menschen in diesem Lande auch.

Deshalb bin ich mir ganz sicher, Schwarz-Gelb hat in diesem Land keine Zukunft mehr, Schwarz-Gelb war gestern. Die Zukunft in diesem Lande geht nicht ohne SPD. Und in den Ländern, finde ich, hat das gut begonnen. Hannelores erster Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen hat den Bann gebrochen. Wir sind in elf Landtagswahlen in Regierungsverantwortung gewählt worden. Und, lieber Stephan, in Niedersachsen machen wir das gute Dutzend voll. Dann kommt Bayern, und im September regiert die SPD im Bund mit Peer Steinbrück als Bundeskanzler.

Herzlichen Dank euch allen!

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Frank-Walter. – Es hat das Wort: Doro Kliche-Behnke. - Es bereitet sich vor: Jo Leinen, SPD Saar.

Dorothea Kliche-Behnke, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, man müsste schreien können wie Frank-Walter. Ich probiere es.

Sigmar hat gesagt: Diese Regierung kennt kein Morgen. Ich denke, sie kennt nicht mal das Heute. Der CDU-Parteitag letzte Woche macht es ja fast zu leicht, die Unterschiede zu uns aufzuzeigen. Das Gesellschaftsbild der aktuellen Regierung ist von vorgestern. Deren Werte und eine moderne Gesellschaft geraten immer wieder in Widerspruch. Ich nenne nur das Betreuungsgeld und die Ablehnung einer echten Quote. Und die können nicht mal Homo-Ehe.

Weil sich die SPD nicht nur halbherzig, sondern richtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen wird, für eine echte Gleichberechtigung, für gute Bildung, für gleiche Löhne für gleiche Arbeit, für ein soziales proeuropäisches und modernes Land, und weil du, Peer - irgendwo hinter den Kameras -, die Power hast, all das umzusetzen, deshalb bist du spätestens ab heute auch mein Kanzlerkandidat.

(Beifall)

Mit einem Wertefundament, dem Blick in die Zukunft und sozialdemokratischen, tiefen Überzeugungen, da braucht es manchmal vielleicht gar nicht so viel Beinfreiheit.

(Beifall)

Ich habe mich schon lange nicht mehr so auf einen Wahlkampf gefreut wie auf diesen – erst recht nach deiner heutigen Rede. Ich wünsche dir und uns allen viel Erfolg für 2013!

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium:

Es hat das Wort: Jo Leinen. - Es bereitet sich vor: Manuela Schwesig, Mecklenburg-Vorpommern. – Jo, du hast das Wort.

Josef Leinen, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen, Peer Steinbrück hat es deutlich gesagt: Die Krise in unseren Nachbarländern, die Krise in Europa wird uns nicht nur beim Europawahlkampf in 2014 beschäftigen, sondern auch auf dem Weg zum

Bundestagswahlkampf im September 2013. Die Menschen wollen wissen, wohin die Reise geht. Deshalb finde ich es gut, dass in der Resolution, die wir nachher verabschieden, eine klare Ansage ist: Die deutsche Sozialdemokratie steht zu Europa, aber sie will eine andere, eine bessere Europapolitik. Das ist die Aussage von Hannover.

(Beifall)

Die EU erhält morgen den Friedensnobelpreis. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist auch der soziale Frieden. Und wenn wir da in einige unserer Nachbarländer schauen, dann stellen wir fest: Da brennt die Hütte! 25 Millionen Arbeitslose, 30 bis 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht das Europa, was wir wollen, was wir verteidigen. Wir wollen ein anderes Europa, ein Europa der Beschäftigung, ein Europa des sozialen Aufstiegs.

Der Absturz in einigen Ländern hat sicherlich mehrere Ursachen. Aber er trägt auch den Namen von Angela Merkel. Es ist ja schizophren, zu sehen, wie unterschiedlich wahrgenommen das wird: In Deutschland ist sie die Krisen-Managerin, in vielen anderen Ländern steht sie für die Krisenverschärfung. Sie ist eine Krisen-Verschlepperin. Deshalb darf man sich nicht wundern, dass Deutschland wirklich isoliert ist.

Ich will es kurz machen: Europa wird zurzeit mehrheitlich konservativ regiert. Dass muss sich ändern. In Frankreich haben die Sozialisten mit François Hollande gewonnen; in Italien wird der Partito Democratico im April mit Pier Luigi Bersani gewinnen, und alle Europaabgeordneten werden in Straßburg und in Brüssel wöchentlich gefragt: Wie steht es bei euch? Wie ist das in Deutschland? Alle warten auf den Politikwechsel, auf den Regierungswechsel hier in Deutschland, im größten Land der EU.

Deshalb, Genossinnen und Genossen: Peer Steinbrück hat die Finanzkrise 2009 gut gemanagt. Er ist der richtige Mann, auch die Wirtschafts- und die Sozialkrise ab Oktober 2013 zu managen. Wir müssen den Politikwechsel hier in Deutschland schaffen, nicht nur für unser Land, sondern auch für die Europäische Union.

Vielen Dank.

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Es hat das Wort: Manuela Schwesig. - Es bereitet sich vor: Ralf Stegner, Schleswig-Holstein.

Ich würde darum bitten, dass diejenigen, die jetzt noch im Raum sind, jemanden schicken, der schon mal die anderen Delegierten hereinholt, weil die Stimmen schon fast ausgezählt sind. Also bitte schon mal alle reinholen, damit nachher bei der Verkündung des

Ergebnisses die Delegierten an ihren Plätzen sind. Das gilt natürlich auch für den PV hier vorne.

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Vielen Dank, Katrin. - Also, ihr habt gehört, es lohnt sich, wieder reinzukommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Resolution, die euch vorliegt, zeigt, wohin wir wollen. Wir wollen, dass der Dreiklang wirtschaftliche Stärke, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft wieder zusammengeführt wird. Das hat Peer Steinbrück in seiner tollen Rede eben deutlich gemacht.

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört für uns, dass wir endlich die Gleichstellung von Frau und Mann realisieren. Auch das hat Peer Steinbrück sehr deutlich gemacht.

Und dazu gehört für uns vor allem, dass Frauen bessere Chancen am Arbeitsmarkt bekommen und dass es nicht immer die Frauen sind, die in Jobs arbeiten, die schlecht bezahlt werden. Ich denke da – wie Peer - zum Beispiel an den Bereich der Pflege.

Ein Programm à la Schröder, „Mehr Männer in Kitas“, ist ein Witz, wenn solche wertvollen Berufe wie der Dienst am Menschen nicht endlich besser bezahlt werden. Nur dann werden wir auch mehr Männer in diese Jobs bekommen.

Deshalb streben wir an, dass wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit haben, für Frauen und Männer, aber auch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Wir wollen die Minijobs wieder eindämmen, weil gerade Frauen in diese Minijobs gedrängt werden und dann später in Altersarmut landen.

Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Wir haben gesehen, dass sich da nichts bewegt. Ich sage ganz klar: Wir Frauen sind besser ausgebildet denn je. Wir haben das Recht, diese Quote einzufordern - weil wir gut sind. Wir brauchen die Quote nicht, weil wir schlecht sind. Das macht den Unterschied.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Zusammenhang müssen wir auch das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie lösen. Wir wollen, dass das für die Familien kein Problem mehr ist. Wir wollen endlich dahin kommen, dass sich die Frauen und zunehmend auch die Männer eben nicht zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen, sondern dass sie beides können im Leben. Auch das hat Peer Steinbrück deutlich gemacht.

Der Unterschied zur Union ist, dass wir dieses Thema nicht bei den Frauen abladen, sondern dass wir anstreben, dass Frauen und Männer sich gleichberechtigt und

partnerschaftlich die Erziehungsarbeit teilen können. Das muss mit einer familiengerechten Arbeitswelt einhergehen. Nicht die Familien müssen immer arbeitsfreundlicher werden, sondern die Arbeitswelt muss endlich familienfreundlicher werden: für Väter und Mütter!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, Peer Steinbrück hat gerade heute bewiesen, dass das Thema Unterstützung von Frauen im Mittelpunkt seiner Politik steht. Deswegen geht von diesem Parteitag ein klares Signal aus: Wir werden um die Frauen bei der Wahl kämpfen, nicht nur für die Stimmen, sondern weil es seit 150 Jahren so ist, dass die Sozialdemokratie sich für gute Chancen und mehr Rechte für Frauen einsetzt. Das wird ein Kanzler Peer Steinbrück tun, und das hat eine Bundeskanzlerin Merkel eben nicht gemacht. Das macht den Unterschied für Frauen in Deutschland aus. Dafür wollen wir gemeinsam streiten und kämpfen.

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Ich habe den Eindruck, dass die Delegiertenrückrufaktion noch nicht wirklich auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Darum bitte ich die Delegationsleiter oder auch die Geschäftsstellen der Landesverbände, dafür zu sorgen, dass die Delegierten bitte wieder in den Raum kommen.

Es hat das Wort Ralf Stegner. Es bereitet sich vor: Martin Stürmer, NRW-Mittelrhein.

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Deutschland braucht den Politikwechsel dringender denn je, hin zu einer sozialdemokratischen Politik, die die Gerechtigkeitsfrage wieder in den Mittelpunkt stellt. Gerechtigkeit ist der Maßstab und der Kompass für uns, und keine Partei wird daran so gemessen wie die SPD.

Wir haben uns diesen zentralen Gerechtigkeitsfragen in den letzten Jahren gestellt, seit Dresden. Da hat auch Sigmar Gabriel große Verdienste. Die heutige Rede von Peer Steinbrück hat gezeigt, dass das das ist, womit die SPD insgesamt antreten will.

Ich glaube, wir gehen gestärkt aus der Diskussion hervor, gegen eine Politik der sozialen Spaltung in Deutschland.

Wenn wir die Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt stellen, dann heißt das auch, die Interessen der arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, wieder mit den Gewerkschaften gemeinsam für unsere Ziele zu streiten und nicht gegen sie und gegeneinander. Es ist gut, dass wir wieder an der Seite der Gewerkschaften sind.

Ich glaube, wir müssen auch mit dem, was wir bei Arbeit und bei Rente tun, zeigen, dass wir Respekt haben vor der Lebensleistung der Menschen, die auf uns setzen. Deswegen sage ich: Die SPD darf in keine Bundesregierung eintreten, die nicht den flächendeckenden Mindestlohn vereinbart, die nicht dafür sorgt, dass Männer und Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen, oder die nicht die prekäre Beschäftigung überwindet.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass die mit den höchsten Einkommen und Vermögen herangezogen werden, weil sonst das mit der Bildung nicht finanzierbar ist.

Und wir müssen den Finanzmärkten zeigen, dass nicht sie bestimmen, was geschieht, sondern die Politik.

Peer Steinbrück hat in seiner Rede, die eine sehr sozialdemokratische Rede war - das war heute eine Rede mit Kanzlerformat, liebe Genossinnen und Genossen -, gezeigt, dass wir das tun wollen.

Lieber Peer, wenn man unsere Situation mit einem Fußballspiel vergleicht, dann könnte man sagen: In den ersten zehn Minuten haben noch nicht alle auf einen Kanter Sieg der SPD gewettet. Aber wir haben den Gegner lange genug in Sicherheit gewogen. Jetzt geht es darum zu kämpfen, gemeinsam zu kämpfen, über beide Flügel zu stürmen, auf das gegnerische Tor zu schießen und dafür zu sorgen, dass wir am Ende die Nase vorn haben. Und dafür sieht es gut aus: erst für das Spiel in Hannover, das wir im Januar gewinnen wollen, und dann für die Meisterschaft im September, die wir in Berlin gewinnen werden.

Schwarz-Gelb war gestern, Rot-Grün ist morgen. Gemeinsam schaffen wir das. - Vielen herzlichen Dank.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Es hat das Wort Martin Stürmer. Es bereit sich vor: Michael Müller, Nordrhein-Westfalen.

Martin Stürmer, Landesverband Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Peer, du hast mir wirklich aus dem Herzen gesprochen, was die europapolitischen Vorstellungen angeht. Wir müssen für eine klare Politik in Europa sorgen. Wir müssen aufhören mit dem Schüren von Ressentiments, mit der Aufschieberitis, mit der Merkel seit drei Jahren herumexperimentiert. Wir brauchen ein starkes und soziales Europa.

Herman van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates, ein Konservativer, hat vergangene Woche seine Vorstellungen zu zukünftigen institutionellen Reformen der Europäischen Union vorgelegt. Da sieht man, in welche Richtung das geht. Merkel und die anderen Konservativen wollen ein Europa der Nationalstaaten, und zwar ein Europa der Nationalstaaten, die gegeneinander in Konkurrenz antreten und die nicht miteinander kooperieren.

Das Resultat wird eine marktkonforme Demokratie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sein. Das Wort der Stabilitätsunion ist ein Euphemismus für Stagnation, für den sozialen Verfall in Europa.

Entsprechend müssen wir die Vorstellungen von Europa stärken und nach vorne bringen. Wir brauchen ein Europa der Solidarität, des Wachstums, des sozialen Fortschritts und des sozialen Aufstiegs.

Dazu brauchen wir institutionelle Reformen. Die dürfen wir nicht den Konservativen überlassen. Wir brauchen eine klare integrierte Finanzmarkt- und Bankenaufsicht. Wir müssen vor allen Dingen das EU-Parlament stärken. Und wir brauchen ein vernünftiges EU-Budget.

Ich weiß, dass das alles nicht einfach durchzusetzen ist. Aber, lieber Peer, ich glaube, mit dir gemeinsam können wir dafür gut den nächsten Kampf kämpfen.

Glück auf! - Danke.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, der letzte Redner zur Aussprache hat das Wort: Michael Müller. Last, but not least, mein Lieber!

Michael Müller, Landesverband Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es richtig, wenn Peer Steinbrück sagt, es geht uns um die großen Ideen der europäischen Moderne, also um die Ideen von Freiheit, von Gerechtigkeit, von Emanzipation. Das war sozusagen die Idee des europäischen Fortschritts.

Ich muss aber sagen - und rege das deshalb auch an, weil das in dieser Entschließung aus meiner Sicht viel zu wenig herüberkommt -: Man muss wissen, dass der Weg zum Fortschritt in der Vergangenheit vor allem ein Weg war von Wachstum, technischem Fortschritt zulasten der Natur und bei Missachtung der Endlichkeit der Rohstoffe.

Deshalb - das habe ich vermisst; ich bitte, das zu ergänzen -: Die Gerechtigkeitsfrage ist heute auch eine zutiefst ökologische Frage. Wir dürfen dieses Thema nicht anderen Parteien überlassen, im Gegenteil.

Um es einmal auf den Punkt zu bringen: nicht nur, weil in Doha im Augenblick eine „schreckliche“ Veranstaltung zu dem Menschheitsthema Klimawandel stattgefunden hat, sondern auch, weil eine der Grundfragen von Fortschritt und Modernität, nämlich unsere Form der Mobilität an Grenzen, gerät.

Selbst die Internationale Energieagentur sagt, wir haben den Höhepunkt der Ölförderung überschritten. Das heißt, wir sind in einer Situation, in der in Deutschland auf 1 000 Leute 580 Fahrzeuge kommen, in den großen Schwellenländern China und Indien auf 1 000 Leute jedoch erst 60 Fahrzeuge kommen. Wir sind in einer Situation, in der die Ölproduktion zurückgeht und gleichzeitig die Nachfrage steigt. Das ist ein unglaublich tiefer Einschnitt, der uns bevorsteht.

Das kann man auch in anderen Bereichen feststellen. Beispielsweise auf der Konferenz Rio plus 20 wurde klargemacht, dass sich von 500 ökologischen Indikatoren in den letzten 20 Jahren zwei Drittel deutlich verschlechtert haben. Das heißt, die Moderne, wenn sie nur noch auf den traditionellen Wachstumsgedanken setzt, wird keine Zukunft haben; denn dieser Pfad der Naturvergessenheit, verdrängt die Endlichkeit der Rohstoffe und führt heute nicht nur zur sozialen, sondern auch zur ökologischen Entbettung der Ökonomie.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Begriff der Marktgesellschaft stammt ja von Karl Polanyi. Er hat damit klargemacht, warum es zu den Katastrophen des letzten Jahrhunderts gekommen ist. Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Heute findet erneut eine Entbettung statt, die wir nicht nur am Bereich der Finanzmarktkrise diskutieren müssen, sondern auch an der sozialen Ungleichheit und der ökologischen Zerstörung. Deshalb ist es der Kern einer neuen Fortschrittsidee, zu einer wieder auf die Ökonomie ausgerichteten Einbettung zu kommen. Wir dürfen die Verselbstständigung der Ökonomie nicht zulassen. Sie zerstört den Fortschritt und sie führt in Katastrophen. Deshalb geht es bei dieser Wahl um mehr als nur um zwei Personen. Es geht um die Frage, ob der Fortschrittsgedanke eine Zukunft hat oder ob wir weiter Politik machen, die im Grunde genommen nur auf Katastrophen reagiert. Bitte macht wieder Politik.

Danke schön.

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Das war die letzte Wortmeldung, die mir zur Aussprache zur Resolution vorlag.

Ich stelle die Resolution jetzt zur Abstimmung und bitte um euer Kartenzeichen zur Annahme der Resolution. - Ich kann leider wegen der Wand der Journalisten gar nichts sehen. Ich sehe keine Delegierten. Es müsste mir einmal einer ein Signal geben. - Vielstimmig angenommen. Danke. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? Auch keine zu sehen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Lieber Olaf, ich würde dich bitten, für die Antragskommission noch die beiden Anträge einzubringen und die Empfehlung vorzustellen. Wir würden die erst noch abstimmen, da immer noch nicht wieder alle Delegierten im Saal sind und wir das Ergebnis gerne erst verkünden würden, wenn die Delegierten da sind.

(Zuruf)

- Okay. Olaf will nicht noch einmal das Wort nehmen. Erledigt durch die Beschlüsse des Parteikonvents.

Ich bitte um das Kartenzeichen zur Zustimmung für diese Empfehlung der Antragskommission. - Gegenstimmen. Einige sehe ich. Aber ich sehe nicht, wie viele es sind; es tut mir leid. Eine sehe ich auf jeden Fall. Dann sage ich: Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen entsprechend der Empfehlung der Antragskommission.

Jetzt kommt es zum Schwur. Stephan, ich übergebe an dich zurück.

Ergebnis der Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD

Stephan Weil, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich denke, wir sollten vor der Verkündung des Wahlergebnisses zunächst einmal für mehr Ruhe im Saal sorgen. Ich habe die Bitte, dass alle in den Saal kommen und sich alle setzen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich komme jetzt zur Verkündung des Wahlergebnisses: abgegebene Stimmen 583; ungültig 3, gültig 580. Mit Ja haben gestimmt 542,

(Beifall)

mit Nein haben gestimmt 31, Enthaltungen sieben. Das bedeutet eine Zustimmung von 93,45 Prozent. Herzlichen Glückwunsch, Peer Steinbrück!

(lang anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir fragen jetzt gemeinsam Peer Steinbrück: Nimmst du die Wahl an?

Peer Steinbrück, Kanzlerkandidat: Ja, ich nehme die Wahl an. Die Wahl mit diesem Ergebnis freut mich. Sie ist zugleich verpflichtend. Die Zahl könnte eine Orientierung für das Wahlergebnis im September nächsten Jahres sein.

(lang anhaltender Beifall)

Stephan Weil, Parteitagspräsidium: Vielen Dank.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste! Wir haben noch so etwas wie einen Tagesordnungspunkt. Die Gratulationen hier vorne können auch weitergehen. Oder wir warten einfach fünf Minuten.

(Zurufe: Nein!)

- Nein - das ist das Votum aus dem Saal.

Dann rufe ich jetzt für das Schlusswort Andrea Nahles auf. Andrea, du hast das Wort.

Schlusswort

Andrea Nahles, Generalsekretärin: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch von meiner Seite noch einmal ganz herzlichen Glückwunsch, lieber Peer! Lass dich noch Herzen, lass dir noch Glückwunsch sagen. In der Weihnachtszeit, liebe Genossinnen und Genossen, soll man sich ja gegenseitig Gutes tun. Wir miteinander haben uns heute wechselseitig etwas Gutes getan. Wir haben heute einen wunderbaren Parteitag erlebt. Wir haben einen starken Peer Steinbrück mit einem starken Ergebnis erlebt. Und wir haben eine motivierte SPD Niedersachsen erlebt. Ganz besonders euch wünsche ich viel Power im nächsten Jahr, im Schlussspurt 2013.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, heute ist der Startpunkt für das Wechseljahr 2013. Und dir, lieber Stephan Weil, sage ich: Du machst den Auftakt für dieses Wechseljahr 2013. Wenn Niedersachsen wieder einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und

eine rot-grüne Regierung hat, dann ist Angela Merkel eine Königin ohne Land und eine Kanzlerin ohne Perspektive, lieber Stephan. Also: Auf euch kommt es an, und wir werden euch mit vollen Kräften unterstützen. Einer für alle, alle für einen - so muss es sein in der SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte zum Schluss aber auch ein Dankeschön loswerden. Ich danke allen, die im Hintergrund solcher Parteitage wuseln, arbeiten, Überstunden machen, die für unsere Sicherheit sorgen, die uns bewirten, die den ganzen Parteitagsaufbau gemacht haben und die nach uns hier saubermachen. All denen gebührt unser Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich danke auch unserem Tagungspräsidium. Da habt ihr ganz toll gemacht. Und ihr wisst ja: Weil ihr es gut gemacht habt, seid ihr vielleicht beim nächsten mal wieder dran. Das muss ich euch ankündigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, besonders - seht es mir nach - möchte ich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Willy-Brandt-Haus bedanken. Ein solcher Parteitag ist ein Mammutprojekt, und das mit solch einem kurzen Vorlauf. Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses ganz hervorragend gemacht, und sie verdienen dafür euren Applaus, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und weil wir so etwas immer nur miteinander schaffen, wollen wir jetzt auch miteinander singen. Darum kommt es jetzt zum Schlusslied, wie ihr wisst. Wir haben den DGB-Chor von Hannover gewinnen können. Er macht seit 30 Jahren Musik unter dem Motto „Linke Lieder gegen den rechten Ton“. Unter diesem Slogan sind sie eine feste Größe der heimischen Kulturszene. Ich bitte den DGB-Chor, nach vorne zu kommen.

Euch allen wünsche ich eine gute Heimreise und euch und euren Familien eine schöne Weihnachtszeit. Kommt noch mal ein bisschen zur Ruhe - ab dem nächsten Jahr ist es damit nämlich vorbei. Nächstes Jahr ist Wechseljahr. Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen.

(DGB-Chor :“You never walk alone” ; Alle: „Wann wir schreiten Seit‘ an Seit““)

Ende: 15.49 Uhr

Anhang

Delegierte

Baden-Württemberg

Arnold, Rainer
Bäumlein, Ortrun
Behnke, Elfriede
Bender, Julien
Boos, Luisa
Castellucci, Lars
Distler, Katrin
Drakul, Petar
Drobinski-Weiß, Elvira
Eckert, Klaus
Elser, Sonja
Erler, Gernot
Esken, Saskia
Fechner, Johannes
Götzmann, Roman
Graner, Jürgen
Harsch, Daniela
Hertenstein, Dorothea
Jung, Johannes
Juratovic, Josip
Karaahmetoglu, Macit
Kirgiane-Efremidis, Stella
Kliche-Behnke, Dorothea
Knauss, Renate
Lange, Christian
Lutz, Udo
Majer, Thorsten
Mast, Katja
Perc, Dejan
Rehbock-Zureich, Karin
Repasi, Rene

Rosemann, Martin
Roth, Karin
Schiele, Andrea
Schirin, Deniz
Schmid, Nils
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Simon, Peter
Soeder, Christian
Spörkel, Ralf
Stoch, Andreas
Templ, Karl-Ulrich
Tröndle, Susanne
Weber, Jonas
Weigle, Sebastian
Wöfle, Sabine

Bayern

Azar, Gertraud
Bante, Bernd
Barthel, Klaus
Bartl, Franziska
Baur, Hannelore
Bayer, Sybille
Bergmann, Uwe
Blaschke, Ulrich
Bokovoy, Brigitte
Dees, Philipp
Dösel, Harald
Eder, Marietta
Erdogan, Abuzar
Fees, Ulrike
Fiorentino, Isabella
Fischer, Roland
Fischer, Sebastian
Flauder, Christina
Flisek, Christian
Freund, Florian
Gabler, Andreas
Goldenstein, Dirk John
Graf, Angelika
Grießhammer, Holger
Gruber, Michael
Güll, Martin
Hagl, Rita
Henzler, Jutta
Hofmann, Frank
Höllein, Carsten
Kalteis, Daniel

Karl, Annette
Kofler, Bärbel
Kraus, Annemarie
Kubsch, Florian
Lampe, Wolfgang
Mattes, Ralf
Merzbacher, Jonas
Mielentz, Jörg
Müller, Ruth
Negele, Christine
Olbrich, Gerhard
Otto, Amelie Christin
Pawlovsky, Hans
Pech, Christian
Peitzsch, Wolfgang
Petersen, Johannes
Pohl, Ralf
Pröbiuß, Christian
Roidl, Ulrike
Roloff, Sebastian
Röver, Jens
Rützel, Bernd
Sauer, Maria
Scales, Dominic Robert
Schieder, Maria-Anna
Schieren, Stefan
Schmid, Herbert
Schmidt, Horst
Schniedermeier, Jürgen
Schrock, Christine
Schurer, Ewald
Schwarz, Andreas
Söllner, Maria
Stamm-Fibich, Martina
Steinecker, Angela
Strogies, Victor
Tausend, Claudia
Thanheiser, Evi
Unfried, Harald
van Eckert, René
Vilsmeier, Bernd
Vogel, Christian
Weikert, Angelika
Zimmermann, Wilmya

Berlin

Buttgereit, Monika
Drewnicki, Robert

Hertel, Anja
Höschele, Ralf
Igel, Oliver
Loth, Barbara
Mindrup, Klaus
Morgenstern, Vera
Rämer, Jan-Christopher
Scheffer, Barbara
Schimeta, Julia
Seidel-Kalmutzki, Karin
Senftleben, Peter
Siebert, Ingo
Sommer, Ulrike
Spranger, Iris
Stock, Heike
Wiegand, Rolf
Zado, Julian

Brandenburg

Artz, Katja
Danckert, Peter
Hackenschmidt, Barbara
Holzschuher, Ralf
Krause, Kathleen
Maaß, Christian
Wilczynski, Martina

Braunschweig

Beckmann, Jürgen
Bratmann, Christoph
Glosemeyer, Immacolata
Hoffmann, Frank
Hopert, Lara
Ihbe, Annegret
Jahns, Hubert
Litke, Petra
Müller Alarcón, Ursula
Rybotycky, Waltraud
Sanli, Nilgün
Schlaugat, Eva
Schröder, Jan
Tietz, Nicole
Wesche, Elke

Bremen

Bovenschulte, Andreas
Feddern, Andreas
Gottschalk, Arno
Hamann, Reinhardt
Holsten, Reiner
Ryglewski, Sarah
Witt, Nicoletta

Hamburg

Bernzen, Christian
Damerau, Inka
Kahrs, Johannes
Miech, Dagmar
Morgenroth, Ina
Quast, Anja Magdalena
Richter, Frank
Schomburg, Bettina
Schreiber, Markus
Schwinke, Karl
Stapelfeldt, Dorothee
Timmermann, Juliane
Tschentscher, Peter
Weiland, Nils Gustav

Hannover

Beckord, Heike
Behbehani, Helmi
Bisanz, Burkhard
Brand, Marina
Brodhun, Christoph
Brunkhorst, Daniel
Eckhoff, Birgit
Fischer, Natalie
Friedemann, Waltraud
Friedrichs, Andreas
Gronenberg, Lea
Heiligenstadt, Frauke
Jacke, Thomas
Jagau, Hauke
Klant, Torben
Klecha, Stephan
Klingbeil, Johanna
Kraus, Brigitte
Löser, Jessica
Lynack, Bernd

Meinhold, Walter
Müller, Sylvie
Pauls, Mathias
Putzier, Jan Henner
Schmidt, Maximilian
Schneider, Kristina
Schostok, Stefan
Schröder-Ehlers, Andrea
Schwarze, Horst
Seidel, Frank
Thiele, Ulrike
Watermann, Ulrich

Hessen-Nord

Bartol, Sören
Bing, Edith
Börner, Kaja
Catheriney, Cordula
Dilcher, Esther
Döring, Horst
Fiedler, Sebastian
Hartdegen, Tanja
Helmis, Maria
Kofahl, Daniel
Luther, Laura
Meßmer, Ullrich
Nitzbon, Volker
Pfleger, Helga
Reiss, Cornelia
Schäfer, Enrico
Schirmer, Renata
Schlemmer, Günter
Telschow, Gerhard
Vollmar, Karsten
Warnecke, Torsten
Wegener, Elke
Wehnes, Wilfried
Wetzlar, Klaus
Wölk, Marianne
Zülch-Mach, Tanja

Hessen-Süd

Bastian, Swen
Benz, Hanno-Thomas
Bullmann, Udo
Buschmann, Irma

Costanzo, Vivien
Degen, Christoph
Dittmar, Ansgar
Eckert, Tobias
Ergindemir, Imren
Faeser, Nancy
Giebenhain, Raoul
Gnagl, Rolf
Gniza, Tobias
Grüger, Stephan
Grumbach, Gernot
Habekost, Oliver
Hautzel, Judith
Kaffenberger, Bijan
Kavai, André
Körner, Gerd
Lambrecht, Christine
Ludwig, Alexander
Lux, Stefan
Mansoori, Kaweh
Merker, Matti
Müller, Carsten
Podstatny, Roger
Rabanus, Martin
Reichenbach, Gerold
Ruf, Nadine
Schabedoth, Hans-Joachim
Schmidt, Dagmar
Schmitt, Norbert
Schmöker, Tim
Schwenke, Felix
Seewald, Ilja-Kristin
Volk-Borowski, Dennis
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wingerter, Sven
Zapf, Uta
Zimmermann, Jens

Mecklenburg-Vorpommern

Borchert, Rudolf
Prange, Lisa
Steffen, Sonja
Stieber, Michael

Nord-Niedersachsen

Bachmann, Stefan

Behrens, Daniela
Brauns, Gerd
Gudella de Graaf, Ute
Hagemann, Günther
Hinck, Hans-Werner
Jantz, Christina
Pfadenhauer, Karin
Starke-Heinbokel, Katja

Nordrhein-Westfalen

Albrecht-Mainz, Elia
Altenkamp, Britta
Arnkens-Homann, Dagmar
Bähr-Losse, Bettina
Banschkus, Bernd
Baran, Volkan-Tevfik
Bas, Bärbel
Bell, Dietmar
Bennarend, Jens
Blienert, Burkhard
Blum, Ulrich
Blümcke, Waltraud
Böhse, Friedel
Bollermann, Gerd
Brambrink, Ann Katrin
Breuer, Reiner
Brix, Jan-Martin
Bröker, Gabriele
Buhre, Michael
Burchardt, Ulla
Buttler, Angelika
Butz, Maren
Cikoglu, Atilla
Coenen, Lutz
Cziehso, Brigitte
Drabig, Franz-Josef
Emmerich, Karl-Heinz
Engel, Claudia
Erdle, Phillip
Esdar, Wiebke
Falszewski, Benedikt
Feuß, Hans
Fink, Lothar
Frühauf, Lutz
Gebhard, Heike
Gottschlich, Simone
Griese, Kerstin
Groeger, Bernd

Gronau, Beate
Groß, Michael
Haase, Mareike
Hafner, Dennis
Hammelrath, Gabriele
Harder, Ernesto
Hartmann, Sebastian
Heinrichs, Falk
Heitkamp, Micha
Herrmann, Klaus-Dieter
Herter, Marc
Hildenbrand, Anke
Hilgers, Friedhelm
Hilser, Dieter
Hinz, Petra
Hübchen, Lars
Jahl, Armin
Janke, Oliver
Joisten, Christian
Kaiser, Rolf
Kalkreuter, Matthias
Killewald, Norbert
Klanke, Christiane
Klug, Claudia
Koch, Karsten
Konzelmann, Thorsten
Kortmann, Karin
Krämer, Konrad
Kravanja, Rajko Alois
Krebs, Andreas
Krützen, Klaus
Kucharski, Helmut
Kuiper, Manfred
Küpper, Annegret
Laaser, Sebastian
Lehmkuhl, Reiner
Leonhardt, Nadine Renee
Lipprandt, Sabrina
Löhr, Karin
Lübbers, Klaus
Ludwig, Svenja
Lufen, Marcus
Machatschek, Dorothee
Meiers, Ute
Merkel, Wolfgang
Molzberger, Adhemar
Müller, Michael
Müller, Sabina
Müntefering, Michelle
Mützenich, Rolf

Nietan, Dietmar
Oord, Ilka
Panke, Simon
Peters, David
Peters, Martin
Pliete, Beate
Podolski, Patricia
Poschmann, Sabine
Presch, Dirk
Purwin, Thomas
Renner, Stephan
Richhardt, Elena
Römer, Norbert
Schaberick, Jan-Christoph
Schäfer, Axel
Schiefner, Udo
Schilling, Björn
Schmidt, Barbara
Schmitz, Helga
Schmitz, Uwe
Scho-Antwerpes, Elfi
Schrameyer, Elisabeth
Schultheis, Karl
Schulze, Svenja
Schütten, Rainer
Schwartz, Stefan
Simshäuser, Monika
Spiess, Hannsjuergen
Stalder, Mandy
Stein, Frank
Stinka, Andre
Stock, Michael
Stotz, Marlies
Strässer, Christoph
Stucke, Ingo
Stürmann, Daniela
Stürmer, Martin
Susen, Ines
Tacer, Philipp
Thews, Michael
Tigges, Margit
Tsalastras, Apostolos
Ünalgan, Taner
Unkel, Heike
van den Berg, Guido
van Heynsbergen, Roger
Vetter, Anke
Vogt, Alexander
Voigt-Küppers, Eva-Maria
Walther, Claudia

Weiß, Rüdiger
Weller, Jürgen
Wiertz, Sven
Wietheger, Karin
Wilske, Silvia
Wischnewski, Hans-Werner
Wittebur, Klemens
Wittkamp, Andreas
Yüksel, Gülistan
Yüksel, Serdar
Zorlu, Sara
Zorn, Gerhard
Zwilling, Peter

Parteivorstand

Ahnen, Doris
Annen, Niels
Budde, Katrin
Dulig, Martin
Engelmeier-Heite, Michaela
Ferner, Elke
Friedrich, Peter
Gabriel, Sigmar
Groschek, Michael
Heil, Hubertus
Hendricks, Barbara
Kaykin, Zülfiye
Kirci, Alptekin
Kraft, Hannelore
Kramme, Anette
Lösekrug-Möller, Gabriele
Maas, Heiko-Josef
Matschie, Christoph
Mattheis, Hildegard
Nahles, Andrea
Nida-Rümelin, Julian
Özoguz, Aydan
Poß, Joachim
Pronold, Florian
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schild, Armin
Scholz, Olaf
Schwesig, Manuela
Sieling, Carsten
Stegner, Ralf
Vogt, Ute
Wowereit, Klaus

Rheinland-Pfalz

Allroggen-Bedel, Agnes
Anklam-Trapp, Kathrin
Bahm, Mirko
Barley, Katarina
Barnett, Doris
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Beck, Kurt
Bognar, Julia
Bruch, Jörg
Brück, Bettina
Conrad, Jürgen
Detjen, Michael
Dreyer, Malu
Dukat, Rebekka
Ebert, Alexander
Ebling, Michael
Fuhr, Alexander
Geis, Manfred
Gros, Anna
Hartmann, Michael
Herbst, Corinne
Hering, Hendrik
Herzog, Gustav
Hitschler, Thomas
Hoch, Clemens
Huter, Klaus
Hütten, Achim
Jenssen, Jens
Klingel, Alfred
Kukatzki, Bernhard
Küsel-Ferber, Karin
Lewentz, Roger
Machalet, Tanja
Maschino, Oliver
Maurer, Michael
Mohr, Margit
Noss, Hans Jürgen
Pörksen, Carsten
Puchtler, Frank
Ramsauer, Günther
Reich, Beate
Schäfer, Roland
Schmitt, Astrid
Schweitzer, Alexander
Seiler, Stefanie
Sippel, Heiko
Wansch, Thomas

Wehner, Thorsten
Winter, Friedrich

Saarland

Barke, Jürgen
Hartz, Kai
Hell, Gabi
Hiry, Johannes
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
Jost, Reinhold
Jung, Magnus
Koch, Sandra
Kolb, Gisela
Krutten, Stefan
Leinen, Josef
Limbacher, Esra-Leon
Müller, Siegfried
Rehlinger, Anke
Roth, Eugen
Szygula, Peter
Ukrow, Jörg
Waluga, Günter
Weber, Volker
Zieder-Ripplinger, Margriet

Sachsen

Bösl, Christian
Brangs, Stefan
Homann, Henning
Kolbe, Daniela
Rüthrich, Susann
Vogel, Ines
Wittig, Heiko

Sachsen-Anhalt

Börst-Harder, Petra
Eichler, Wolfgang
Grube, Falko
Keune, Kornelia
Mühlstein, Marko
Schindler, Silke

Schleswig-Holstein

Baasch, Wolfgang
Beran, Andreas
Birke, Hans-Helmut
Bolln, Stefan
Breitner, Andreas
Danhier, Susanne
Daude, Ulf
Dolgner, Kai
Hagedorn, Bettina
Heinrich, Anne-Christin
Kreft, Enrico
Kuhlwein, Eckart
Riep, Rudolf
Rix, Sönke
Rodust, Ulrike
Samtleben, Cornelius
Tretbar-Endres, Martin
von Pein, Tobias
Wagner, Alexander
Winter, Lars

Thüringen

Giebe, Markus
Giesder, Fabian
Gleicke, Iris
Heß, Petra
Lehmann, Diana
Machnig, Matthias

Weser-Ems

Block, Volker
Börgmann, Johann
Brammer, Axel
Christians, Hilda
Eiben, Florian
Groote, Matthias
Kater, Kristian
Klitscher, Annette
Köpke, Jürgen
Krogmann, Jürgen
Lies, Olaf
Mandel, Sören
Rohde, Dennis
Rühl, Kathrin
Schulte, Jenna Juliane

Schweer, Daniel
Sonnenberg, Detlef
Stuntebeck, Kristina
Will, Christine
Zimmermann, Sabine

Rednerinnen und Redner

Gabriel, Sigmar
Habekost, Oliver
Kliche-Behnke, Dorothea
Kraft, Hannelore
Leinen, Jo
Müller, Michael
Nahles, Andrea
Scholz, Olaf
Schwesig, Manuela
Stegner, Ralf
Steinbrück, Peer
Steinmeier, Frank-Walter
Stürmer, Martin
Weil, Stephan

Beschlussübersicht

Inhaltsverzeichnis

I. Übersicht über den angenommenen Antrag 2

	Antragstellende	Überschrift	Beschlusstext
IA 1	Parteivorstand	Resolution: Miteinander. Für Deutschland.	Angenommen

II. Wortlaut des angenommenen Antrages 3-7

III. Weitere Anträge 7

II. Wortlaut des angenommenen Antrages

Sonstige

*Antragsbereich Initiativanträge/ IA 1
Parteivorstand*

Resolution: Miteinander. Für Deutschland.

Deutschland steht trotz der Krise gut da. Die Menschen in unserem Land haben in den vergangenen Jahren Enormes geleistet. Ihnen ist es zu verdanken, dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht. Sozialstaat, Sozialpartnerschaft und aktive Wirtschaftspolitik haben sich in der Krise der Finanzmärkte als Garanten von Stabilität und Erfolg erwiesen. Deutschland ist ein starkes Land mit großen Potentialen.

Aber dennoch ist etwas aus dem Lot geraten in unserem Land: Gehaltsexzesse auf der einen Seite und Armut trotz Arbeit auf der anderen Seite lassen unsere Gesellschaft auseinanderdriften. 6 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8 Euro in der Stunde. Vor allem Alleinerziehende, aber auch viele Familien mit Kindern drohen in eine Armutsfalle zu geraten. Viele Menschen sind verunsichert, fühlen sich abgehängt und verlieren den Glauben an den Aufstieg in und mit der Gesellschaft.

Die Ungleichheit hat einen Preis. Ob Kommunen oder Infrastruktur, ob Energie oder Internet, die Modernisierung unseres Landes gerät ins Stocken. Weil Investitionen schwach sind und Binnenkaufkraft fehlt, gerät das Wachstum in eine Schieflage. Diese Schieflage trägt zur Krise in Europa bei, die zunehmend auch Deutschlands Arbeitsplätze und Wirtschaft bedroht.

Die aktuelle Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP lebt von der Substanz. Sie sorgt nicht vor. Sie ignoriert die konkreten Probleme der Menschen im Alltag, verleugnet die zunehmende gesellschaftliche Spaltung und verschleiern die Ursachen der Krise in Europa. Sie versagt bei der Energiewende und bei der Pflegereform gleichermaßen. Die Hoteliersteuer, das Betreuungsgeld, Samthandschuhe für Steuerhinterzieher und Banken, die leere Worthülse von der „Bildungsrepublik“, die Blockade bei der Frauenquote, der Etikettenschwindel beim Mindestlohn, der unverantwortliche Export deutscher Panzer in Krisengebiete sind nicht nur Ärgernisse, sondern zeigen den Realitätsverlust und die fehlende Wertorientierung der selbstauserufenen „besten Regierung seit der Wiedervereinigung“.

Die Politik von CDU, CSU und FDP verschärft die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft. Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und die Vertiefung der Zwei-Klassen-Medizin sind weder sozial, noch marktwirtschaftlich. Sie sind Ausdruck einer Politik der Gleichgültigkeit gegen soziale Verwerfungen, der Abgehobenheit und einer Politik des Taktierens von Getriebenen. Die Bundesregierung hätte jetzt die Chance, Vorsorge für Deutschland und Europa zu treffen und unsere Gesellschaft nachhaltig umzusteuern. Ihr fehlt aber die große Linie, die Vorstellung von einer besseren Gesellschaft und einer besser funktionierenden Wirtschaft in Deutschland und für Europa. CDU, CSU und FDP haben über drei Jahre nur am Zusammenraufen der Koalition, nicht am Zusammenhalt des Landes gearbeitet.

Damit es besser wird, braucht es eine andere Politik. Eine Politik der klaren Alternative. Eine Politik des Miteinanders. Eine Politik, die sich auf Werte stützt. Eine Politik, die mehr Demokratie wagt. Eine Politik für mehr Gerechtigkeit in Deutschland. Eine Politik, die die zunehmende soziale Spaltung nicht achselzuckend zur Kenntnis nimmt. Eine Politik, die erkennt, dass die derzeitige Spaltung unserer Gesellschaft das Fundament unseres Zusammenlebens gefährdet. Eine Politik, die den inneren Zusammenhalt stärken will. Eine Politik für eine bessere Gesellschaft. Eine Politik, in der keine und keiner zurückgelassen wird.

Dafür müssen wir unser Land wieder ins Gleichgewicht bringen. In der Wirtschaft, in der Gesellschaft und in unserer Demokratie müssen wir eine neue Balance schaffen. Dafür wollen wir zuallererst, dass die soziale Marktwirtschaft wieder „Wohlstand für alle“ und nicht Reichtum für wenige bringt. Dafür müssen wir in Bildung, Kinderbetreuung und gute Gesundheitsvorsorge investieren. Das geht angesichts der Staatsverschuldung nur über eine gerechte Besteuerung: Hohe Vermögen, hohe Einkommen und große Erbschaften sollen, ebenso wie die Verursacher der Krise – die Banken –, stärker zu einem handlungsfähigen Gemeinwesen und zur Bewältigung der Kosten der Krise herangezogen werden. Unsere Steuerpolitik ist darauf ausgerichtet, ungerechte Privilegien zu beseitigen und unsere Gesellschaft als Ganzes zu stärken.

Für ein neues Gleichgewicht brauchen wir eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Arbeit muss sich wieder lohnen. Gerechte Löhne, eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sowie eine gestärkte Mitbestimmung sind Grundvoraussetzungen einer erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft. Die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt muss überwunden werden. Deshalb müssen wir Tarifverträge stärken und brauchen den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern müssen wir genau so überwinden, wie die zwischen Leiharbeitern und Stammbeschäftigten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht gute Arbeit und eine soziale Infrastruktur. Dazu gehören mehr unbefristete, gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse ebenso wie familienfreundliche Arbeitszeiten. Wir wollen, dass die Familie partnerschaftlich miteinander organisiert werden kann. Alleinerziehende sollen respektiert und gefördert werden. Alle, Frauen und Männer, sollen Familienarbeit und Berufstätigkeit miteinander vereinbaren können. Kinder und Karriere dürfen sich nicht länger ausschließen. Jeder noch so bunte Lebensentwurf soll in Deutschland verwirklicht werden können. Dafür brauchen wir eine deutlich bessere Betreuungsinfrastruktur für Kinder und eine verlässliche und an den

Bedürfnissen der Menschen orientierte Pflege.

Wir stehen mit all dem für eine andere, eine moderne Gesellschaft: Familie ist für uns dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Deshalb werden wir die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen. Gleichstellung muss vorangebracht und das Ehegattensplitting umgestaltet werden, so dass es den vielfältigen Lebensentwürfen eines modernen Landes entspricht und besonders Familien mit Kindern fördert. Gleichstellung braucht auch eine harte Quote für Frauen in Unternehmen und keine weichen Besserungsversprechen auf Unternehmensseite. Aus der wohlfeilen Klage über Fachkräftemangel muss das handfeste Engagement für Chancengleichheit werden.

Bildung hat für uns höchste Priorität. Wir müssen massiv in die Bildung investieren. Der Emanzipationsauftrag von Bildung muss besser mit dem wirtschaftlichen Ziel von Ausbildung in Einklang gebracht werden. Die verengte ökonomische Sicht auf Bildung hat die Erkenntnis verdrängt, dass Bildung Zeit und gemeinsames Lernen braucht. Bildung verkümmert, wenn sie einfach instrumentalisiert wird. Miteinander Lernen beginnt sehr früh und legt den Grundstein für den weiteren, erfolgreichen Bildungsverlauf eines Kindes. Kitas haben einen Bildungs- und nicht nur einen Betreuungsauftrag. Deshalb sind wir für verstärkte Investitionen, finanziert über eine gerechte Steuerpolitik.

Deutschlands Zukunft liegt in seiner Vielfalt. Vielfalt bedeutet Chancen aber auch Herausforderungen. Integration bedeutet für uns, dass unabhängig von der Herkunft so früh wie möglich Grundlagen für ein gesellschaftliches Miteinander, für Ein- und Aufstiege gelegt werden. Potenziale entdecken, Talente fördern, individuell Perspektiven schaffen, Leistung ermöglichen, um diese zum Wohl der Gesellschaft einbringen zu können – dafür steht die deutsche Sozialdemokratie.

Ein neues Miteinander können wir nur in Kommunen mit guter kultureller, sozialer, integrativer Infrastruktur sowie Angeboten für Partizipation und Engagement schaffen. Und mit einer Gesellschaft, die weiß, dass die Chancen jedes Einzelnen auch immer vom Fortkommen aller anderen abhängen. Wir wollen daher die Kommunen auch finanziell stärken.

Auch in der Pflege- und Gesundheitspolitik brauchen wir einen Systemwechsel. Die zunehmende Zwei-Klassen-Medizin muss beendet werden durch eine Bürgerversicherung, in der alle miteinander füreinander einstehen. Wir müssen in Prävention investieren, um Krankheit und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Denn Gesundheit zu fördern sichert Chancengleichheit und stärkt unsere Gesellschaft. Sie steigert die Lebens- und Arbeitsqualität und fördert nicht nur das eigene Glück, sondern auch die Leistungskraft unserer Wirtschaft. Es geht uns um den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung und verlässlichen Pflegeleistungen und um medizinischen Fortschritt für alle, um eine gute Pflege für alle Bürgerinnen und Bürger und bessere Arbeitsbedingungen und mehr Anerkennung der Arbeit in Gesundheit und Pflege.

In der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter wird sozialer Zusammenhalt erlebbar. Dauerhafte und gut entlohnte Arbeit ist die Voraussetzung für ein sozial sicheres Leben im Alter nach dem Ausscheiden aus dem Berufs- und Erwerbsleben. Arbeitslosigkeit darf kein dauerhaftes Schicksal sein. Krankheit und Erwerbsminderung dürfen nicht zu Armut führen und ein langes Erwerbsleben muss im Alter anerkannt werden. Nur im Miteinander der Menschen und der Generationen können die grundlegenden Lebensrisiken und das Alter abgesichert und soziale Spaltung verhindert werden.

Pflege, Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung, Gleichstellung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gerechte Steuerpolitik, nicht zuletzt aber gute Arbeit, gerechte Löhne und Mitbestimmung auf Augenhöhe sind das „Soziale“, das unsere Marktwirtschaft braucht, um wieder eine „Soziale Marktwirtschaft“ zu werden. Aber auch unsere Wirtschaft braucht bei aller derzeitiger Stärke eine bessere und andere Politik. Der Schlüssel zum Erfolg liegt im Zusammenspiel von aktiver und ökologischer Industriepolitik, innovativem

Mittelstand und einem Dienstleistungssektor mit Beschäftigung von hoher Qualität. Eine gute Industrie- und Dienstleistungspolitik ist ein Innovationsmotor, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze.

Allen voran muss die Energiewende besser gemanagt werden. Die chaotische Energiepolitik der Bundesregierung ist das größte Investitionsverhinderungsprogramm seit der Wiedervereinigung. Nur eines ist hier noch sicher: steigende Energiepreise. Die SPD wird einen Masterplan umsetzen, bei dem die Kosten der Energiewende niemanden überfordern. Das heißt, eine sozialverträgliche Preisentwicklung für Privathaushalte und Unternehmen, bei konsequentem Ausbau der Erneuerbare Energien und konsequentem Netzausbau. In den Kommunen wird die Energiewende vor Ort seit mehr als zehn Jahren umgesetzt, diese Entwicklung werden wir stützen. Eine höhere Innovationskraft und Innovationsgeschwindigkeit bei ressourcenschonenden Technologien erneuert die Produktionsbasis Deutschlands und macht sie zukunftsfest. Nachhaltigkeit und CO₂-Einsparung ist dabei kein nachgelagertes Ziel, sondern muss im Fokus einer jeden Politik der Vorsorge sein.

Einen fundamentalen Wandel brauchen wir nicht zuletzt auf den Finanzmärkten. Das Finanzsystem ist so überdiskutiert wie unterreguliert. Die Dominanz der Finanzmärkte treibt ganze Staaten vor sich her und schadet unserer Wirtschaft. Wir müssen Finanzmärkte in die Schranken der sozialen Marktwirtschaft weisen, sie strukturell regulieren und sicherstellen, dass sie ihre Grundfunktionen für die Gesellschaft und die Wirtschaft erbringen. Die Besteuerung von Finanzgeschäften ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Aber wir müssen weiter gehen. Aufsicht und Regulierung müssen in europäischer Zusammenarbeit geschehen. Deutschland muss mit seinen Partnern in Europa auf eine effektive Finanzmarktregulierung hinwirken. Dazu gehört als Risikovorsorge ein bankenfinanzierter Bankenrettungsfonds, deutlich höhere Eigenkapitalquoten von Banken und die Trennung des Einlagen- und des Investmentbanking.

Die derzeitige Krise im Euroraum geht auf die Krise der Finanzmärkte zurück und ist eine fundamentale gemeinsame Herausforderung für alle Mitgliedstaaten der EU. Es geht darum, ob ein soziales und demokratisches Europa eine Zukunft hat, oder Europa von den Märkten dominiert wird. Das bisherige Krisenmanagement der Bundesregierung ist gescheitert. Die tiefer liegenden Ursachen der Krise werden systematisch ausgeblendet. Die Methode Merkel heißt: Immer größere Rettungspakete, gekoppelt an Sparprogramme für die betroffenen Krisenstaaten. Die Folgen sind einbrechendes Wachstum, wachsende Arbeitslosigkeit und ein Scheitern des Schuldenabbaus. Eine echte Lösung der Krise durch einen umfassenden Ansatz ist daher dringend erforderlich: Neben den notwendigen Sparanstrengungen brauchen wir in Europa nachhaltige und starke Impulse für Wachstum- und Beschäftigung. Zudem muss die europäische Wirtschafts- und Finanzunion durch eine Sozialunion flankiert werden. An diesen europapolitischen Zielen wollen wir entschlossen arbeiten: Für uns ist die europäische Integration Kopf- *und* Herzenssache.

Genauso selbstverständlich ist für uns das überzeugte Eintreten für Frieden und Verständigung weltweit. Zügellose Waffenexporte in Krisengebiete und an Länder, die die Menschenrechte missachten, lehnen wir entschieden ab. Deutschland muss wieder zu einer restriktiven Praxis bei Rüstungsexporten zurückkehren und die Kontrolle durch den Deutschen Bundestag gestärkt werden.

In Deutschland müssen sich Leistung und Arbeit wieder lohnen. Eine konsequente Politik für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, für Investitionen und Bildung, für soziale Sicherheit und ein modernes Familienbild braucht eine klare Vorstellung von einer besseren Gesellschaft. Die SPD hat eine solche Vorstellung, die seit 150 Jahren auf unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität basiert. Auch im 21. Jahrhundert.

Wir wollen das Vertrauen der Menschen gewinnen für eine klare Alternative zur Bundesregierung aus CDU,

CSU und FDP. Vertrauen erwächst aus Überzeugung und Begründung, aus Konsistenz und Erkennbarkeit. Wir wollen eine Richtungsentscheidung über Wirtschaft und Gesellschaft, ohne dabei Maß und Mitte aus dem Blick zu verlieren. Dafür brauchen wir den ganzen Regierungswechsel und eine rot-grüne Bundesregierung.

Die SPD ist die Partei in der Mitte der Gesellschaft und für das Miteinander in Deutschland. Wir kennen die Sorgen und Nöte der Menschen, genauso wie ihre Hoffnungen und Potenziale. Seit 150 Jahren machen wir Politik für eine bessere Gesellschaft. Darauf bauen wir auf, daran knüpfen wir an – miteinander und geschlossen mit Peer Steinbrück in unserer Mitte.

II. Weitere Anträge

Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

So1; So2;